



Politische Berichte

Nummer 3 / 14. Jahrgang

28. Januar 1993

G 7756 D

Preis 2,00 DM

**Föderales Konsolidierungs-
Programm beschlossen.
Weitere Raubzüge sind
schon absehbar.**

Die Regierung plant einen Feldzug gegen die Armen

Während die Tarifparteien für den öffentlichen Dienst in Stuttgart-Degerloch ergebnislos verhandelten und ohne neues Arbeitgeberangebot sich in den Februar vertragen, waren Tage zuvor bereits in Bonn die Weichen gestellt worden. Für das von der Regierungskoalition verabschiedete *Föderale Konsolidierungsprogramm* (FKP) ist der Personalbereich des öffentlichen Dienstes eines der Hauptangriffsziele. Neben einem Tarifabschluß von maximal 3 % — für Beamte 2 % — sind Stellenbesetzungssperren und Beförderungstopps geplant. Für den Personalbereich des Bundes wird eine Koalitionsarbeitsgruppe gebildet, um differenziert in den Jahren 1994 bis 1995 1 % des Stellenbestandes abzubauen. Bei einer dreijährigen Festschreibung der Einkommenserhöhung auf jährlich 3 % bzw. 2 % rechnet das Finanzministerium im dritten Jahr mit Einsparungen von ca. 35 Mrd. DM. Die Beamten einschließlich der Pensionäre würden unter Berücksichtigung des vorgesehenen Lohnabschlages 15,6 % der Mehrbelastung durch das FKP zu tragen haben, obwohl sich ihr Anteil am verfügbaren Einkommen nur auf 12,6 % beläuft. Der Bund der Steuerzahler beziffert das Einsparvolumen eines 1 %igen Stellenabbaus im öffentlichen Dienst bis 1996 mit 30 Mrd. DM. Somit würden die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit mindestens 65 Mrd. DM durch das FKP belastet.

Die Behauptung der Regierungskoalition, 70 % der Mehrbelastungen entfielen auf die obere Hälfte der Einkommensbezieher, hat sich damit bereits als Propagandalüge entlarvt, oder man müßte alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes unterschiedslos den „Besserverdienenden“ zuschlagen, sei es nun der Zugschaffner, die Krankenschwester oder der Handwerker.

Unter den Angriffen auf den öffentlichen Dienst werden besonders diejenigen zu leiden haben, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Ganz bewußt stellt das FKP die Armen ins Zentrum der Sparmaßnahmen. Bereits zum Jahreswechsel drohte Kohl, „jene zu betrachten, die die Solidargemeinschaft ausbeuten“. „Jene“ haben die Bonner Regierungsparteien unter den Asylbewerbern, den Sozialhilfeempfängern, den Beziehern von Wohngeld und den Arbeitslosen ausgemacht. Entsprechend brutal sind die Kürzungsabsichten: Für Asylbewerber wird der Sozialhilfe-Regelsatz um 25 % gekürzt, 600 Mio. DM

sollen beim Wohngeld, den 3 Mrd. bei der Sozialhilfe und 3,2 Mrd. DM bei Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosen-, Schlechtwetter-, Kurzarbeiter- und Altersübergangsgeld gestrichen werden.

Die Eingriffe bei den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit stehen noch unter dem Vorbehalt, daß sie nicht vollzogen werden, wenn bis zum 15. Mai 1993 der Nachweis erbracht werden kann, daß durch die Einführung von Meldepflichten und eine weitere Intensivierung der Bekämpfung von „Mißbrauch und Leistungsmitnahme“ 1 Mrd. DM jährlich ab 1993 eingespart werden kann. Ernsthaft wird im Arbeitsministerium geprüft, das „Stempeln gehen“ wieder einzuführen und die Zumutbarkeitsregelungen restriktiver zu gestalten. Rund 6 Mrd. DM könnten eingespart werden, wenn die Leistungen bei Ablehnung der Arbeit wegen Unzumutbarkeit entzogen würden. Durch diese totale Überwachung und Disziplinierung des Arbeitslosenheeres soll die Konkurrenz geschürt werden, Arbeitsbedingungen und Einkommen der Beschäftigten unter Druck kommen.

Dieser Angriff auf die ärmsten und gedrücktesten Teile der Bevölkerung wird auch nicht dadurch besser, daß die Regierungskoalition eine zweite Front eröffnet hat, eine Front gegen „Besserverdienende“. Die entsprechenden Pla-

nungen wie Verdoppelung der Vermögenssteuer auf 1 % ab 1995, Erhöhung der Versicherungssteuer von 10 % auf 15 % oder die Erhöhung des steuerpflichtigen Ertragsanteils an den Renten müssen im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Standortsicherungsgesetz bewertet werden, das die Körperschaftsteuer und den Spitzensatz der Einkommenssteuer für gewerbliche Gewinne auf 44 % senken soll. Die Spitzenverdiener werden durch die Steuerenkungen des Standortsicherungsgesetzes mehr profitieren, als sie durch das FKP verlieren. Nur die „Besserverdienenden“, deren Einkommen nicht gewerblich oder zu mittelmäßig sind, um von der Senkung des Spitzensteuersatzes zu profitieren, werden durch das FKP einen realen Verlust erleiden; sozusagen der Unterbau der „Besserverdienenden“, Lehrer, Assistenzärzte etc.

Je brutaler die Angriffe werden, umso größer wird die repressive Bedeutung des Zentralstaates. Insofern ist nur konsequent, daß das FKP vorsieht, ab 1995 den Anteil des Bundes am Umsatzsteueraufkommen von 63 auf 67 % zu steigern. Rund 10 Mrd. DM müßten die Länder an den Bund abgeben. Darüberhinaus sollen sie sich mit 2 Mrd. DM an der EG-Finanzierung beteiligen und mit 14 Mrd. DM die gesamte Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Rahmen der Bahnsanierung übernehmen.

Der bayerische Finanzminister Georg v. Waldenfels (CSU) sieht deshalb die Länder schon am Tropf des Bundes: Würden die Vorschläge der Koalition realisiert, seien ab 1. Januar 1995 alle westlichen Bundesländer auf Bundesergänzungszuweisungen angewiesen. Schon aus diesem Grund wird das FKP mit Sicherheit vor dem Vermittlungsausschuß landen. Und schon jetzt zeichnet sich ab, daß dieses FKP nicht das Ende des Raubzugs sein wird. Die FDP-Fraktion hat als völlig unrealistisch moniert, daß im FKP für die Jahre 1994 bis 1996 ein Wirtschaftswachstum von jeweils 2,9 % nach 0 % in diesem Jahr unterstellt werde. Die Höhe der „Erblasten-Abgabe“, die 1995 in Form eines Zuschlags zur Einkommens- und Körperschaftsteuer als Nachfolger des „Solidaritätszuschlags“ wieder eingeführt werden soll, steht deshalb auch noch nicht fest. Im Gespräch sind etwa 4 % jährlich, die endgültige Abgabenhöhe sei maßgeblich vom Erfolg der Sparbemühungen abhängig. Darüberhinaus wirbt das Bundesfinanzministerium bereits mit einer Zusammenstellung über die Sparmaßnahmen in anderen europäischen Ländern, angefangen bei der Heraufsetzung des Rentenalters (Italien) bis hin zur Kürzung des Urlaubs um einen Tag pro Krankmeldung (Niederlande).

Handelsblatt, 11.1.1993 bis 22./23.1.1993, Welt am Sonntag, 24.1.1993 — (kar)

„Mein Kollege ist Ausländer“

Unter diesem Motto fand am 26.1. auf dem Gelände von Ford Köln eine Veranstaltung gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus statt. Veranstalter waren u.a. Betriebsrat und Geschäftsleitung von Ford Köln und der DGB Köln. Mehr als 1000 Personen nahmen an der Veranstaltung teil, die Teil der „Aktionswoche gegen Rassismus und Neonazis“ war. — (rül, Bild: mar)



Nationale Armutskonferenz

Verbände, Gewerkschaften und Kirchen kritisieren Regierung

„Da Armut im wesentlichen aufgrund wirtschaftlicher, sozialer und politischer Prozesse in der Verteilung von Ressourcen entsteht, kann die Bekämpfung der Armut somit nur auf politischen Wege geschehen“ — dieser Satz aus dem Positionspapier der Nationalen Armutskonferenz, das bei seiner Gründung am 19. Januar vorgelegt wurde, faßt die Gründe zusammen, warum sich die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sowie eine ganze Reihe von Fachverbänden und Selbsthilfeorganisationen unter Teilnahme von Gewerkschaften und Kirchen als ständigen Gästen zusammengeschlossen haben.

Der Sprecher der Nationalen Armutskonferenz, Dr. Ulrich Schneider, verwies auf die Zahlen: vier Millionen Sozialhilfeempfänger, seit 1980 um 2,8 Millionen gestiegen. 1,5 Millionen Haushalte können ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. 150 000 Menschen sind obdachlos, 800 000 leben in Notunterkünften. Er kritisierte scharf die Bundesregierung:

„Ein Sozialhilfeempfänger in der Bundesrepublik hat nichts abzugeben.“

In ihrem Positionspapier verweist die Nationale Armutskonferenz auf Gründe, warum Gesellschaft und Politik meinten, es sich leisten zu können, über Armut hinweg zu gehen: Armut trifft begrenzte Bevölkerungsgruppen, ob sich diese Haltung auch in den kommenden Jahren der Ost-West-Polarisierung aufrechterhalten läßt, bleibt allerdings die Frage. Der Staat zieht sich aus seiner sozial- und gesellschaftspolitischen Verantwortung zurück. Die arme Bevölkerung ist keine homogene Gruppe, als Folge einer Pluralisierung der Lebensformen werden außerdem gleiche objektive Risikolagen höchst unterschiedlich erlebt und beantwortet. Die „Vereinzelung“ von Betroffenen macht es schwierig, „Widerstand aufzubauen und die eigenen Interessen offensiv einzufordern“. Außerdem macht z.B. das niedrige Sozialhilfeniveau eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben nur bedingt möglich.

Die Nationale Armutskonferenz greift die Überlegungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der Mitglied der Konferenz ist, zur sozialen Grundsicherung auf. Die Sozialversicherung gewährt nicht genügend Schutz vor vielen Lebensrisiken. Benachteiligung im Erwerbsleben (niedriger Lohn, unregelmäßige Beschäftigung) werden durch die Sozialpolitik nicht aufgehoben, sondern eher reproduziert. Die Schutzfunktion der Familie ist brüchiger geworden. Die Übertragung der westdeutschen Regelungen auf die neuen Bundesländer hat einzelne Gruppen benachteiligt, die Finanzierung auf Dauer ist offen. Aus all den Gründen hält die Nationale Armutskonferenz für besonders dringend: Einführung einer existenzsichernden Grundsicherung, Schaffung von ausreichendem bezahlbarem Wohnraum, eine Gesundheitspolitik, die die gleichwertige Versorgung aller Bevölkerungsgruppen gewährleistet. Für die arme Bevölkerung soll eine wirksame öffentliche Lobby aufgebaut werden. — (alk)

Kommunalwahlen Hessen: Faschistische Kandidaturen

Bei den Kommunalwahlen in Hessen am 7. März treten die „Republikaner“ in allen 21 Landkreisen zu den Kreistagen an. Außerdem kandidiert die Partei Schönhubers in den kreisfreien Städten Frankfurt, Wiesbaden und Offenbach. Darüberhinaus kandidiert die Partei in 25 weiteren Städten und Gemeinden, darunter Fulda und Gießen. Das meldet die Partei in der neuesten Ausgabe ihres Bundesorgans *Der Republikaner* (Nr. 1/93). Zusätzlich zu den Kandidaturen der Reps kandidieren in Frankfurt u.a. noch die ÖDP und die DVU. Die DVU hat Frankfurt zu einem ihrer „Zielgebiete“ erklärt und will dort mit massivem Propagandaeinsatz wie vorher in Bremerhaven, Bremen und Schleswig-Holstein in das örtliche Parlament. — (rül)

DVU-Hetze wird nicht per Post zugestellt

Frankfurter Briefträger müssen die ausländerfeindlichen Hetzschriften der DVU nicht austragen. Die DVU wollte 350 000 Wurfendungen mit ausländerfeindlichen Parolen „für ein deutsches Frankfurt“ gegen das „Herumkriechen vor Ausländern“ in Freiburg aufgeben und Anfang Januar an alle Haushalte in Frankfurt verschicken. Der Vorstand der Deutschen Bundespost hat nach Protesten der Deutschen Postgewerkschaft beschlossen, die Postwurfsendungen nicht anzunehmen. Sie beinhalten den strafrechtlichen Tatbestand der „Volksverhetzung“. Beim Europawahlkampf 1989 hatte die Bundespost noch die Sendung der DVU „Erst Deutschland ... dann Europa“ entgegen Protesten bundesweit verteilen lassen. Postboten, die die Verteilung verweigerten, wurden damals strafversetzt.

aus: Antifaschistische Nachrichten 3/93

Kurdische Abgeordnete im Hungerstreik

Am 24. Januar haben die 15 in Europa gewählten Abgeordneten des kurdischen Nationalparlaments in Brüssel einen unbefristeten Hungerstreik begonnen. Sie wollen auf den anhaltenden Terror der Kolonialmächte, insbesondere der Türkei, gegen das kurdische Volk aufmerksam machen und Unterstützung für den Befreiungskampf des kurdischen Volkes mobilisieren. Die Abgeordneten fordern die Öffentlichkeit auf, den kurdischen Unabhängigkeitskampf zu unterstützen, jede Wirtschafts- und Militärhilfe insbesondere an die Türkei einzustellen und Delegationen nach Kurdistan zu entsenden, um sich mit der Situation vertraut zu machen und das kurdische Volk zu unterstützen. Laufende Informationen über den Hungerstreik sind über das Kurdistan-Komitee in Köln, Hansaring 66, Tel. Köln 125264 zu bekommen. — (rül)

Protestaufruf aus Bonn gegen die Asylpläne

Ein „Trägerkreis Aktion Asylrecht“ in Bonn, weitgehend aus dem Kreis der „Friedenskooperative“ und angeschlossener Organisationen, ruft für den Tag der Schlußabstimmung im Bundestag über die Aufhebung des Asylrechts (dieser Termin steht noch nicht fest, erwartet wird: vielleicht März, spätestens aber vor Ostern) zu einer „bundesweiten Demonstration an der Bannmeile“ des Bundestags auf, Beginn: 8.30 Uhr. Vorher sind u.a. geplant ein „öffentliches Hearing mit Experten und Betroffenen“, eine Kundgebung und Demonstration in Bonn am Vorabend der Schlußabstimmung und anschließend Mahnwachen. Hauptforderung des Bündnisses ist, den Grundgesetzartikel 16 zum Asylrecht unverändert zu lassen. Dasselbe Bündnis verbreitet einen Aufruf von Prof. Dr. Joachim Hirsch, Prof. Dr. Wolf-Dieter Nart und Klaus Vack, „den Bundestag friedlich zu belagern: Für das Menschenrecht auf Asyl! Gegen die Demontage des Grundgesetzes!“

Quelle: Presseerklärung des „Netzwerk Friedenskooperative“, Bonn, 21.1.93 — (rül)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

FDP: Waigel ist „sehr optimistisch“

Eine „falsche Konjunktüreinschätzung“ kritisiert FDP-Chef Graf Lambsdorff an dem von den Regierungsfractionen vorgelegten Haushalts-Grausamkeiten namens „Solidarpakt“. Das Paket gehe in den Jahren 1994 bis 1996 von einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 2,9 Prozent aus. Dies sei „sehr optimistisch“. Schon jetzt seien die Steuermindereinnahmen „gewaltig“. Daß die SPD-Bundestagsfraktion das Programm ablehne, wundere ihn nicht. „Auf die kommt es aber auch, offen gesagt, nicht an.“ Wichtig seien allein die SPD-regierten Bundesländer. Der Vorgänger des jetzigen Wirtschaftsministers Rexrodt, Möllemann, hatte bereits vor Monaten verlangt, notfalls müsse die Bundesregierung mit „Notvollmachten“ auch die Länder- und kommunalen Haushalte diktieren.

Jumbo-Kredit für Italien

Am 18. 1. haben die EG-Finanzminister einen enormen Kredit für die italienische Regierung beschlossen. Diese erhält einen bis 1995 befristeten „Beistandskredit“ über 16 Mrd. DM. Welchen politischen Preis die Regierung in Rom zahlen mußte, wird nicht berichtet. Wie in dieser Zeitung bereits gemeldet, hatte die Regierung in den letzten Monaten unter dem Druck italienischer Konzerne, aber auch der Deutschen Bundesbank, massive Kürzungen der Staatsausgaben und Steuererhöhungen zulasten der Armen beschlossen.

Konflikt Bund-Länder schroffer

Als „unakzeptabel“ haben verschiedene Länderfinanzminister die von Bundesfinanzminister Waigel im Zusammenhang mit dem „Föderalen Konsolidierungskonzept“ vorgelegten Vorschläge zur Neuordnung des „Länderfinanzausgleichs“ zurückgewiesen. So verlangen die Länder seit längerem einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer. Waigel will stattdessen ab 1995 den Bundesanteil von 63 auf 67 Prozent erhöhen. Die Forderung Waigels, die alten Bundesländer sollten ab 1995 jährlich 21 Mrd. DM in die neuen Bundesländer transferieren, sei „ausgeschlossen und ruiniert den Föderalismus“, kritisierte der bayerische Finanzminister von Waldenfels (CSU) Waigels Pläne. Die hessische Finanzministerin Fugmann-Heesing erklärte, das angeblich „föderale“ Programm sei in Wirklichkeit ein Programm der Entlastung des Bundes auf Kosten der Länder und Gemeinden.

Verfassungsausschuß braucht länger

Die gemeinsame Verfassungskommission von Bund und Ländern wird ihre Beratungen über eine „Überarbeitung des Grundgesetzes“ nicht in dem bisher vorgesehenen Zeitrahmen abschließen können. Ursprünglich war geplant gewesen, am 25. März die letzte Beratung der Kommission durchzuführen und dann die Vorschläge dem Bundesrat und

Bundestag zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung zuzuleiten. Dies sei „beim besten Willen nicht zu schaffen“, verkündete jetzt der SPD-Sprecher der Kommission, der frühere Parteipolitiker und Fraktionschef Vogel. Man werde frühestens im April fertig, und das auch nur dann, wenn die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs nicht in der Kommission beraten werden müsse. Als nächstes will die Kommission am 4. Februar über die geplante Aufhebung des Asylrechts, danach über die Erlaubnis zu weltweiten Bundeswehreinsetzungen beraten.

BDI: Kernkraft fortsetzen

Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat in einem Schreiben seines Präsidenten Necker an die Bundesregierung eine Beibehaltung der Kernkraft als Energiequelle in der BRD verlangt. Weder der Verzicht auf das Lager Gorleben noch die Aufgabe der Fertigung von Mischoxid (MOX)-Brennelementen in Hanau sei akzeptabel. Damit bekommt der Siemens-Konzern, der das Hanauer Werk betreibt und Kernkraftwerke baut, massive Schützenhilfe vom BDI. Der BDI verlangt, auch mit Hinweis auf Exportpläne von Kernkraftwerken nach Osteuropa, „langfristig an der Kernenergienutzung ... in Deutschland festzuhalten“. Energiekonzerne wie RWE und VEBA hatten im Dezember angekündigt, bei einem auch von der SPD garantierten Weiterbetrieb der bereits errichteten Kernkraftwerke auf den Bau neuer Kernkraftwerke in der BRD vorerst verzichten zu wollen.

Asylrecht weg bis Ostern?

Noch vor Ostern wollen die Regierungsparteien und die SPD die Abschaffung des Asylrechts durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht haben. Das verlautet aus allen beteiligten Fraktionen. Am 20. Januar billigte die SPD-Fraktion bei vielen Gegenstimmen den „Asylkompromiß“. Die Zahl der Befürworter in der SPD-Fraktion reicht der Regierung zur Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag. Am 21. Januar war erste Lesung des Gesetzentwurfs im Bundestag. Die Bundesregierung hat mit Polen und der tschechischen Regierung bereits Verhandlungen aufgenommen, damit diese beiden Ländern künftig Flüchtlinge vor der deutschen Grenze abfangen. Zur Beruhigung der Kritik verlautet, inzwischen sei „klar“, daß die Türkei nicht in die Liste der „verfolgungsfreien Staaten“ aufgenommen werde. Mit diesem Krümel soll die Opposition gegen die Beseitigung des Asylrechts gespalten werden.

Was kommt demnächst?

Am 29. Januar beginnt in Berlin der 3. Parteitag der PDS. Er dauert bis zum 31. Januar. Am 30. Januar führt die CDU in Hessen und Niedersachsen ihre Landesparteitage durch. Am 4. Februar berät die Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag über die geplanten Verfassungsänderungen beim Asylrecht und bei Bundeswehreinsetzungen im Ausland. Am 7. März sind die Kommunalwahlen in Hessen.

S. Waldberg: 3 Jahre und 9 Monate für angebliche „PKK-Kuriertätigkeit“

Das türkische Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir hat Ende der vergangenen Woche den freien Mitarbeiter von Radio Dreyeckland, Stephan Waldberg, zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Begründung: Stephan Waldberg habe eine „Kuriertätigkeit“ für die kurdische Arbeiterpartei PKK ausgeübt. Das Urteil ist ein Terrorurteil. Es bezweckt, über die von der Türkei besetzten kurdischen Gebiete ein Presseembargo zu verhängen und ausländische

Pressebeobachter, die über den Terror der türkischen Kolonialarmee kritisch berichten wollen, abzuschrecken, das Gebiet überhaupt noch zu betreten. Schon vor Stephan Waldberg hatten türkische Sicherheitskräfte mehrfach ausländische Journalisten bedroht, waren Besucherdelegationen in Kurdistan in der türkischen Presse als „Spione“ verleumdet worden.

Das Urteil ist auch eine Ankündigung. Das türkische Regime plant neue Massa-

ker an der kurdischen Bevölkerung. Und es will diese Massaker erneut auch mit deutscher Waffenhilfe anrichten. Die Bundesregierung hat sich zu dem halblösen Terrorurteil gegen Stephan Waldberg noch nicht geäußert. Wir dokumentieren aus der Presseerklärung des Freundeskreises von Stephan Waldberg zu dem Urteil, aus der Erklärung von Radio Dreyeckland und eine Erklärung der HBV Südbaden zu dem Prozeß. — (rül)

Presseerklärung des Freundeskreises „Stephan Waldberg“

Das Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir hat den freien Mitarbeiter von Radio Dreyeckland in Freiburg, Stephan Waldberg, wegen sog. Kuriertätigkeit für die kurdische Arbeiterpartei (PKK) verurteilt. ... Stephan Waldberg ist im September 1992 in die Türkei gereist, um ... im kurdischen Gebiet Recherchen über insbesondere zwei Themen zu machen: 1) Werden nach wie vor deutsche Waffen durch die türkischen Militärs gegen die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzt? 2) Werden die durch die türkische Luftangriffe zerstörten Dörfer im kurdischen Nordirak wieder aufgebaut?

Darüberhinaus wollte er sich über den Aufbau einer Krankenstation in Cizre erkundigen, die u. a. mit Geldern des Freiburger Gemeinderats und durch Spendensammlungen gefördert wird. ... Während der Reise hatte er Gelegenheit, in PKK-Lager im Nordirak (Südkurdistan) zu gehen und dort die Situation kennenzulernen. Er wurde während dieses Aufenthalts von den Bombardierungen u. a. durch die türkische Luftwaffe überrascht ... erst am 22. 10. 92 konnte er sich auf die Rückreise machen und wurde am 23. 10. an der türkischen Grenze festgenommen. Er wurde in türkischer Haft von sog. Özelteams (Spezialeinheiten) gefoltert, die deutschen Botschaft wurde von den türkischen Behörden erst eine Woche später über die Verhaftung ... informiert. Gegenüber der deutschen Botschaft, die ihn am 19. 11. 92 in Silopi besuchte, schilderte Stephan Waldberg ausführlich seine Mißhandlungen und Erpressungsmanöver, die nur als Folterung bezeichnet werden können.

Seit dem 4. 12. 92 wurde vor dem Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir verhandelt. Dies ist ein Ausnahmegericht ... Es ist die Ebene der sog. justizmäßigen Bekämpfung des kurdischen Widerstands ...

Das Verfahren war geprägt durch die Vorverurteilung in verschiedenen türkischen Presseorganen und durch die allg. gespannte Situation im Ausnahmezustandsgebiet. Es ist durch die Umstände praktisch ein Militärprozeß ge-

wesen. Das Gericht versuchte, unmittelbar die journalistische Arbeit von Stephan Waldberg zum Thema zu machen. Es untersuchte Interviews und Aufzeichnungen und wollte zudem den gesamten Aufenthalt von Stephan Waldberg als im Dienste der PKK stehend einstufen. ...

Das Verfahren und das Urteil des Staatssicherheitsgerichts in Diyarbakir steht vor folgendem Hintergrund:

In der Türkei sind im Jahr 1992 13 Journalisten ermordet worden. Die Urheber und Auftraggeber dieser Morde blieben immer im Dunkeln. Die Morde richteten sich im wesentlichen gegen einen kritischen Journalismus, der im Widerspruch stand zu der amtlichen türkischen Auffassung, es ginge in Türkisch-Kurdistan um die Bekämpfung von „Terrorismus“ ...

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland sind durch folgende Grundlagen geprägt: es existiert eine enge politische, diplomatische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, die bis zum Nachrichtenaustausch zwischen den Geheimdiensten reicht. ... die Waffenlieferungen an die Türkei werden fortgesetzt, immer wieder ist von dem Einsatz z. B. von NVA-Panzern im kurdischen Gebiet die Rede.

Entsprechend ihrer politischen Interessen verfolgt die deutsche Regierung in der Türkei auch die „Pflege“ ihrer vorhandenen Grundlagen und ist daran interessiert, diese auch nicht davon trüben zu lassen, daß Deutsche aus politischen Gründen in der Türkei verfolgt werden. Ihr Einsatz für diese Menschen ist deshalb begrenzt. Die Äußerung eines Botschaftsvertreters, man wolle sich durch einen solchen Prozeß wie gegen Stephan Waldberg die Beziehungen zur Türkei nicht verderben, spricht für sich ...

Das Urteil vor dem Staatssicherheitsgericht ist ein Abschreckungsurteil für alle unabhängigen Journalistinnen und BeobachterInnen, die ein Interesse daran haben, daß die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei aufhören.

22. Januar 1993

Pressemitteilung vom Radio Dreyeckland

... Das heutige Urteil muß für alle kritischen Journalisten ein Schlag ins Ge-

sicht bedeuten, denn es besagt, daß jeder Bericht aus der Region unter der Federführung der türkischen Regierung abgefaßt werden muß. ... die prokurdische Tageszeitung *Özgür Gündem* (Freie Tagesordnung) muß eingestellt werden, weil ihre Auflage drastisch gesenkt wurde. Fünf Mitarbeiter von *Özgür Gündem* wurden letztes Jahr ermordet, Kioskbesitzer, die die Zeitung verkauften, bezahlten mit ihrem Leben bzw. ihr Leben wurde abgebrannt, die Lastwagen des Vertriebers ... wurden angezündet. ... Die Täter und Mörder der im vergangenen Jahr ermordeten Journalistinnen wurden bislang noch nicht gefaßt ... Konkrete Hinweise lassen den Schluß zu, daß die Mordanschläge von staatlicher Seite gedeckt und in einigen Fällen vermutlich sogar initiiert wurden. (Frankfurter Rundschau, 5. 1. 1993) 22. Januar 1993

HBV Südbaden fordert Freilassung von Stephan Waldberg

Der Bezirksverwaltungsvorstand der HBV Südbaden schickte am 2. 12. 92 je ein Schreiben an das Auswärtige Amt der BRD sowie an die türkische Botschaft.

Außenminister Kinkel wurde höflich darum gebeten, „bei der türkischen Regierung darauf hinzuwirken, daß auch in der Türkei eine freie journalistische Tätigkeit erlaubt wird, und Herr Waldberg freigelassen wird“. Die Freilassungsforderung wurde ebenso an den Kanzler der türkischen Botschaft Herrn Onur Öymen gerichtet. Mit Bestürzung wird festgestellt, „daß Herr Stephan Waldberg aus Waldkirch bei Freiburg am 23. Oktober 1992 in Ihrem Lande von Sicherheitskräften festgenommen wurde.“

Nun soll ihm, der als Journalist Reportagen über Ihr Land gemacht und jetzt bei seinem erneuten Besuch wieder vorbereitet hat, der Prozeß gemacht werden. Wir halten dies für unvereinbar mit dem Anspruch Ihres Landes, demokratische Menschenrechte zu respektieren. Freie journalistische Betätigung ist ein unverzichtbarer Bestandteil jeder demokratischen Gesellschaft.“

Quellen: Presseerklärung des Freundeskreises und von Radio Dreyeckland, Mitteilungen aus dem Dienstleistungsgewerbe Nr. 3/93



Das Rüstungsprojekt „Lapas“ (= luftgestütztes, abstandsflähiges Primäraufklärungssystem, Bild: Prototypen des Spionageflugzeugs) kommt in erfreuliche Probleme. Nachdem aufgeklügelt war, daß der Chef des mit dem Geschäft beauftragten bayerischen Rüstungsunternehmens Grob einen früheren Regierungsdirektor des Verteidigungsministeriums und den früheren Luftwaffeninspekteur Eimler kostenlos auf seiner brasilianischen Hazienda hatte „urlauben“ lassen, leitete die Staatsanwaltschaft Ermittlungen ein. Verteidigungsminister Rühle stoppte darauf die Auftragsvergabe. Inzwischen sind auch Finanzminister Waigel und der bayerische Ministerpräsident Streibl beschuldigt, mit Firmeninhaber Grob eng verbunden zu sein. Kurz vorher hatte Rühle noch verkündet, für die zehn Flugzeuge des „Lapas“-Systems seien 3 Mrd. DM in der Bundeswehrplanung vorgesehen.

DGB und Postgewerkschaft legen Beschwerde bei der IAO ein

Der DGB und die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) haben bei der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Genf Beschwerde gegen die Bundesregierung eingelegt wegen Mißachtung und Bruchs internationaler Abkommen durch den Einsatz von Beamten als Streikbrecher während des Streiks im Öffentlichen Dienst 1992.

Nach Ablehnung des Schlichtungsspruches im Tarifkonflikt des Öffentlichen Dienstes im Frühjahr 1992 durch die öffentlichen Arbeitgeber hatte das Bundesinnenministerium während des „rechtmäßigen Streiks“ den Streikbrechereinsatz von Beamten angeordnet, der besonders im Postbereich umgesetzt wurde. Der DGB und die DPG stellen in ihrer Beschwerde fest: „Das gewerkschaftliche Streikrecht würde stark eingeschränkt mit schwerwiegenden negativen Folgen für die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen ... Das stelle einen zentralen Verstoß gegen internationale Normen zur Vereinigungsfreiheit dar ...“

Die Bundesregierung hat damit den Grundsatz der Vereinigungsfreiheit (Präambel der IAO sowie Erklärung der

IAO von Philadelphia), die Übereinkommen Nr. 87 „über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts“ und Nr. 98 „über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechts und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen“ verletzt. Alle diese Dokumente sind von der Bundesrepublik ratifiziert und damit gültiges Recht.

Der Einsatz von Beamten beim Poststreik 1992 bei Androhung dienstrechtlicher Konsequenzen verstößt gegen die Vereinigungsfreiheit und den Schutz vor ungleicher Behandlung. Schwerwiegend ist auch die Diskriminierung gewerkschaftlicher Aktivitäten, da zwei von drei im Postbereich beschäftigten Beamten DPG-Mitglied sind.

DGB und DPG weisen in ihrer Beschwerde auf die Spruchpraxis des Sachverständigenausschusses und des Ausschusses für Vereinigungsfreiheit der IAO. Schon 1980 hatte die DPG den Streikbrechereinsatz von Beamten während des Poststreiks von den Ausschüssen der IAO im Rahmen einer Beschwerde prüfen lassen. Damals kamen die Ausschüsse zu dem Ergebnis, daß Beamte nur für Notdienstarbeiten einge-

setzt werden dürfen. Das sei aber nur in einer „akuten nationalen Notstandssituation“ bei Gefahren für das Leben, die persönliche Sicherheit oder die Gesundheit der ganzen Bevölkerung oder eines Teils zulässig. Zudem können in einer solchen Situation die Notstandsarbeiten nur von genau definierten Arbeitnehmergruppen und nach Beteiligung der Gewerkschaften verlangt werden.

Die Bundesregierung will dagegen das Beamtenrecht mit Streikverbot aufrechterhalten, daß Vereinigungsrecht weiterhin einschränken und die Beamten notstandsmäßig als Streikbrecher einsetzen. Gegen die DGB-Beschwerde weist die Regierung auf Urteile von Bundesarbeits- und Bundesverwaltungsgericht, wonach der Einsatz als Streikbrecher zu den besonderen Pflichten eines Beamten gehört.

Die Beschwerde über die Einschränkungen des Streikrechts in der Bundesrepublik muß nun vom Ausschuss für Vereinigungsfreiheit der IAO entschieden werden.

Quellen: DGB-Nachrichten-Dienst, 21. 11. 93; Handelsblatt 11. 1. 93; Übereinkommen und Empfehlungen IAO, Genf 1966 — (rül)

Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP haben am 13. 1. 1993 den Entwurf eines Gesetzes „zur klarstellenden Ergänzung des Grundgesetzes“ vorgelegt, durch den der jetzige Art. 24 GG wie folgt ergänzt und dadurch der weltweite Einsatz der Bundeswehr ermöglicht werden soll:

„(2a) Streitkräfte des Bundes können unbeschadet des Artikels 87a eingesetzt werden

1. bei friedenserhaltenden Maßnahmen gemäß einem Beschluß des Sicherheitsrates oder im Rahmen von regionalen Abmachungen im Sinne der Charta der Vereinten Nationen, soweit ihnen die Bundesrepublik Deutschland angehört,

2. bei friedensherstellenden Maßnahmen auf Grund der Kapitel VII und VIII der Charta der Vereinten Nationen gemäß einem Beschluß des Sicherheitsrates.

3. in Ausübung des Rechts zur kollektiven Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen gemeinsam mit anderen Staaten im Rahmen von Bündnissen und anderen regionalen Abmachungen, denen die Bundesrepublik Deutschland angehört.

Diese Einsätze bedürfen in den Fällen der Nummern 1 und 2 der Zustimmung der Mehrheit, im Fall der Nummer 3 der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages.“

(Bundestagsdrucksache 12/4107)

Mit diesem Vorhaben — das allerdings an die Zustimmung der SPD gebunden ist, da für Verfassungsänderungen eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag erforderlich ist — nutzen die Regierungsparteien verschiedene Einfallstore der Verfassung, um die Regelungen über den Einsatz der Bundeswehr nach außen außer Kraft zu setzen und sie zu einer Interventionsarmee größeren Ausmaßes zu machen. Zum anderen knüpfen CDU/CSU und FDP an den Bruch der Charta der Vereinten Nationen durch die Sicherheitsratsresolution 678 (1990) vom 29. 11. 1990 an, durch die den USA, Frankreich und Großbritannien ein Freibrief zum Angriff auf den Irak wegen dessen Annexion Kuwaits erteilt wurde.

In Art. 87a Abs. 2 GG heißt es zwar, daß die Streitkräfte der BRD außer zur Verteidigung nur eingesetzt werden dürfen, „soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt“. Daraus aber zu folgern, man könne munter die Verfassung ändern, um den Erdball mit deutschen Soldaten zu beglücken, wann es einem einfiele — das ist mehr als eine Verfassungsänderung. Der oben wiedergegebene Gesetzentwurf würde im Fall seiner Verabschiedung durch zwei Drittel der Mitglieder des Bundestages das verfassungsrechtliche System des ausschließlichen Verteidigungsauftrages der Bundeswehr außer Kraft setzen.

Denn nach Art. 115a, 87a Abs. 1 GG

Unter dem Deckmantel der UNO: Regierung auf Kriegskurs

und 26 Abs. 1 GG hat die Bundeswehr nach geltender Verfassungsrechtslage ausschließlich den Auftrag, das Bundesgebiet gegen einen äußeren, gegenwärtigen, rechtswidrigen und bewaffneten Angriff nach Feststellung des Verteidigungsfalles durch den Bundestag zu verteidigen. Selbst die Verpflichtungen aus dem NATO-Vertrag bezüglich des Bündnisfalls sind nicht anders zu beurteilen: „Wird ein Staat, der mit der BRD in einem Verteidigungsbündnis steht, ... angegriffen, so stellt dies allein noch keinen Angriff auf das Bundesgebiet dar ... Innerstaatlich sind die in Art. 115a mit der Feststellung des Verteidigungsfalles betrauten Organe nicht berechtigt, bei Vorliegen des Bündnisfalles den Verteidigungsfall festzustellen, ohne vorher zu prüfen, ob die Voraussetzungen des Art. 115a auch tatsächlich vorliegen“ (1), d.h. das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht.

In dieses System des ausschließlichen Verteidigungsauftrages der Bundeswehr gehört schließlich die verfassungsrechtliche Ächtung nicht nur des Angriffskrieges, sondern aller friedensgefährdenden Handlungen gem. Art. 26 Abs. 1 GG.

Die Nummern 1 und 2 des anfangs zitierten Gesetzentwurfs sollen dem Bundestag bei einfacher Mehrheit ermöglichen, die Bundeswehr in Blauhelmeinsätzen und bei sog. „friedensherstellenden Maßnahmen“ der UNO einzusetzen. Letzteres scheitert schon an den Bestimmungen der Charta selbst. Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen regelt „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“. Nach Art. 42 UN-Charta kann der Sicherheitsrat militärische Zwangsmaßnahmen gegen einen Aggressor beschließen und durchführen, wenn andere Mittel nicht zur Beseitigung einer Aggression oder Friedensgefährdung führen. Voraussetzung für derartige militärische Zwangsmaßnahmen ist zum einen, daß UN-Mitgliedsstaaten mit dem Sicherheitsrat nach Art. 43 Abkommen abschließen, in denen diese Staaten dem Sicherheitsrat Truppenkontingente zur Verfügung stellen oder z.B. das Durchmarschrecht durch ihr Staatsgebiet für UN-Truppen gewähren. Bisher existiert kein einziges Abkommen dieser Art. Allerdings wären die Regierungsorgane der BRD im Fall der Verabschiedung des hier zur Rede stehenden Gesetzentwurfs befugt, ein solches Abkommen auszuhandeln.

Zum zweiten aber setzen alle militärischen Zwangsmaßnahmen der UNO voraus, daß sie unter der alleinigen Führung des Sicherheitsrats durchgeführt werden: „Die Pläne für die Anwendung von Waffengewalt werden vom Sicherheitsrat mit Unterstützung des Generalstabsausschusses aufgestellt“ (Art. 46). Die Führung solcher militärischer Operationen obliegt ausschließlich dem Sicherheitsrat und dem aus seinen Reihen (d.h. aus Vertretern der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats) gebildeten Generalstabsausschuß (Art. 47).

Da bis heute keine derartigen Sonderabkommen von UN-Mitgliedsstaaten mit dem Sicherheitsrat existieren, können derzeit Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta überhaupt nicht beschlossen, geschweige denn durchgeführt werden. Die Berufung des Sicherheitsrats auf dieses Kapitel VII während des Krieges gegen den Irak war daher z.B. verfehlt.

Eine andere „Ermächtigung“, sei es des Sicherheitsrats zu eigenen militärischen Operationen, sei es durch den Sicherheitsrat an einzelne Mitgliedsstaaten, kennt und erlaubt die UN-Charta wohlweislich nicht.

Hinzu kommt: „Die UN-Charta verbietet grundsätzlich die Anwendung und Androhung von militärischer Gewalt in zwischenstaatlichen Konflikten ... ,ausgenommen die Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff, solange der Sicherheitsrat nicht selbst die erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit getroffen hat (Art. 51). Diese Bestimmung ist eng auszulegen, wenn nicht Sinn und Zweck der Vereinten Nationen unterlaufen werden sollen: Der bewaffnete Angriff, gegen den mit bewaffneter Macht vorgegangen werden soll aus Gründen der Selbstverteidigung, muß noch andauern und darf nicht tatsächlich beendet worden sein.“ Bezüglich des Krieges gegen den Irak nach dessen Annexion Kuwaits gilt: „Mit der Annexion Kuwaits hat der Irak seine Angriffshandlungen eingestellt. Es gab seither keine noch andauernden Kampfhandlungen, weder auf der Seite des Angreifers Irak noch auf der Seite des angegriffenen Kuwait. Danach durfte auf das Recht der bewaffneten Selbstverteidigung nicht mehr zurückgegriffen werden.“ (2)

Dies gilt auch für etwaige (wie oben aber dargestellt derzeit gar nicht zulässige) militärische Zwangsmaßnahmen des Sicherheitsrats.

Nummer 3 schließlich ist die eigentliche Interventionsbestimmung. Sie ermöglicht bei Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages den weltweiten Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von NATO, WEU oder anderen (künftigen) regionalen Militärbündnissen — ohne jegliche Kontrolle z.B. über Sicherheitsrat oder andere Organe der Vereinten Nationen — und das auch noch unter Berufung auf Art. 51 der Charta, der im wesentlichen der Bestimmung über den Verteidigungsfall des Art. 115a GG entspricht. Zwar erlaubt Art. 51 UN-Charta auch die kollektive Selbstverteidigung, d.h. die Verteidigung gegen einen bewaffneten rechtswidrigen Angriff unter Zuhilfenahme eines Drittstaates. Nur ist die Feststellung einer rechtswidrigen Aggression im internationalen Recht umstritten. Es gibt bis heute keine in der UNO anerkannte und verbindliche Definition des Begriffs der (bewaffneten) Aggression. Dies und von daher auch die Unbestimmtheit des Begriffs der bewaffneten Verteidigung, die ja nur rechtlich erlaubt ist, wenn eine Aggression vorliegt, machen die geplante Verfassungsänderung zu einem Spiel mit dem Feuer.

Wenn die Bundesregierung so sehr am Frieden in der Welt interessiert wäre, warum kämpft sie dann nicht für internationale Vereinbarungen, in denen sich die Staaten (auch verfassungsrechtlich und über Ergänzungen der UN-Charta) verpflichten, ihre Armeen ausschließlich zur Verteidigung ihres eigenen Territoriums im Fall eines bewaffneten Angriffs einzusetzen? Warum tritt sie nicht dafür ein, daß das völkerrechtliche Verbot der militärischen Selbsthilfe und Repressalie sowie das Aggressionsverbot konkretisiert werden?

Aber die Regierung spielt mit anderen Karten. FDP-Sprecher Hoyer legt dies offen. „... Deutschland kann, das ist unabdingbar, im Völkerrecht jederzeit zur Nothilfe gerufen werden und auch Nothilfe betreiben, bis der Weltsicherheitsrat eingreift ...“ (3) Konsequenz der Regierungspläne wäre daher auch die weitere Umfunktionierung des UN-Sicherheitsrats zu einem Instrument des imperialistischen „Krisenmanagements“. Mit UNO, NATO, WEU und KSZE zum Aufräumen gen Osten — das sind Pläne von Brandstiftern.

Quellen: (1) Maunz/Dürig u.a., GG-Kommentar, Art. 115a GG, Rz. 24, Fn. 4; (2) so der Völkerrechtler Hermann Weber, taz vom 5. 2. 1991; (3) FDP-Tagesdienst Nr. 28 vom 14. 1. 1993 — (be)

Kinkel will Satellitenstaaten

Krieg, so stellt der preußische Kriegstheoretiker Clausewitz zu Beginn des 19. Jahrhunderts, zur Zeit des Überganges vom dynastischen zum bürgerlichen Nationalkrieg fest, sei Fortsetzung von Politik. Deutsche Nachkriegspolitik zeigt, daß umgekehrt Politik auch Fortsetzung des Krieges mit zivilen Mitteln sein kann. Von einem zivilen Krieg zu sprechen ist nicht absurd, denn das Wesen des Krieges besteht darin, dem Gegner den eigenen Willen aufzuzwingen, und darin hat es die BRD weit gebracht.

Weswegen will die BRD-Politik dann nicht mehr auskommen mit den bisher so erfolgreichen Verfassungsbestimmungen, mit dem NATO-Bündnis, mit weiteren, bestehenden (WEU usw.) und/oder einzurichtenden „kollektiven Sicherheitsbündnissen“? Was bedeutet „kollektives Bündnis“ bei gleichzeitigem „Verbot des Angriffskrieges“? — Ein Beispiel: Wenn Frankreich und die BRD sich gegenseitig im Falle eines existenzgefährdenden Angriffs auf jeweils Staatsgebiet Hilfe versprechen, so ist das der kleinste Fall eines „kollektiven Bündnisses“. Würden jedoch Frankreich und die BRD vereinbaren, einer dritten, hilferufenden Macht, die nicht Mitglied in ihrem „kollektiven Bündnis“ ist, gegen eine vierte Macht „beizustehen“, wäre dies beim jetzigen Stand der Verfassung der BRD illegal und ein schweres Verbrechen.

Die Verfassung der BRD entstand unter dem Eindruck der totalen militärischen Niederlage und unter Kontrolle von Besatzungstruppen der Westmächte, die freilich der Reorganisation des deutschen Imperialismus wachsende Sympathie entgegenbrachten. Die Verfassung enthält mehrere Bestimmungen, die dem Umschlagen deutscher Politik in Krieg Riegel vorschieben. Sogar der Nato-Bündnisfall ist verhältnismäßig klar umrissen. Die Nato hat einen regionalen Bereich (Nordatlantik), die Beistandspflicht greift nur für Mitglieder und nur, wenn diese einem Angriff ausgesetzt sind, der ihren Bestand gefährdet. Es steht außer Frage, daß die NATO nach Ende des 2. Weltkrieges als strategische Deckung und auch als logistische Struktur für eine Vielzahl von Kriegen vor allem in der und gegen die Dritte Welt gedient hat. Weniger offensichtlich ist, daß die NATO auch die „zivile“ Expansionspolitik der BRD nach Osten militärisch abgesichert hat. Dennoch konnte der angezielte Gegner durch „Nichtangriff“ vermeiden, das atomare Nato-Feuer auf sich zu ziehen.

Die BRD will ihre Rechtslage ändern, weil sie in diesem Rahmen andere Staaten nicht gut als Satelliten handhaben kann. Provozierte Hilferufer von heute wären ja nämlich die aussersehenen Hilfsvölker von morgen. Ganze Staaten können sich in der heutigen Welt der Destabilisierung von vornherein in Bezug auf Hilfsversprechen gründen. Die deutsche Expansion soll nicht in der offenen Form von Überfall und Versklavung ablaufen, sondern als „Beistand“ Abhängige schaffen.

Der CDU-Abgeordnete Lamers freut sich auf die künftige Waffenbruderschaft zwischen Polen und Deutschen. Was will man hier? Deutsche Revanche und polnische Reaktion sprechen schon immer von der „Westverschiebung Polens nach dem 2. Weltkrieg“. Wo liegt die GUS? Teilweise in: „Ostpolen“ ...

Wenn die Verfassungsänderung wie von der Regierungskoalition gewünscht verabschiedet wird, wird es im Anwendungsfall der neuen Bestimmung zu einem inneren Gegensatz in der Verfassungsordnung kommen, denn Angriffskriege sind verboten. Satellitenmächte können sich aber nur durch wilden, wüsten Angriff auf vorher bestehende Staatswesen bilden. So wird es ja auch im Fall Kroatien unleugbar deutlich. Unser künftiger Hilferufer wird ein vorgeschobener Aggressor sein, dem die BRD versprochen hatte, ihn im Ernstfall herauszuholen.

Weil es praktisch um die Verwicklung der BRD in einen Angriffskrieg gehen wird, müssen das Verbot des Angriffskrieges und das Widerstandsrecht wenn schon nicht verfassungsrechtlich, so doch praktisch politisch ausgehebelt werden. Hier schließt sich der Kreis zu den Polizeigesetzen „gegen die Kriminalität“.

Ein Drittel plus Eins der Abgeordneten des Bundestages wird sich doch bei solchen Aussichten zu einem Nein motivieren lassen? — (maf)

Aus der Bundestagsdebatte über den Gesetzentwurf der Regierung zu Bundeswehreinsätzen (15. 1. 93)

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU/CSU:

... mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist Krieg leider auch wieder mitten in Europa möglich geworden ... Möglichkeiten für weitere gewalttätige Konflikte gibt es zuhauf, überall, wo der totalitäre Sozialismus friedliche, freiheitliche, föderale Aufarbeitung von Volksgruppen-, Minderheiten- und religiösen Konflikten verhindert hat ...

Karsten D. Voigt, SPD:

... Wir lehnen diesen Vorschlag ab, weil damit ein Schritt in eine vorrangig von den Interessen der Industriestaaten bestimmte vermachtete Interventionspolitik gegangen wird ... Lassen Sie uns jetzt ... in dem einen Punkt, in dem wir einer Meinung sind, nämlich dem der Beteiligung der Bundeswehr an friedenserhaltenden Blauhelmeinsätzen, eine Einigung finden ... Wenn Sie dieses Angebot zur Güte ... ausschlagen, dann sehe ich keine Möglichkeit für einen parlamentarischen Kompromiß in dieser Legislaturperiode ...

Dr. Klaus Kinkel, FDP:

Worum geht es? Wir wollen und müssen in unserem eigenen Interesse und im Interesse der Staatengemeinschaft die volle Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der Vereinten Nationen herstellen ... Verteidigung unseres Landes und des Bündnisses allein reicht nicht mehr aus ...

Günter Verheugen (SPD):

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU hat die Eilbedürftigkeit der Vorlage mit dem Jugoslawien-Konflikt begründet. Herr Dr. Schäuble, ich weiß nicht, ob Ihnen klar ist, was Sie damit für die internationale Öffentlichkeit ge-

sagt haben? Sie haben damit gesagt, die Bundesrepublik Deutschland will die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß sie in Jugoslawien militärisch eingreifen kann ...

Das wirklich Verblüffende an der bisherigen Debatte ist, daß Sie sich nicht die Mühe gemacht haben, uns zu erklären, welches außen- und sicherheitspolitische Konzept eigentlich hinter dieser Grundgesetzänderung steckt. Es hat doch keinen Zweck, darum herumzureden: Der von Ihnen vorgeschlagene neue Art. 24 macht aus der Bundeswehr ... ein Interventionsinstrument in internationalen Krisen. Ich sage es ganz bewußt und ganz scharf: ein Instrument der Kriegsführung ...

Abs. 1 erlaubt die Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Interventionen der NATO, der KSZE, der WEU, ja sogar eigens zu diesem Zweck der Intervention geschaffenen regionalen Abmachungen von zwei oder mehr Staaten. Die Verwendung des Begriffs „friedenserhaltende Maßnahmen“ bezieht sich nicht auf die Charta der Vereinten Nationen ... Regionale Begrenzungen für diese Art von Einsätzen ist nicht vorgesehen, sie können überall in der Welt stattfinden. Ein Beschluß des Sicherheitsrates ist dazu nicht erforderlich.

Abs. 2 bezieht sich auf die Kapitel VII und VIII der Charta und macht die deutsche Beteiligung an Kampfeinsätzen möglich, die unter Leitung und Verantwortung oder unter Billigung der Vereinten Nationen stattfinden. Das ist in

Wahrheit der sogenannte Golfkrieg ...

Abs. 3 deckt alle Möglichkeiten der militärischen Intervention ab, die von Abs. 1 und 2 noch nicht erfaßt sind ... Können Sie mir einmal sagen, warum Sie so scharf darauf sind, daß diese regionalen Abmachungen nach Art. 51 handeln? Ich will es Ihnen sagen: Weil Sie nicht wollen, daß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen diese Entscheidungen trifft ... Sie ziehen einen radikalen Schlußstrich unter die bisherige gemeinsame Überzeugung, daß wir aus der deutschen Geschichte gelernt haben: daß Krieg kein Mittel der Politik mehr sein darf. Das gehört bisher zu den existentiellen Grundlagen unseres Staatsverständnisses ...

Karl Lamers, CDU/CSU:

Erstens. Wir reden alle zu Recht von der einen Welt. Wir reden sehr wohl und vor allen Dingen von diesem einen Europa. In diesem einen Europa sind wir alle von den Folgen von Krieg und Unfrieden betroffen. Es kann nur gemeinsame Sicherheit geben, oder es gibt keine Sicherheit. Wer Verteidigung nur auf die Landesverteidigung beschränkt und dies als historisch bedingte Bescheidenheit darstellt, ist in Wirklichkeit ein Provinzialist und auch jemand, der keine Verantwortung für andere übernehmen will ... Selbstverständlich ist es nicht nur wünschenswert, in vielen Fällen ist es wahrscheinlich auch unerlässlich, ein Mandat des Sicherheitsrats zu haben; aber wir können uns doch in der Tat

nicht von Mitgliedern im Weltsicherheitsrat abhängig machen, deren moralische und demokratische Legitimation ... nicht über jeden Zweifel erhaben ist ... Ich möchte, daß wir die Grundlagen schaffen, daß deutsche und polnische Soldaten zusammen etwas für den Frieden und die Sicherheit in Europa tun können ...

Volker Rühle, CDU/CSU:

... Es geht um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ... Es geht z.B. um die wirtschaftliche und politische Unterstützung von instabilen Staaten, die auf dem Wege zur Demokratie sind ... Der Krieg ist als Mittel der Politik nach Europa zurückgekehrt ... Die KZs in Deutschland sind allein durch Soldaten geschlossen worden und nicht durch Resolutionen! ... Wenn Völkermord geschieht, wenn Freiheit und Humanität mit Füßen getreten werden, dann muß gehandelt werden ...

Walter Kolbow, SPD:

Ich sage ihnen konkret, ... daß die Brücke des Art. 51 der UNO-Charta keine Brücke, sondern nach unserer Auffassung die Feigenblattklausel der UNO-Charta ist ... So war es bei Grenada, bei Tripolis und auch bei der amerikanischen Militärintervention in Panama. Auch die 10-jährige Invasion in Afghanistan sowie der Falkland-Konflikt sind im Zusammenhang mit Art. 51 begründet worden ...

Der folgende Beitrag von S. Celik, Mitarbeiter der türkischsprachigen Tageszeitung Özgür Gündem, befaßt sich mit den Expansionsbestrebungen der türkischen Bourgeoisie — vor allem in Richtung der sogenannten „Turk-Republiken“ der früheren Sowjetunion. Der zweite Teil des Artikels — er befaßt sich mit der inneren Situation der Türkei und der Situation in Kurdistan — erscheint in der nächsten Ausgabe. — (Red.)

Die veränderte Weltlage und die Stellung der Türkei

Um die Lage der türkischen Bourgeoisie, ihre Rolle und ihren Stellenwert in der veränderten Weltlage genau zu verstehen, ist es sinnvoll, zunächst einmal kurz auf diese veränderten politischen Bedingungen in der Welt einzugehen. Der entscheidende Indikator für diese Veränderungen ist der Zusammenbruch der UdSSR und die damit einhergehende einseitige Hegemonie der imperialistischen Kräfte, die die USA und ihre Verbündeten als „neue Weltordnung“ proklamieren. Ihrer Darstellung nach haben die Veränderungen „Demokratie“, „Pluralismus“ und „Vorherrschaft der freien Marktwirtschaft“ gebracht. Wie sich in der Praxis jedoch zeigt, bedeutet diese „neue Weltordnung“ vielmehr die Zementierung der Herrschaft der reichen über die armen Länder, den Sturz von Regierungen, die den imperialistischen Ländern nicht ins Konzept passen, das Anheizen des reaktionären Nationalismus und das Entfachen regionaler Kriege, die Aufrechterhaltung der Kontinuität dieser Kriege durch Waffenproduktion und Waffenexporte, das Festklopfen sämtlicher Klassenunterschiede und als politischer Ausdruck davon die Entwicklung einer neuen Art von Rassismus. Das bestimmendste Charakteristikum der „neuen Weltordnung“ ist die Herrschaft über die Völker, die Beseitigung der Rechte der Völker und die Niederschlagung nationaler Befreiungskämpfe durch militärische Gewalt.

Der Platz der türkischen Bourgeoisie in diesen Veränderungen

Die türkische Bourgeoisie begann mit dem faschistischen Militärputsch vom 12. September 1980 die Phase ihrer Reorganisation. Das ökonomische, politische, Arbeits- und Sozialleben wurde durch Militärgesetze geordnet. Die Abhängigkeit des türkischen Staates vom Imperialismus wurde noch weiter verfestigt. Diese Veränderungen wirkten sich auf die Werktätigen, die linken Kräfte und auf das kurdische Volk in der Form einer weiteren Zunahme der Unterdrückung und Ausbeutung aus. Die Auswirkungen der Reorganisation der Bourgeoisie für die Werktätigen bestanden in der Abschaffung demokratischer Rechte durch die faschistische Verfassung, Verschärfung des Presserechts, Veränderung des Arbeitsrechts und der Gewerkschaftsgesetze zugunsten der Unternehmer, durch Gesetze abgesicherte Handlungsfreiheit für die Polizei und die Militärs, Ordnung des Justizsystems entsprechend den Anforderungen der Armee.

Sofort begannen die USA und ihre Verbündeten, ihre Expansionspläne mit Hilfe des türkischen Staates vorzubereiten, gaben ihm die entsprechende Unterstützung und rüsteten ihn militärisch auf. Die Pläne der Pentagon-Experten, eine türkisch-islamische Synthese zu entwickeln, ihre Strategie, die islamischen Völker gegen den Kommunismus zu vereinen, standen ständig auf der Tagesordnung der Armee und der Politiker.

Hinter der pan-islamistischen Politik der türkischen Bourgeoisie steckten dieses Mal nicht nur die BRD, sondern vor allem auch die USA. Der türkische Staat hatte Expansionsbestrebungen in Richtung Balkan, Kaukasus und Mittlerer Osten. Allerdings ließ der politische Status Quo eine solche Expansion nicht zu.

Die türkische Bourgeoisie will die günstige Gelegenheit nutzen

Der Zusammenbruch der UdSSR bot dem türkischen Staat wichtige ideologische, psychologische und politische Vorteile. Die türkische Bourgeoisie sagte, daß die „Demokratie“ dem „Kommunismus“ überlegen sei, und stellte sich selbst als Repräsentantin der Demokratie dar, während die zu ihr in Gegnerschaft stehenden Kräfte mit ihrer Repräsentanz des Kommunismus erfolglos blieben. Diese Propaganda wirkte sich auch im ökonomischen und politischen Bereich aus. Die ganze Wirtschaft ergab

Expansionspläne der türkischen Bourgeoisie — ein Beitrag aus kurdischer Sicht

sich der Großbourgeoisie und den internationalen Konzernen. Die eindimensionale Frontenbildung gewannen die USA und ihre imperialistischen Verbündeten. Der türkische Staat befand sich ebenfalls in diesem Lager, und er betrachtete die Gewinne als gemeinsame Gewinne, an denen er beteiligt sein wollte.

Die USA behaupten, sie würden die Demokratie bringen. Warum sollte der türkische Staat also nicht das gleiche behaupten? Außerdem entstand im Mittleren Osten, im Kaukasus und auf dem Balkan ein großes Machtvakuum und Kriege zwischen den Völkern. Die UdSSR als Barriere vor der Türkischen Republik (TR) war verschwunden. Außerdem wurde das Recht des Stärkeren weltweit festgeschrieben. Die türkische Bourgeoisie vertraute auf ihre Armee. Da sie eine starke Armee besitzt, gab es für sie keinen Grund, keine Expansionsbestrebungen zu hegen.

Das die Türkei umgebende Machtvakuum löste bei der türkischen Bourgeoisie sowohl Angst als auch Expansionsgelüste aus. Es bestand die Möglichkeit, daß sich neue Autoritäten auf dem Balkan herausbilden könnten, zum Beispiel, daß die Serben ihre Eigenständigkeit bewahren, daß sich der Zusammenhalt zwischen Griechenland und Bulgarien verstärkt, daß die Armenier im Kaukasus stärker werden. Das wäre einem Bündnis mit Kurdistan gleichgekommen. Rußland hätte seinen militärischen Einfluß auf die Turkrepubliken restaurieren können. Im Mittleren Osten hätte sich die arabische Solidarität entwickeln können. Der Iran hätte noch mehr Einfluß bekommen können. Das kurdische Volk hätte die neu entstandenen Bedingungen nutzen und eine gewisse politische Lösung erreichen können. All diese Möglichkeiten beunruhigten die imperialistischen Kräfte genauso wie die türkische Bourgeoisie.

Es gab auch Faktoren, die für Expansionsbestrebungen der türkischen Bourgeoisie günstig gewesen wären. An erster Stelle die Tatsache, daß die Pläne der imperialistischen Kräfte in die gleiche Richtung gingen, daß sie eine absolute Kontrolle durch mit ihnen kollaborierende Marionettenregierungen errichten wollten. Außerdem wurde von der türkischen Bourgeoisie behauptet, sie würde die moslemischen Völker und die Turkvölker schützen.

Die türkische Bourgeoisie war gezwungen, hinsichtlich ihrer Expansionspläne ziemlich schnell zu handeln, und genauso ging sie auch vor. Während des Golfkriegs wurde die Parole Turgut Özal: „das Gegebene dreifach zurückholen“, die Spekulation auf einen Anteil an der Kriegsbeute, zur Parole der türkischen Bourgeoisie. Wenn sie nicht schnell handeln würde, bestand die Gefahr, daß es in den genannten Gebieten zu politischen Erschütterungen kommt, daß sich die Völker dort organisieren, um die entstandenen Möglichkeiten für sich selbst zu nutzen, oder daß eine andere Autorität das Machtvakuum ausfüllt. Die türkische Bourgeoisie hat keinerlei Erfolgchancen gegenüber der imperialistischen Wirtschaft.

Auch die Wirtschaftskrise und die sozialen und politischen Probleme drängen die türkische Bourgeoisie dazu, sich zu beeilen. Der anstelle der ANAP an die Regierung gebrachten DYP-SHP-Koalition gelang es nicht, die Inflation zu senken. Den offiziellen Daten des DIE (staatliches Statistikinstitut) zufolge betrug 1992 die Inflationsrate 70 Prozent, realistischen Angaben zufolge lag sie jedoch mindestens bei 77 Prozent. Es gibt keine Demokratie. Auf einen Streik folgt der nächste. Millionen Menschen sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Repression, staatlichen Morde und Folter werden systematisch gegen die ganze Gesellschaft angewendet. Diese massiven inneren Widersprüche konnte die türkische Bourgeoisie nur noch durch eine nach außen gerichtete Expansionspolitik zu kompensieren versuchen. Wenn ihr das innerhalb kurzer Zeit nicht gelingen würde, ist es unausweichlich, daß diese Widersprüche in Massenaktionen im eigenen Land zum Ausdruck kommen würden.

Was waren die Trümpfe der türkischen Bourgeoisie für ihre Expansionspolitik? Als erstes die Unterstützung der imperialistischen Kräfte. Die imperialistischen Kräfte benutzen die türkische

Bourgeoisie und Armee als Kuli für ihre eigenen Interessen. Als zweites das Machtvakuum in den potentiellen Expansionsgebieten. Als drittes die im Mittleren Osten, auf dem Kaukasus und auf dem Balkan lebenden türkischen Minderheiten. Als viertes die aus der Unorganisiertheit herrührende Schwäche der türkischen Opposition.

Der türkische Staat, der bei der Unterdrückung des moslemischen kurdischen Volkes vor keiner Grausamkeit zurückschreckt, gibt als Vorwand für seine Expansionsbestrebungen auf dem Balkan den Schutz des moslemischen bosnischen Volkes vor. Ähnlich geht er im Zusammenhang mit der Makedonienfrage vor. Als Vorwand für die Expansionsbestrebungen im Kaukasus bringt er die „rassische Nähe“ der Türken zu den Aserbeidschanern vor und daß sie Moslems sind. Bei den Expansionsbestrebungen im Mittleren Osten geht es ihm um die Verhinderung der Gründung eines kurdischen Staat. Zynisch wird dafür als Vorwand behauptet, der türkische Staat wolle die Kurden vor Saddam

Unter diesen Bedingungen läuft sie Gefahr, in ihren Problemen zu erstickten. Um nicht in diese Lage zu geraten, spielt sie bei allen Plänen der imperialistischen Kräfte mit.

Die türkische Bourgeoisie handelt im Grunde in Abhängigkeit von den USA und an zweiter Stelle von der BRD. Die große Bedeutung der BRD für die Wirtschaft der Türkei ist bekannt. Sie rüstet auch die türkische Armee auf. Die jährliche Militärhilfe der BRD für die Türkei wurde ein weiteres Mal erhöht. Obwohl in den Medien ausführlich darüber berichtet wurde, welche enorme Zerstörungskraft und Massenvernichtung durch die Lieferung der in der BRD speziell für den Einsatz in Kurdistan hergestellten Streubomben dem türkischen Staat in die Hand gegeben wird, ist dieser Auftrag nicht annulliert worden. Die Bilder eines mit einem deutschen Panzer zu Tode geschleiften kurdischen Zivilisten und die Nicht-Reaktionen der deutschen und türkischen staatlichen Stellen waren ein Indikator für die Verlogenheit beider Seiten. Als BRD-Außenminister

mußten sich zum Schutz ihrer Interessen ins Fahrwasser der türkischen Bourgeoisie begeben. Die Strukturen vieler dieser Länder sind viel weiter entwickelt als die der Türkei. Die Türkei ist ökonomisch nicht in der Lage zu expandieren. Die Lücken im Staatshaushalt bewegen sich in Trillionen-Höhe (türkische Lira), es fehlt an Investitionen, die Arbeitslosigkeit ist enorm. Das Volk ist hungrig und es herrscht eine tiefgehende soziale Krise. Die türkischen Unternehmen sind international nicht kreditwürdig. Die türkische Bourgeoisie besitzt im Vergleich zu den Bourgeoisien der imperialistischen Länder keinerlei ökonomische Vorteile und keine Chancen. Welches Land investiert schon in eine Ökonomie, die sich in einer tiefen Dauerkrise befindet? Die Versuche der türkischen Bourgeoisie, Investoren anzulocken, blieben daher bisher erfolglos.

In der Türkei gibt es keine Demokratie. Das entgeht den Völkern nicht. Was die türkische Bourgeoisie anderen Völkern bringen will, zeigt sich allen Völkern ganz deutlich an dem, was sie dem kurdischen Volk antut. Die türkische Bourgeoisie hat nur noch eine einzige Waffe: die Armee.

Ohne den Kuli der imperialistischen Kräfte bei einer militärischen und ökonomischen Expansion zu spielen, kann die türkische Bourgeoisie nicht weiterkommen. Die Politik ist in der Türkei deshalb zu einem Einheitsbrei geworden, das Regime der Bourgeoisie steckt in einer Sackgasse. Obwohl es mehrere bürgerliche Parteien gibt, unterscheiden sich ihre Programme keine Spur. Die politischen Parteien der türkischen Bourgeoisie am linken und am rechten Rand vertreten alle die gleiche Politik. Das Problem der Demokratie stellt sich für diese Parteien nicht. Sie sind ausschließlich damit beschäftigt, sich gegenseitig zu beschuldigen, um sich untereinander Pfunde und Einfluß abzubauen.

In den 70er Jahren warfen sich auch die bürgerlichen Politiker Arbeiterkluft über, um unter den Arbeitermassen auf Stimmenfang zu gehen. Heute ziehen auch die Sozialdemokraten Militäruniformen an.

Die Bourgeoisie ertrinkt in den ökonomischen und sozialen Problemen und ist nicht in der Lage, eine neue Politik hervorzubringen. Die Parteien spalten sich, die alten Politiker treten unter neuen Parteinamen auf. Die den islamischen Fundamentalismus vertretende *Refah Partisi* (Wohlfahrtspartei) will die Expansion unter islamischen Deckmantel und betreibt eine rassistisch-militaristische Politik. Die Sozialdemokratie ist von der Bildfläche verschwunden. Eine eigenständige faschistische blutige Bewegung wie in den 70er Jahren gibt es nicht mehr, nachdem das Regime die faschistische Politik selbst zur Staatspolitik gemacht und durch Gesetze zementiert hat. Die bürgerlichen Parteien haben sich der Armee ergeben. Die DYP-SHP-Koalitionsregierung und das Parlament sind nichts anderes als Vollzugsorgane der Armeeführung. Alle grundlegenden Gesetze des Militärregimes vom 12. September 1980 sind immer noch in Kraft. Es gibt auf der Welt nur wenige Beispiele einer solchen Niederträchtigkeit unter dem Namen bürgerliche Demokratie.

Der einzige Trumpf der Bourgeoisie ist die Armee. Das Parlament, Radio, Fernsehen und Presse betreiben alle die gleiche Propaganda, daß der türkische Staat der größte und stärkste sei, daß er mit diesen oder jenen Verbündeten in dieser oder jener Region intervenieren werde, daß er so und so große ökonomische und politische Erfolge erzielt habe etc.

Die Politik kann jedoch durch solche Demagogie nicht weitergebracht werden. Immer sind es die imperialistischen Kräfte, die sich das größte Stück der Beute nehmen. Die türkische Bourgeoisie, die zum Beispiel im Golfkrieg noch viel aggressiver war als die USA selbst, hat doch einen heftigen ökonomischen Schlag einstecken müssen. Entgegen der Propaganda befindet sich die türkische Bourgeoisie im Sog einer starken ökonomischen und sozialen Krise. Die türkische Ökonomie bricht unter den Kosten für die Armee zusammen.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Mit BRD-Waffen: Morde in Kurdistan!



Murder in Kurdistan with german weapons!



Les massacres: avec les armes Allemandes!

Herausgeber: Kurdistan-Komitees in Europa

Nebenstehende Broschüre der Kurdistan-Komitees in Europa enthält einen Bericht über den Mord an dem Kurden Mesut Dündar, der im Herbst 1992 durch türkische Soldaten mit einem BRD-Panzer zu Tode geschleift wurde, eine Übersicht der PDS/LL über Waffenlieferungen der BRD an das türkische Regime und Foto-Dokumente über den türkischen Terror in den kurdischen Gebieten.

26 Seiten A-5, Preis 3 DM.

Zu beziehen u.a. über GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Hussein schützen. In Bezug auf Griechenland, Bulgarien und den Irak gibt er in seiner Propaganda den Schutz der türkischen Minderheiten in diesen Ländern als angebliche Gründe an.

Die türkische Bourgeoisie betreibt diese Aktivitäten mit Hilfe des türkischen Generalstabs und in enger Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst MIT und der Konterguerilla. Die türkischen Minderheiten im Irak, in Griechenland und in Bulgarien und ihre Parteien stehen unter der Kontrolle des türkischen Geheimdienst MIT. Genauso ist es in Bosnien und Makedonien. Türkische Soldaten werden durch das MIT gehörende zivile Institutionen nach Bosnien geschickt. Hunderte türkische Soldaten und faschistische Militante kämpfen in den Reihen der Aserbaidshaner gegen die Armenier. Die autonome Republik der Tschetschenen (Nachitschevan) der Aserbaidshaner, die sich innerhalb der Grenzen Armeniens befindet, steht unter politischer und militärischer Kontrolle der TR. Es ist kein Geheimnis, daß die Hälfte der deutschen Waffen aus den Beständen der ehemaligen NVA, die die TR von der BRD geschenkt bekommen hatte, nach Aserbaidshchan weitergegeben wurde.

Kann die türkische Bourgeoisie ihre Expansionspläne verwirklichen?

Ohne politische Unterstützung und Zustimmung der imperialistischen Kräfte kann der türkische Staat keinen einzigen Schritt unternehmen. Denn die Imperialisten brauchen die türkische Bourgeoisie nicht so sehr, wie oft angenommen wird. Außerdem gibt es auch keine Gegenspieler zur Nato mehr, wie es früher die UdSSR und der Warschauer Pakt gewesen sind. Die türkische Bourgeoisie hat Angst davor, alleine dazustehen.

Kinkel kurz danach nach Ankara reiste, wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, daß die in der türkischen Armee gebildeten Spezialeinheiten, die vor allem gegen den Befreiungskampf in Kurdistan eingesetzt werden sollen, von der BRD ausgerüstet werden.

Es herrschen natürlich Interessensengagements unter den imperialistischen Staaten über die Frage, welcher von ihnen die Türkei unter seinen Einfluß bringt. Der Einfluß der USA ist immer noch bestimmend. Unter den imperialistischen Staaten hat sich jedoch noch kein massiver Widerspruch in der Frage des Einflusses über die Türkei herausgebildet.

Bei ihrem Expansionsversuch stößt die Türkei auf verschiedene politische Hindernisse. Die Völker der Region organisieren sich schnell. Griechenland und Bulgarien sind gegen türkische Expansionsbestrebungen auf dem Balkan sehr wachsam. Interventionen des türkischen Staates im Kaukasus und in den zentralasiatischen Republiken würden zu einer Gegenreaktion Rußlands führen. Außerdem sieht es so aus, daß der ökonomische, militärische und kulturelle Einfluß Rußlands auf die Turkrepubliken beständig ist. Vor einer Expansion des türkischen Staates im Mittleren Osten gibt es ebenfalls verschiedenen Barrieren. Die arabischen Völker und Regime, die zwar in absehbarer Zeit keine Einheit zustande bringen werden, sind über eine mögliche Expansion der TR ernsthaft beunruhigt. Ein weiteres ernstzunehmendes Hindernis ist der Iran. Er konnte sogar mehr kulturellen Einfluß und Handelsbeziehungen mit einigen mittelasiatischen Republiken entwickeln als die türkische Republik.

Außerdem sind die Völker nicht so unerfahren, daß sie meinen würden, sie

Indien: „Reformen“ als Ursache der Konflikte?

Die Auseinandersetzungen zwischen den Menschen mit hinduistischer und muslimischer Religion dauern in den großen Städten, insbesondere in Bombay, weiter an. Wie schon oft bei dieser Art Konflikte werden die Existenzen kleiner Händler und Gewerbetreibender vernichtet.

Sicherlich gab es seit der Unabhängigkeit Indiens immer wieder dramatische Eskalationen kommunalistischer Gewalt. Aber sie hatten stets einen sozialen Hintergrund. Die derzeitige Situation führt auch zu Überlegungen von westlichen Ländern, ob denn die Regierung von Premier Rao in der Lage sein wird, ihr zweites angekündigtes „Maßnahmepaket“ auch durchzusetzen. Rao hatte die rigide Öffnungspolitik seines ermordeten Vorgängers Rajiv Gandhi durchaus mit Zustimmung der Hauptbrandstifter in der hindu-fundamentalistischen BJP fortgesetzt. Dabei ging es im ersten Schritt vor allem um die Aufhebung von gesetzlichen Investitionsbeschränkungen für imperialistisches Kapital und die Privatisierung staatlicher Betriebe.

Die linke Opposition organisierte Massendemonstrationen und Streiks im März/Juni 1992 gegen die Auflagen der Weltbank. Aber vor dem Hintergrund einer unerwartet „erfreulichen Entwick-

lung“ gab sich die Regierung gelassen und ließ so die Hetzkampagnen der BJP bis zum Marsch auf Ajodhya gedeihen. „Die Inflation war (von 17 %) auf 8 % gesunken, die Zahlungsbilanz war gut im Griff, wir hatten gute Ernten, die Preise waren unter Kontrolle. Und wir hofften, die Wirtschaft 1993 wieder auf einen Kurs mit einem Wachstum von 5 % bis 5,5 % zu bringen ... Und dann passierte diese Verrücktheit.“

Im zweiten „Reformschub“ sollten nun die Banken reprivatisiert und die Gründung neuer Banken erleichtert werden. Dies hätte auch weitgehende Auswirkungen auf die bislang subventionierte lokale Kreditvergabe z. B. an die kleinen Bauern. „Unrentable“ staatliche Betriebe mit unter 300 Beschäftigten sollten geschlossen oder verkleinert werden. In Pakistan wurde dies bereits vorexerziert und man hat den Eindruck, daß die inländischen Hauptprofiteure dieser „Reformen“ lokale Mafiosi, Landlords und Politiker sind (z. B. sind 45 der 325 Abgeordneten in Patna, Bundesstaat Bihar, notorische Kriminelle). Mit Ignoranz gegenüber den Interessen der Ärmsten und den Ängsten der Mittelschicht auf ein Absinken in dieses Elendsniveau wird der BJP der Boden bereitet. — (cog)

US-Aggressionen gegen Irak gehen weiter

Auch nach dem Amtswechsel von Bush auf den neuen Präsidenten Clinton gehen die militärischen Aggressionen der USA gegen den Irak weiter. Einen Tag nach dem Amtsantritt Clintons feuerte eine US-Maschine eine Rakete auf eine irakische Radarstation. Diese habe angeblich die US-Maschine unerlaubt mit Zielradar angepeilt, hieß es zur Rechtfertigung. Am nächsten Tag beschossen erneut US-Flugzeuge irakische Radarstellungen, am 24. Januar warf ein US-Bomberpilot eine lasergesteuerte 450-Kilogramm-Bombe auf eine irakische Flugabwehrstellung ab. Wieviele irakische Personen bei diesen neuerlichen Aggressionen ums Leben kamen, ist noch nicht bekannt.

Sowohl die arabischen Staaten wie auch Rußland hatten in der vergangenen Woche die US-Aktionen, insbesondere den Raketenangriff auf Bagdad, bei dem mehrere Personen durch die in der Stadt einschlagenden Raketen zu Tode kamen, zum Teil scharf kritisiert. Der saudische König Fahd verlangte in einer Erklärung, daß alle Entschließungen des Sicherheitsrates gleichermaßen akzeptiert werden müßten, gleichgültig, ob sie nun die Lage am Golf oder die Sache der Palästinenser oder die Deportierten

(Palästinenser, d. Red.)“ betrafen. Zuvor hatte der russische Vertreter bei der UNO die USA aufgefordert, künftig keine Aktionen mehr ohne die ausdrückliche Zustimmung des Sicherheitsrates zu unternehmen. Eine Sitzung des Sicherheitsrates am 19. Januar konnte aber keine Verurteilung der US-Aktionen erreichen. Vermutlich wäre dies auch an einem Veto der USA gescheitert.

An den Aktionen in der Vorwoche hatten sich auch britische und französische Einheiten beteiligt. Offenbar, um die Kritik aus den arabischen Ländern zu dämpfen, „distanzierte“ sich danach die französische Regierung von dem US-Raketenangriff auf Bagdad. Der Beschuß Bagdads mit Marschflugkörpern habe das Mandat des UN-Sicherheitsrates überschritten, erklärte Außenminister Dumas nach einer Kabinettsitzung.

Die irakische Regierung hat den neuen US-Präsidenten Clinton erneut aufgefordert, „ein neues Kapitel in den Beziehungen beider Länder aufzuschlagen“. Der Irak sei nicht Feind der Vereinigten Staaten, sondern „der imperialistischen Politik, die gegen den Irak und seine arabischen Brüder praktiziert wird.“

Quellen: FAZ, 20. bis 25. 1.; Die Welt, 21. 1. 93 — (rül)

Haider's Anti-Ausländer-Initiative umstritten

Mehr als 250 000 Menschen fanden sich am 23. Januar in Wien und anderen Städten Österreichs zusammen, um mit einem „Lichtermeer gegen Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit“ zu protestieren. Zu diesen großen Manifestationen — in Wien war es die größte Demonstration seit Kriegsende — hatte die „Aktion SOS Mitmensch“ aufgerufen, die von André Heller und weiteren Kulturschaffenden ins Leben gerufen wurde. Dem Aufruf gegen Ausländerfeindlichkeit folgte auch politisch eine ganz große Koalition von der konservativen ÖVP und der katholischen Kirche über die sozialdemokratische SPÖ und die Gewerkschaften bis hin zu Grünen, Kommunisten und einer Vielzahl linker Gruppen und Initiativen.

Anlaß der Protestaktion war das vom FPÖ-Parteiboss Jörg Haider in Szene gesetzte Volksbegehren „Österreich zuerst“, das am 25. Januar begonnen hat und bis zum 1. Februar läuft. Zentrale Forderungen des Anti-Ausländer-Begehrens: Einwanderungsstopp, Ausweisungspflicht für Ausländer am Arbeitsplatz. Höchstgrenzen von 30 % „Schülern nichtdeutscher Muttersprache“ in

Pflichtschulklassen. Trotz der großen Demonstrationen gibt sich Haider siegesicher. Nicht ohne Grund, denn laut Umfragen könnte rund ein Drittel der rund 5,7 Millionen wahlberechtigten Österreicher das Volksbegehren unterstützen. Der FPÖ-Vorsitzende versucht mit seiner Propaganda demagogisch, „den kleinen Arbeiter“ anzusprechen, dessen Interessen ihm am Herzen liege, im Gegensatz zur „blasierten Schickria aus den besseren Wohngegenden“. Mit seinen Angriffen auf die Kirche versucht er, sich außerdem die antiklerikale Grundstimmung in der Arbeiterschaft zunutze zu machen.

So erfreulich die großen Demonstrationen auch waren, die „Koalition der Vernunft“ hat auch Schwächen: So haben die Regierungsparteien selbst in den vergangenen Monaten die Ausländerpolitik verschärft und damit zur Zuspitzung der Lage beigetragen. Sie treibt wohl mehr die Angst vor Stimmenverlusten bei den nächsten Parlamentswahlen. Immerhin lehnte das Bündnis ab, als Innenminister Löschniak, Oberschärmacher in Sachen Ausländerpolitik, beitreten wollte. — (jüg)

Internationale Umschau



Ein neues Tankerunglück in der Straße von Sumatra (Bild) hat wieder zu massiver Ölverschmutzung geführt, das ausströmende Öl bedroht auch große Laichgründe an den Küsten der nahegelegenen Inseln. Die in letzter Zeit auffällig zunehmende Zahl von Tankerunglücken ist eine Folge der großen Überalterung der Welttankerflotte und der rücksichtslosen Zeitvorgaben der großen Reeder, die ihre Mannschaften zu schnellstem Tempo auch bei schwierigstem Wetter und riskanten Fahrten antreiben. Erst wenige Tage vor dem Sumatra-Unglück war an den schottischen Shetland-Inseln ein Tanker an die Küste getrieben worden und gesunken. — (rül)

Ungarn: Rechter behauptet sich in der Regierungspartei

Obwohl der Ministerpräsident Ungarns, Antal, die Ansichten Czurkas als „landdeshädigend“ bezeichnete — Czurka fordert ein „ungarisches Ungarn“, betreibt antisemitische Hetze und arbeitet mit Faschisten zusammen — erhielt dieser rechtsradikale Schriftsteller bei den Präsidentschaftswahlen der größten Regierungspartei, dem Ungarischen Demokratischen Forum, 536 Stimmen von 674 Delegierten. Die sich als liberal bezeichnende Strömung dagegen konnte nur noch ein Mitglied in das zwanzigköpfige Präsidium entsenden. — (alk)

Angriff gegen linke spanische Zeitung

Am 3. November wurde am Grenzübergang Irun der Leiter der zweimonatlich erscheinenden Zeitung *Area Critica* und ehemalige politische Gefangene Bittor Diéguez Guerra bei seiner Einreise in den spanischen Staat festgenommen. Bittor Diéguez war elf Jahre lang als vermutetes Mitglied der GRAPO im Gefängnis und beteiligte sich während seiner Haft an zahlreichen Hungerstreiks gegen Folter und unmenschliche Haftbedingungen im spanischen Staat. Bis zu seiner Entlassung am 13. Januar 1990 nahm er am letzten Hungerstreik der spanischen GenossInnen teil, der insgesamt 435 Tage dauerte und in dessen Verlauf der Genosse Manuel Sevillano (Sevi) ermordet wurde. Seit seiner Freilassung arbeitet Bittor als Redakteur und Direktor der Zeitung *Area Critica*. In seiner Eigenschaft als Reporter war Bittor nach Frankreich gereist, um mit dem Vorsitzenden der PCE(r), Manuel Pérez Martínez, ein Interview zu führen, welches in der Novemberausgabe von *Area Critica* erscheinen sollte. Im Augenblick seiner Festnahme wurden neben dem erwähnten Interview auch verschiedene persönliche Briefe beschlagnahmt, die exilierte Mitglieder der PCE(r) aus Frankreich an ihre Angehörigen schickten. Ebenso wurde Geld beschlagnahmt. *Area Critica* in Bilbao wurde durchsucht und Material sowie Geld beschlagnahmt. *Area Critica* betrachtet diesen Angriff nicht nur als gegen ihre Zeitung, sondern gegen die Freiheit der Meinungsäußerung gerichtet und unterstreicht, daß diese Attacke durch die PSOE gesteuert ist, die alle unabhängigen Informationsmedien angreift. In ihrer Eigenschaft als linke Zeitung entlarvt *Area Critica* konsequent die Kontinuität des Faschismus in Spanien, informierte beispielsweise kontinuierlich über den Hungerstreik der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r), berichtet über soziale und ArbeiterInnenbewegung und bezieht sich in ihren Berichten und Analysen auf Ereignisse weltweit. Die Zeitung kann unterstützt werden durch ein Abo (zahlbar per Banküberweisung oder Nachnahme): *Area Critica*, Apdo. 7031, E-48080 Bilbo. Bittor Diéguez wurde am 23. Dezember 1992 auf Kaution freigelassen mit der Auflage, sich 14tägig zu melden. Die Punkte der Anklage sind ihm bis heute unbekannt. (I.S. — Internationale Solidarität c/o BBA-Laden, St.-Pauli-Str. 10/11 2800 Bremen 1)

Türkische Staatssicherheit klagt sechs Anwälte an

In einem Aufruf des Halkin Hukuk Büros, Rechtsbüro des Volkes wird informiert über das Verfahren vor dem Staatssicherheitsgericht (DGM), das gegen sechs Rechtsanwälte Anklage erhoben hat.

„Mit der am 10. 11. 1992 zugestellten Anklage wird vor dem Istanbul Staatsicherheitsgericht eine öffentliche Anklage gegen folgende Mitglieder der Istanbul Rechtsanwaltskammer erhoben: Ulutan Gün, Fethiye Peksen, Zerrin Sari, Fuat Erdogan, Ümran Gün und Bedii Yarıyıcı. Die Klageschrift gegen die Rechtsanwälte wird wie folgt begründet: es wird behauptet, daß die Angeklagten Kurierdienste zwischen den höheren Funktionären und den inhaftierten Mitgliedern von Devrimci Sol geleistet haben. Weiter wird behauptet, daß bei der Operation gegen Devrimci Sol am 16./17. April 1992 in der Wohnung des ZK-Mitglieds von Devrimci Sol Sinan Kukul Fotos und handgeschriebene Lebensläufe gefunden wurden. Dazu die AnwälteInnen: ... Gegen uns liegt kein konkreter Beweis vor. Warum wird trotzdem diese Anklage erhoben? Die Antwort darauf wird die Angelegenheit klären, denn der Staat greift die AnwälteInnen an, die sich nicht in dem vom Staat vorgegebenen Rahmen bewegen, die in den Prozessen Revolutionäre verteidigen, die für Demokratie kämpfen ... Der erste Verhandlungstag ist auf den 22. 2. 1993 anberaumt. Die sechs Angeklagten werden sich an diesem Tag auf gar keinen Fall in die Rolle der Angeklagten drängen lassen. Nach Artikel 169 des türkischen Strafgesetzbuches, welcher besagt, daß sich die Strafe nochmals um die Hälfte erhöht bei denen, die „bewußt oder wissentlich einer Organisation helfen“, fordert die Staatsanwaltschaft einen Verurteilung nach Gesetz 3713, Art. 5 des Antiterrorgesetzes. Wir sehen dies als einen Angriff auf die Verteidigung. Wir JuristInnen dürfen dagegen nicht schweigen ... Wir fordern Euch auf, gegen diesen Prozeß Stellung zu beziehen und laden Euch ein, daran als BeobachterInnen teilzunehmen. Ümran Gün, Rechtsanwältin.“

In der BRD unterstützt das Informations-Zentrum für freie Völker, Teichstr. 16e, 5000 Köln 30, Tel: 0221/53 1278, Fax: 53 1700 den Aufruf und organisiert eine Prozeßbeobachtung.

Embargo tötet — Schweigen auch

Ein internationales Treffens in Genf am 17./18. 1., organisiert von Friedens- und Menschenrechtsgruppen aus Frankreich, Italien, der Schweiz, der BRD, dem ehemaligen Jugoslawien, Palästina und den arabischen Ländern, befaßte sich kritisch mit der aktuellen Rolle der UNO. Im Anschluß demonstrierten mehrere hundert Menschen gegen die erneuten Angriffe auf den Irak. Der italienische Journalist Lucio Manisco verurteilte die neue Barbarei der USA und bezeichnete die neue Weltordnung als eine Form von Staatsterrorismus gegen die Bevölkerung, Nationen und Gruppen, um sie davon abzuhalten, ihre Ziele zu verfolgen. Auch Ben Bella (Algerien) führte aus, Bagdad sei geschlagen worden wegen des Versuchs, etwas zu schaffen, das sich von Bushs Wünschen unterscheide. Quelle: Pressemitteilung der Gesellschaft Kultur des Friedens — (evc)



Die Lohnabhängigen bei den belgischen Eisenbahnen kämpfen gegen ein drastisches „Sanierungsprogramm“ der Eisenbahndirektion. Anfang Januar hatte die Direktion angekündigt: Stilllegung weiterer Linien, Reduzierung des Zugangebots um 20 % täglich und 30 % in der Woche, Fahrpreisanhebung um 3 % sofort, weitere Entlassungen und Flexibilisierung. In einem Forderungspaket verlangen die Eisenbahner dagegen unter anderem: Rücknahme des Regierungshaushalts 1993 (durch den das Sanierungsprogramm erzwungen wurde) und stärkere Besteuerung der Reichen, Preissenkung für Bahnkarten, keine Entlassungen, höchstens acht Stunden Arbeitszeit am Tag, höchstens fünf Tage nacheinander Arbeit, zwei Wochenenden im Monat arbeitsfrei, keine weitere „Flexibilisierung“. Bild: Kundgebung gegen das Regierungsprogramm. — (rül, Bild: Soldair)

Landesastenkonzferenz gegen Studienreform

München. Die Augsburger Uni wurde vom 18.-20. Januar bestreikt. Am 21. Januar fand in München eine landesweite Demonstration statt, während der AStA-Vertreter eine Resolution im Kultusministerium übergaben. Wir dokumentieren eine Presseerklärung des Sekretariats der LAK-Bayern. — (baf)

Die LAK-Bayern, als Zusammenschluß der bayerischen Studierendenvertretungen, lehnt die Beschlüsse der Finanz- und Kultusministerkonferenz (FMK/KMK) zur Studienreform zum großen Teil ab. Die Beschlüsse sehen unter anderem bei einer Überschreitung der Regelstudienzeit um zwei Semester eine Studiengebühr vor. Bei einer weiteren Überschreitung um zwei Semester wird eine Zwangsexmatrikulation durchgeführt. Die vorgesehene Studienzeit wird von normalen Studierenden durchschnittlich um 4-5 Semester überschritten. Dies ist dadurch bedingt, daß 2/3 der Studierenden während des Studiums arbeiten müssen. Studierende sind von den hohen Mieten und der schlechten sozialen Situation betroffen. Die Beschlüsse der KMK/FMK beinhalten eine Trennung des Studiums in einen berufsqualifizierenden und einen wissenschaftlichen Teil. Das wissenschaftliche Studium soll vollständig von jedem Studierenden mit 9000 bis 18000 DM pro

Jahr selbst finanziert werden. Dadurch sollen die Kassen von Bund und Ländern von den Kosten des Bildungssystems entlastet werden. Dies, obwohl die Aufwendungen derzeit schon unter einem Prozent des Bruttosozialproduktes liegen. Damit ist die BRD laut Vorgabe der UNESCO bildungspolitisches Entwicklungsland. Nach Informationen der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) studieren derzeit 1,8 Mio. StudentInnen auf nur 850 000 Studienplätzen. An einigen Hochschulen kommen auf einen Studienplatz vier Studierende. Unseres Erachtens versucht die FMK/KMK, mit ihren Beschlüssen die Unterversorgung der Hochschulen durch Verdrängung der Studierenden zu lösen. Die LAK-Bayern fordert gezielten personellen und materiellen Ausbau der Hochschulen. Teile dieses Studienstrukturreformkonzepts stimmen zwar scheinbar mit studentischen Forderungen überein, verfolgen aber, da aus dem Zusammenhang gerissen, eine völlig andere Intention. Wie sonst ist es zu erklären, daß Studierendenvertretungen, als Betroffene, nicht um ihre Meinung zu den Vorschlägen der KMK/FMK befragt wurden. Deswegen fordert die LAK-Bayern mit Nachdruck ein Mitspracherecht für StudierendenvertreterInnen bei allen hochschulpolitischen Entscheidungen.

Staatsschutzmaterialien müssen entfernt werden

Stuttgart. In der mündlichen Verhandlung am 15. 9. 1992 gab die 14. Kammer des Verwaltungsgerichts Stuttgart (VG) zu verstehen, daß die Klage des Lehrers M. Zeis gegen das Land Baden-Württemberg, Geheimdienstmaterialien aus seinen Personalakten zu entfernen, Erfolg haben muß (Az: VG Stuttgart - 14 K 198/92). Das Oberschulamt Stuttgart (OSA) hatte 1985 rechtswidrig zwei Anfragen beim Inlandsgeheimdienst gestartet, der aus den Abgründen von NADIS ominöse „Erkenntnisse“ und kopiertes Schriftgut anliefern. Am 7. 10. 1985 hatte der Kläger durch seinen Anwalt beantragt, dieses Schriftgut aus der Akte zu entfernen. Das Oberschulamt weigerte sich seither beharrlich, dem Anliegen zu entsprechen, mit der Begründung, nach herrschender Rechtsprechung müßte die Personalakte kontinuierlich und vollständig sein, d. h. alle in ihr einmal abgelagerten Unterlagen seien dort zu belassen. Im übrigen habe das Amt auf den in Rede stehenden Akten aus dem Innenministerium handschriftliche Hinweise angebracht, daß sie durch frühere Gerichtsurteile einem Verwertungsverbot unterlägen. (Die auf diese Unterlagen gestützte Entlassung des Lehrers war durch rechtskräftiges Urteil des VG Mannheim am 10. Dezember 1990 endgültig verworfen worden.)

Das Gericht stellte nun fest, durch sein am 20. 9. 88 ausgesprochenes Verwertungsverbot für diese Staatsschutzunterlagen sei eindeutig klargestellt worden, daß diese Akteile in keinem sachlichen Bezug zum Beschäftigungsverhältnis des Klägers stünden. Des weiteren könnten durch das weitere Ablagern in der Personalakte für den Kläger bei anderweitigen Bewerbungen im öffentlichen Dienst, bei Dienststellenwechsel (z. B. aufs Finanzamt) Nachteile entstehen. Nach allgemeiner Lebenserfahrung könne nicht davon ausgegangen werden, daß solche Schriftstücke (in denen der Kläger der Funktionärstätigkeit für Organisationen bezichtigt wird, die von der Exekutive als verfassungsfeindlich stigmatisiert werden und die eine Diktatur errichten wollten) den beamteten Leser nicht negativ beeinflussen — z. B. wenn er unter Bewerbern ansonsten gleicher Qualifikation zu entscheiden habe. Auf Vorhalt des Richters Haas gegenüber dem OSA-Vertreter, ob er nach diesen Ausführungen immer noch auf seinem Rechtsstandpunkt beharre, antwortete dieser mit, „Ja, daran hat sich nichts geändert“, und im übrigen könne sich der Kläger bei unrechtmäßigem Handeln der Behörde ja wehren. Diese Äußerung wurde im Gerichtssaal allgemein als zynisch empfunden, kommt in ihr doch ein Bewußtsein der Behörde zum Vor-

schein, ausdrücklich nicht an das Gesetz gebunden zu sein, sondern zuerst einmal nach eigenem Gusto handeln zu können. Klagt danach ein Betroffener, werde man ja sehen. Eine persönliche Haftung von Verwaltungsbeamten für diskriminierendes und gleichzeitig rechtswidriges Handeln gibt es leider nicht, leider auch kein Vetorecht für diese Gruppe von Beschäftigten gegen bestimmte Aufträge, z. B.: Anfragen beim „Stasi“-West mache ich nicht, Gesinnungsverhöre lehne ich unter Berufung auf das Diskriminierungsverbot des ILO-Abkommens Nr. III ab; ebenso das Sammeln von Zeitungsleserbriefen von Lehrkräften, in denen diese sich kritisch zu Regierungspolitik und/oder gesellschaftlichen Zuständen äußern.

Da durch die jahrzehntelange Berufsverbotspraxis der ganze Beamtenapparat an diese Sorte Diskriminierung als normales, justizförmiges, allgemein akzeptiertes Verfahren gewöhnt worden ist und ihm die entsprechenden Denkfiguren und formalen Handlungsabläufe in Fleisch und Blut übergegangen sind, — fast wie das Ausstellen von Bußgeldbescheiden —, werden auch noch bestehende rechtliche Schranken der Diskriminierung nicht mehr wahrgenommen, ebensowenig die Unrechtmäßigkeit von Erlassen/Anweisungen der Exekutive, die diese Schranken durchbrechen. So hatte beispielsweise die baden-württembergische Landesregierung unter Vorsitz des NS-Marinerichters Filbinger a. D. im Dezember 1974 beschlossen, bei allen Beschäftigten, bei denen bei der Einstellung Zweifel weckende „Erkenntnisse“ angeliefert worden waren, die aber nach Anhörungen zerstreut waren, ohne einen auf Tatsachen beruhenden Verdacht weitere Routineanfragen beim Staatsschutz zu starten, z. B. am Ende der Probezeit. Noch bis ins Jahr 1990 hinein wurde diese Art von Gesinnungs-TÜV, wie ihn der Gewerkschaftstag der GEW Baden-Württemberg in einer Entschließung am 3. Mai 1986 treffend bezeichnet hatte, von den Landesbehörden vollzogen. Faktisch beendet wurde diese Praxis erst, als das Landesamt für „Verfassungs“-Schutz nach dem o. a. rechtskräftigen Urteil des VG vom 10. 12. 1990 ein formalisiertes Schreiben erstellte, in dem diese Routineanfragen unter Hinweis auf eben diesen VG-Beschluß als nicht mehr zulässig bezeichnet werden. Auf diese nicht ganz alltägliche Weise strandeten solcher Routine verhaftete Oberschulämter mit Anfragen über Beschäftigte, bei denen sie selbst aus der dienstlichen Tätigkeit keine „Zweifel“ konstruieren konnten, bei denen sie aber schon einmal vor Jahren bei der Einstellung „Zweifel“ gehegt hatten. — (zem)

Stadt München soll Kirchentag bezuschussen

München. Das Management für den Evangelischen Kirchentag, der vom 9. bis 13. 6. in München stattfinden soll, fordert von der Stadt München 2 Mio. DM Zuschuß. Zusätzlich will die Kirche nur die Hälfte der 3,7 Mio. DM Gebühren entrichten, die üblicherweise für die Nutzung von Messe- und Olympiagelände, Gasteig und diverse Schulen anfallen. Dabei werden ohnehin schon 5 Mio. DM der — für die Veranstaltung — veranschlagten Kosten von 17,7 Mio. DM von Bund und Land übernommen. Die finanziellen Forderungen der Kirche sind um so unverfroren, wenn man bedenkt, daß die Kirchen doch buchstäblich im Geld schwimmen. Die evangelische Kirche ist mit 4000 qkm Grundbesitz nach der katholischen Kirche die zweitgrößte nichtstaatliche Grundeigentümerin in Deutschland. — (dill)

CSU und Bayernwerke auf Atomkraft

Würzburg. Alarmierend nennt der Bezirksvorstandssprecher der unterfränkischen Grünen, Manfred Wagner, die Vorgaben zur Energieversorgung im Entwurf des neuen bayerischen Landesentwicklungsprogramms. Hier ist u. a. der Bau eines neuen Atomkraftwerkes im ersten Jahrzehnt nach 2000 vorgesehen. Dabei wird an den bisherigen fünf bayerischen Standorten (Nordbayern, Grafenrheinfeld und Viereth bei Bamberg) festgehalten. In dem Entwurf ist zusätzlich der Bau einer 380 KV-Leitung zwischen Schweinfurt und Hessen vorgesehen — notwendig zum Transport großer Strommengen. Da neue Atomkraftwerke auf den massiven Widerstand der Bevölkerung stoßen und in

Grafenrheinfeld bereits eines steht, verdichten sich die Anzeichen für einen zweiten Reaktorblock dort. Der Entwurf des neuen Landesentwicklungsprogramms wird bis Ende Januar in den kommunalen Gremien diskutiert werden. — (Grüne Zeiten 1/93)

Bundeswehr läßt REP- Offizier gewähren

Wildeshausen. Die Bundeswehr hat zu den Äußerungen des Stabsarztes Nagels vom Fallschirmbataillon 272 in Wildeshausen Stellung genommen. Nagels hatte als Rep-Landesgeschäftsführer in Nordrhein-Westfalen in einem Interview mit der Zeitschrift Playboy „das Bücklingmachen vor der ausländischen Meinung“ angegriffen. Der Wildeshauser Bataillonskommandeur nannte jetzt die Aussage des Stabsarztes „rechtskonservativ“, aber „dienstlich nicht relevant“. Disziplinarmaßnahmen will die Bundeswehr nicht ergreifen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Kossendey (Oldenburg) teilte mittlerweile der Presse mit, daß das Verteidigungsministerium den Fall weiter prüft. — (jot, aus: nzz)

Schüleraktionen gegen „Asylkompromiß“

Hamburg. Viele hundert Schülerinnen und Schüler führten am 14. und 15. 1. Aktionen gegen die Abschaffung des Asylrechts durch. Schüler mehrere Schulen besetzten das Eimsbüttler Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer: Nachdem in der 5. Stunde Vollversammlungen abgehalten wurden, versammelten sich mehrere Schüler der anderen Schulen auf dem Hofe des Kaifu und baten um Einlaß, was der schulleitende Lehrer vorerst unmöglich machte. Die Schulleitung befürchtete die Einmischung von

außen, da sie die Schüler wohl nicht einer solchen Planung für fähig hielt. Nach leichtem Drängeln mußten die Lehrer nach ca. 20 Minuten die Schüler passieren lassen, womit nun ca. 800 Leute sich in der Schule aufhielten. Es folgten AGs von der SchülerInnenkammer, ai, VVN u. a. Abends gab es dann eine Vollversammlung mit Vertretern verschiedener Parteien und Organisationen, worauf ein Rock-Konzert folgte. Ca. 150 Schüler übernachteten im Kaifu. Obwohl jeder Schüler darauf hingewiesen wurde, daß er eine illegale Handlung begeht, beteiligten sich an der Demonstration am 15. dennoch ca. 1000. Die ganze Aktion wurde überschattet durch massive Versuche behördlicherseits, die Schüler zum Aufgeben zu bewegen. So mußte sich die SchülerInnenkammer auf Druck der Schulbehörde vom Aufruf zur Demonstration distanzieren, einzelne Schülerinnen wurden im Vorfeld mit Ordnungsmaßnahmen bedroht. — (Nach Berichten in den Lokalberichten Hamburg — scc)

Lage der Studentinnen und Studenten in Oldenburg

Oldenburg. Eine Umfrage des Studentenwerks Oldenburg zeigt die Misere der 13000 Oldenburger Studentinnen und Studenten. Durchschnittlich stehen ihnen monatlich 952 DM zur Verfügung (Bundesdurchschnitt 1146 DM), etwa 30 % haben sogar nur unter 800 DM. Die Mietkosten nehmen den größten Anteil ein. Im Durchschnitt betragen sie 357 DM, bei 16 % über 500 DM. Über 50 % der Befragten geben über 40 % ihrer Einkünfte für Miete aus. Der Anteil der Studentinnen und Studenten, die neben dem Studium arbeiten müssen, liegt mittlerweile bei 59 % (1983: 21 %). — (jot, aus: nzz)



Protest gegen Fremdenfeindlichkeit

Karlsruhe. Am 21. 1. besetzten Leute von den Karlsruher AntifaschistInnen das Büro der SPD-Stadtratsfraktion. Sie führten Kundgebungen aus dem Fenster des Büros durch und hielten eine Pressekonferenz ab. Sie griffen „den rassistischen Konsens“ der Parteien bei der Ausländer- und Asylpolitik an. Zur gleichen Zeit führte der DGB auf dem Marktplatz eine Kundgebung im Rahmen des landesweiten Aktionstages von Landesregierung und Landtag gegen die Fremdenfeindlichkeit durch. An ihr nahmen rund 1500 Leute, darunter etwa 1000 aus Schulen, teil. — (rub)

Wie in Braunschweig der KITA- Notstand nicht behoben wird

Braunschweig. Das Bundesgesetz zur Kindertagesstättenversorgung ist nicht anwendbar. Diese lapidare Antwort erhielt die Linke Liste Braunschweig auf eine Anfrage im Rat der Stadt zum Kindertagesstättennotstand.

Hintergrund ist die Änderung des Artikels 5 des (Bundes-) Schwangerschafts- und Familienhilfegesetzes vom August 1992. Dieses Gesetz formuliert, vom dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt, einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 1. Januar 1996. Diese Änderung, seinerzeit geschaffen zur Eindämmung der Forderung nach Abschaffung des § 218, geht damit tatsächlich über bestehende Landesgesetze hinaus. Freilich sieht es auch keinerlei finanzielle Deckung der bei den Kommunen entstehenden Kosten vor! Die Anfrage der Linken Liste Braunschweig forderte die Ansprüche aus diesem Bundesgesetz ein.

Das groß angekündigte niedersächsische Gesetz zur Kindertagesstättenversorgung fällt an zahlreichen Punkten hinter das Bundesgesetz zurück. So wird der Bedarf künstlich herabgedrückt, indem nur mit drei Jahrgängen gerechnet wird, obwohl zwischen dem dritten Lebensjahr und dem Schuleintritt durchschnittlich 3,5 Jahre vergehen. Nachmittags- oder Vormittagsbetreuung, Spielkreise usw. werden als vollwertiges Angebot betrachtet, obwohl sie für Berufstätige völlig nutzlos sind. Ferner

soll der gesetzliche Anspruch erst ab 1998 in Kraft treten.

Neben vielen weiteren Einschränkungen ist einzig die finanzielle Beteiligung an Bau- und Personalkosten eine wichtige Verbesserung gegenüber dem Bundesrecht. Selbst das Präsidium des niedersächsischen Städtetages hat von der Landesregierung eine Überarbeitung gefordert, da das Landesgesetz dem Bundesrecht widerspricht.

Allein durch die auf drei Jahrgänge verkürzte Bedarfsberechnung wird in Braunschweig die Zahl fehlender Kindertagesstättenplätze von ca. 2500 auf ca. 1600 herabgedrückt. Noch im Herbst 1992 war der Rat der Stadt einem Antrag der Verwaltung gefolgt, diese betrügerische Berechnungsweise anzuwenden.

Die SPD-Fraktion hatte diesen Beschluß noch gegen die Linke Liste Braunschweig verteidigt, es ginge nur um statistische Größen. Die GRÜNEN blieben stumm und stimmten zu. Das Bündnis dieser beiden plus FDP erweckt fortwährend den Eindruck, die Versorgung würde sich verbessern. Tatsächlich haben bisher neu eingerichtete Kitas nicht mal ganz den Mehrbedarf durch steigende Kinderanzahl abgedeckt.

Die CDU scheint bei diesem Thema allenfalls daran interessiert, wer die Bauaufträge bekommt.

Dennoch zeichnet sich ab, daß selbst die Vorgaben des Landesgesetzes von

der Stadt nicht eingehalten werden. Die heilige Kuh Gewerbesteuerhebesatz wird laut SPD/GRÜNE/FDP-Vereinbarung nicht angefaßt, die Steuereinnahmen werden ab 1993 auch in Braunschweig sinken. Darüber hinaus wird an städtischen Marketingprojekten wie Stadion-Erneuerung, Gewerbegebiet-Erschließung und -Versenkung und anderes mehr festgehalten werden. Kurz, der Oberstadtdirektor wird erklären, daß kein Geld da ist, die Bezirksregierung, daß die Verschuldungsgrenze erreicht sei.

Wie diesen Skandal vermeiden? Die Verwaltung arbeitet daran. Der Bedarf muß gesenkt werden — durch höhere KITA-Entgelte! Bereits im letzten Jahr wurden diese um 15 % erhöht, jetzt sollen erneut durchschnittlich 15 % draufgeschlagen werden. Erstmals hört man leichte öffentliche Kritik von SPD und GRÜNEN: Die Sozialklausel für geringer Verdienende müsse dann aber geändert werden, so daß diese nicht so stark von der Erhöhung betroffen werden. Die Verwaltung erklärt, voll müsse sowieso nur jeder Zweite bezahlen, eine soziale Komponente sei damit berücksichtigt.

Da eine soziale Gegenbewegung sich kaum bemerkbar macht, ist jedoch mit der Beschlußfassung zu rechnen. Die Linke Liste Braunschweig wird einmal mehr auf ihre Aufgaben außerhalb des Rates gestoßen! — (hab)



Köln. Der Rom e.V., der für das Bleiberecht der Roma kämpft, ist empört: Die 30-jährige Frau Nidar Pampurov ist von der Polizei verhaftet worden und soll nach Mazedonien abgeschoben werden. Der SPD-Oberstadtdirektor meint, daß sei kein Krisengebiet. Die Familie Nidar waren antifaschistische Partisanen. — (jöd, Bild: af/mz)

Anträge der DKP zu den Haushaltsberatungen

Mannheim. Die DKP stellt zu den Haushaltsberatungen im März dieses Jahres eine ganze Reihe von Anträgen im sozialen, Umwelt- und kulturpolitischen Bereich. Grundsätzlich verfolgt die DKP damit die Marschroute, daß die großen Verdienner am stärksten belastet werden müssen. So fordert sie eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf 450 Prozentpunkte, Verwendung der dadurch erzielten Mehreinnahmen für Verbesserungen des Schul-, Wohnungs- und Kindergartenwesens. Eine Erhöhung der Grundsteuer B lehnt die DKP allerdings ab, da diese voll auf die Mieter abgewälzt wird. Die von der Stadtverwaltung und den bürgerlichen Parteien vorgesehene Erhöhung der Schülertransportkosten sowie der Bestattunggebühren werden ebenso abgelehnt wie die Erhöhung der Kosten für Entwässerung und Abfallbeseitigung und anderer städtischer Dienstleistungsgebühren. Weitere Anträge der DKP zum Etat der Stadt Mannheim richten sich gegen die verdeckte Förderung der Wirtschaft.

(ebf/mannheim konkret, aus: Kommunal-Info Mannheim Nr. 2/93)

Menschenkette gegen Rassismus

Freiburg. Mehr als 1000 Einzelhandelsbeschäftigte aus der Innenstadt nahmen am Donnerstag, den 21. Januar, um 9.00 Uhr teil an einer Menschenkette gegen „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt — für Freundschaft, Verständnis und Toleranz“. Im Rahmen des landesweiten Aktionstages hatten dazu aufgerufen die Gewerkschaft HBV sowie der Einzelhandelsverband Südbaden. Die

Läden blieben teilweise geschlossen, einige Kaufhäuser öffneten mit einer Notbesetzung. Fast alle Beschäftigten hielten Plakate der HBV gegen Ausländerfeindlichkeit. Leider tauchten die Plakate durch ihren Schwarz-Rot-Goldenen Hintergrund die gesamte Einkaufsstraße in ein entsprechendes Licht. — (scu)

„Rote Karten für die Heuchler“

Stuttgart. Etwa 25000 Menschen kamen am 21. 1. zu der Kundgebung, die von den im baden-württembergischen Landtag vertretenen Fraktionen außer den Rep gemeinsam initiiert worden war unter dem Motto „Aufwachen/Aufstehen/Hinstehen“. Das Aktionsbündnis „Miteinander Leben — gemeinsam gegen Fremdenhaß und Gewalt“, das eine Demonstration am 30. Januar organisiert, hatte vergeblich Rederecht für Alfred Hauser, Ehrenvorsitzender der VVN, und Gordana Golobovic, Vertreterin der EinwanderInnen-Initiative im Gemeinderat, beantragt. Zur Kundgebung gekommen waren vor allem Schülerinnen und Schüler, etliche Klassen hatten gemeinsam Transparente gemalt. Neben für viele attraktiver Rockmusik gab es für die Reden von Regierungs- und Kapitalistenvertretern Pfiffe und rote Karten. Einige Transparente griffen die Asylpolitik an: „Gegen Flüchtlinge hetzen, Abschiebungen vorantreiben, aber hier Toleranz heucheln. Diese Politik kotzt uns an“ oder „Nazihorden morden — CDU/SPD/FDP lassen abschieben“. Finanzminister Mayer-Vorfelder nahm den Aktionstag zum Anlaß, um von den Parteien zu fordern, ihre „Handlungsfähigkeit“ gegen Flüchtlinge unter Beweis zu stellen. — (evc)

Gesamthafenbetrieb: Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze

Hamburg. Die Vertrauensleute beim Gesamthafenbetrieb Hamburg (GHB) wollten den Lohnkampf in diesem Jahr besser vorbereiten. Da von Radio und Fernsehen immer die Appelle zum Lohnverzicht verbreitet werden, wollte man durch eine intensive Mitgliederdiskussion die Grundlage für eine Lohnforderung schaffen, die den Lebensstandard erhält.

Es war auch klar, daß für die Durchsetzung einer ausreichenden Lohnforderung in der ÖTV Abteilung Seehäfen ein deutliches Zeichen gesetzt werden mußte, durch das die Gesamthafenarbeiter demonstrieren, daß sie kampfbereit sind.

Der Tarif läuft bis 31. 3. 1993. Bereits Mitte Dezember veröffentlichte die Vertrauensleute eine 20seitige Broschüre mit Materialien zur Lohndiskussion. Gleichzeitig wurde eine Fragebogenaktion an die über 1100 Gewerkschaftsmitglieder gestartet. Unter anderem wurde die Bewertung des Lohnabschlusses 1992 abgefragt und auch die Vorstellungen für einen Abschluß in 1993. Von den etwa 250 abgegebenen Antworten waren etwa 70 % mit dem letzten Lohnabschluß zufrieden, und etwa der gleiche Anteil wollte in diesem Jahr ein gleiches Ergebnis und wäre auch bereit, dafür zu streiken. Nur wenige waren mit einer geringeren Lohnerhöhung zufrieden, und der Rest war sogar noch für höhere Lohnforderungen.

Dieses Ergebnis war in einer seit November 1991 andauernden Phase mit Kurzarbeit beim GHB kein Selbstgänger. Es zeigt jedoch, daß die Hafenarbeiter sehr wohl wissen, daß sie kampffähig sind, auch wenn auf einzelne Belegschaftsteile gegenwärtig teilweise im Hafenumschlag verzichtet werden kann. In der Broschüre hieß es auch: „Ob wir unseren Reallohn sichern, hängt nur davon ab, wie einig und wie entschlossen wir dafür kämpfen.“ Es wurde auch festgestellt, daß zur Durchsetzung mehr Hafenarbeiter als bisher aktiv werden müssen.

Aus diesem Grund wurde eine große Mitgliederversammlung vorbereitet. Dafür wurde ein A2-Plakat erstellt, das auch als Flugblatt im Format A4 verteilt wurde. (Siehe Bild) Das Mobilisierungsziel wurde erreicht. Über 100 Gesamthafenarbeiter kamen zur Mitgliederversammlung. Für viele bedeutete das eine Anfahrt nach der Schicht von mehr als 10 km, da der Hafen so weitläufig ist und man eben nicht auf einem Platz in einer Fabrikhalle arbeitet.

Die Stimmung war gut. Es gab sehr viele Diskussionsbeiträge. Am Ende

wurde die von den Vertrauensleuten vorgeschlagene Forderung mit großer Mehrheit angenommen:

8,7 %, mindestens jedoch 330 DM, und zusätzlich eine Erhöhung des Urlaubsgeldes um 300 DM.

In der Versammlung war es das bestimmende Ziel, den Lebensstandard zu halten. Auf der Grundlage der vorgetragenen Berechnungen müssen also 4 % netto an Lohnerhöhung herauskommen. Je nach Lohngruppe und Steuerklasse macht das aber zwischen 5 % und 7 % an Lohnerhöhung brutto aus. Es gab überhaupt keinen Redner, der für eine niedrigere Lohnerhöhung eintrat. Ein Redner wies nach, daß der Präsident des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg auf der Jahrespressekonferenz von den sehr guten Zukunftsaussichten für die Hafenwirtschaft berichtet hatte. Aus diesem Grund, so der Präsident, „werden bei den Investitionsentscheidungen in den kommenden Jahren stärker als bisher die Kapazitätserweiterungen im Vordergrund stehen“. Das heißt doch nur, daß die Profiterwartungen günstig sind, weil

sie sonst ihr Geld nicht in den Ausbau der Hafenanlagen stecken würden, sondern einfach zur Bank bringen und Zinsen kassieren würden.

Nachdem die Versammlung mit großer Mehrheit die Forderung beschlossen hatte, wurde festgelegt, daß die Vertrauensleuteleitung ein Materialblatt erstellen soll, in dem die beschlossene Forderung zusammen mit den wichtigsten Argumenten an die Gesamthafenarbeiter veröffentlicht werden soll. Die anwesenden Kollegen sollten auf der Grundlage dieses Materialblatts mit ihren anderen Kollegen im Hafen diskutieren und Verständnis suchen für eine Forderung, die doch im Vergleich mit Forderungen in anderen Branchen hoch ist und für deren Beschlußfassung durch die Bundestarifkommission erst noch gekämpft werden muß.

Bereits drei Tage nach der Mitgliederversammlung konnte das Materialblatt von den Vertrauensleuten verteilt werden.

Broschüre vom Seminar am 27./28. 11. 92, Materialblatt „Mehr Geld“ vom 21. 1. 93 — (obj)



ÖTV-Mitgliederversammlung beim Gesamthafenbetrieb

Am Mo. 18.1.1993 um 15.30 Uhr
Gesamthafenhaus, Einteilungshalle
Georgswerder Bogen 1

Weiterer Personalabbau bei der BMW AG

München. Auch 1993 soll der Personalabbau bei BMW weitergehen. Im Dezember sind dazu zwei Stellungnahmen erschienen, in der *Stoßstange*, Zeitung von Kollegen für Kollegen bei BMW, Nr. 8, danach in *Der Betriebsrat informiert*, Standort München, Nr. 4/92. Wir dokumentieren beide gekürzt. — (mu)

Stoßstange: Von Audi bis Daimler, alle Autokonzerne wollen 10 % der Belegschaft abbauen. Glaubt man den Zeitungen, so schwimmt allein BMW gegen den Strom. Unter Ausschuß der Öffentlichkeit auf der Betriebsversammlung wird der Vorstand deutlich. 1993 soll genau wie 1992 abgebaut werden. Heuer waren es 3000 Arbeitsplätze. Daß BMW 1993 4000 Arbeitsplätze vernichten will, wird nur angedeutet. In gut zwei Jahren sollen also 7200 Arbeitsplätze vernichtet werden. Bei einer Belegschaft von ca. 61600 im Jahre 1991 sind das rund 11,5 % ...

Wir fordern:

1. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
2. Gründliche Berufsausbildung! 10 Prozent Ausbildungsquote in der Großindustrie!
3. Eine Million Arbeitsplätze für den Umweltschutz!
4. Bau von jährlich 600000 Sozialwohnungen!
5. Kampf für höhere Löhne und Senkung der Massensteuern!

BMW-Betriebsrat: ... BMW ist zur Zeit das einzige Automobilunternehmen, daß noch keine Kurzarbeit anmelden mußte.

Der Betriebsrat geht davon aus, daß im ersten Quartal 1993 eine solche Maßnahme noch nicht anstehen wird. Der Personalabbau wird jedoch in 1993 fortgesetzt werden müssen, wobei die rückläufige Produktion erschwerend hinzukommt.

Aufgrund der Erfahrungen mit dem Personalabbau 1992 kommt der Betriebsrat zu dem Erkenntnis, daß weitere Kostenreduzierungen nicht nur durch Senkung der Personalkosten erreicht werden können ... Der Betriebsrat fordert deshalb einen „Vertrag der Vernunft“ mit folgenden Inhalten:

1. Fortführung der Vorruhestandsregelung
2. Abbau der 40-Stunden-Verträge, Reduzierung der Wochenarbeitszeit
3. Personalwirksame Umsetzung der 36-Stunden-Woche
4. Reduzierung der 2100 Leiharbeiter, Aushilfskräfte und Mitarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen
5. Abbau und Vermeidung von Überstunden

... Grundsätzlich kann der Betriebsrat versichern, daß keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden. Falls einzelne Mitarbeiter bedrängt werden, bitten wir den Betriebsrat sofort einzuschalten.

Kiel. Die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) hat für den Einzelhandel Schleswig-Holstein ein Flugblatt mit den Forderungen zum Manteltarifvertrag (MTV) veröffentlicht. In der Gewerkschaft HBV (Handel-Banken-Versicherungen) wird noch gemeinsam für Hamburg und Schleswig-Holstein beraten. Gekündigt war der MTV zu Ende Dezember '92. Die DAG fordert:

- Sechs Wochen Urlaub für alle Beschäftigten, also auch Jugendliche;
- Unkündbarkeit ab 55. Lebensjahr und 15-Jähriger Betriebszugehörigkeit.
- Auflösungsverträge sollen künftig nur noch schriftlich rechtswirksam sein und grundsätzlich innerhalb von 3 Arbeitstagen arbeitnehmerseitig widerrufen werden können.
- Ab der 1. Stunde Mehrarbeit sollen Zuschläge für die Mehrbelastung gezahlt werden. Auch für Teilzeitbeschäftigte.
- Ab 55. Lebensjahr und 15-jähriger Betriebszugehörigkeit soll bei Zuweisung einer niedriger zu bewertenden Tätigkeit das bisherige Gehalt weitergezahlt werden.
- Stufenweise Anhebung des Urlaubsgeldes von 50 % auf 100 %.
- Gleiche Kündigungsfristen für gewerbliche Beschäftigte wie für Angestellte.
- Berufsschulzeiten sind künftig wie betriebliche Arbeitszeiten (einschl. Wegezeiten) zu bewerten.

Gekündigt sind auch die Verträge über Sonderzahlungen. Dazu wird gefordert:

- Ein ganzes 13. Monatsgehalt.
- Vermögenswirksame Leistungen von 26 auf 78 DM.

Diese Forderungen sind auch Ergebnis der Diskussion in der HBV-Fachgruppe gewesen und werden auch von der HBV unterstützt werden.

Die Tarifkommission macht sich darüberhinaus Gedanken, wie durch Festlegungen im MTV die 31 Punkte der Bundesregierung zur Deregulierung außer Kraft gesetzt werden können. Ein wesentlicher Punkt ist der Plan der Kapitalisten, die Ladenschlußzeiten abzuschaffen. Dagegen sollen wirken zum Beispiel:

- Die Festschreibung der 5-Tage-Woche für den Einzelhandel.
- Bestimmung von „sozialen“ und „unsozialen“ Arbeitszeiten. Die unsozialen sollen mit erheblichen Zuschlägen belegt werden.
- Dazu steht laut *Handelsblatt* vom 25. 11. 92 in NRW bereits die Forderung: Für Arbeit nach 18.30 Uhr soll ein Zuschlag von 80 % gezahlt werden, (bisher wird am „langen Donnerstag“ ab 18 Uhr 55 % gezahlt). Für Arbeit an Sonn- und Feiertagen wird ein Zuschlag von 200 % gefordert.
- Es soll eine Klausel gegen das Abbedingen des Tarifvertrages festgeschrieben werden.
- Der Anteil von Pauschalkräften soll

auf einen bestimmten Prozentsatz der Beschäftigten beschränkt werden.

- Die Mindestarbeitszeit bei Teilzeitkräften soll 4 Stunden nicht unterschreiten (bisher 3).

Aus der Fachgruppe kommen außerdem noch folgende Vorschläge:

- Noch zu den Überstundenzuschlägen. Die sollen nach der tarifvertraglichen Arbeitszeit gezahlt werden. Bisher waren sie erst ab der 40. Stunde Zuschlagspflichtig.
- Veränderungen in der Urlaubsstaffel, so daß der höchste Urlaub ab dem 41. Lebensjahr 38 Tage beträgt.
- Freistellung von der Arbeit auch bei Erstbezug einer Wohnung zwei Tage. Drei Tage beim Tod des Lebenspartners (wie auch bei Ehegatten).
- In einer gewerkschaftlichen Funktion ehrenamtlich, satzungsgemäß tätige Beschäftigte sollen bis zu 10 Tage freigestellt werden können.
- Ansprüche zu „Familie und Beruf“ sollen betreffende Personen in Betrieben mit mehr als 20 Vollbeschäftigte erhalten, (bisher ab 100 Beschäftigte).
- Die Frist für die Verwirkung von Ansprüchen soll von drei Monaten auf ein Jahr geändert werden.

Die Forderungen zum Manteltarif sollen in Schleswig-Holstein/Hamburg zusammen mit den Lohntarifen verhandelt werden, die im Frühjahr auslaufen. Auch die Lohnforderungen werden noch beraten. — (brg)



Rund 3000 Beschäftigte der öffentlichen Bibliotheken Berlins nutzen am 21.1.93 ihren Betriebsausflug, um gegen den beabsichtigten Stellenabbau zu demonstrieren. Sie übergaben Kultursenator Roloff-Mömin mehr als 100 000 Solidaritätspostkarten von Bibliotheksnutzern. Mit der geplanten Streichung von 300 der derzeit 1230 Stellen bis 1997 riskiert der Senat die Schließung von rund 100 Stadtteilbibliotheken. Betroffen würden nach Ansicht der Fachverbände insbesondere „immobiliäre“ Nutzer wie Kinder, Jugendliche, behinderte und ältere Personen. Die geplante Stellenstreichung fällt zudem in eine Zeit steigender Entleerungen, gekürzter Sachmittel sowie in Ostberlin durch Bestandsaustausch zusätzlicher Belastung. Außerdem wurden 1992 bereits 100 Stellen gekürzt. Aufgrund der Proteste will der Petitionsausschuß des Abgeordnetenhauses die Innenverwaltung auffordern, die Bibliotheken von den Personaleinsparungen auszunehmen. — (har)

Kurz berichtet

Landwirtschaft: Rückgang der Beschäftigung

Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft Brandenburgs ist allein im vergangenen Jahr um 45 % zurückgegangen. Die vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik veröffentlichten Zahlen dokumentieren, daß im Vergleich von Mai 1991 zu April 1992 nur noch 46 500 von 84 000 Beschäftigten ständig in der Landwirtschaft tätig sind. Zwar stieg die Zahl der Betriebsinhaber und ihrer im Betrieb tätigen Familienangehörigen von 7 526 auf 8 535 Personen (+ 13 %), und auch die Zahl der nicht ständig Beschäftigten nahm um 13 % auf 3 151 zu, jedoch belegen diese Zahlen nur die zunehmende Tendenz der Selbstausbeutung und sind bestenfalls „ein Tropfen auf den heißen Stein“. Kehrseite des Beschäftigungsrückgangs sind 140 000 Hektar brachliegende landwirtschaftliche Nutzflächen. — (har)

Abfindungen für Förster und Waldarbeiter

Potsdam. Rund 4 000 Förster und Waldarbeiter der staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe der DDR sind im Laufe des Jahres 1991 entlassen worden. Mit Blockaden der Zufahrtsstraßen nach Berlin hatten sie auf ihre Situation aufmerksam gemacht. Vor rund einem Jahr demonstrierten die Förster und Waldarbeiter vor der Grünen Woche in Berlin und erzwangen dadurch vom brandenburgischen Landwirtschaftsminister Zimmermann die Zusage einer Abfindung. Kurz vor der diesjährigen Grünen Woche hat es eine Einigung zwischen Zimmermann, der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) und der Treuhänder gegeben. Rund 10 Millionen Mark umfaßt das Volumen, aus dem die Mehrzahl der Entlassenen eine Abfindung erhält. Auch die Beschäftigten, die von der Vorruhestands- oder Altersübergangsgeldregelung Gebrauch gemacht hatten, sind anspruchsberechtigt. — (har)

Wortbruch des Senats: 1993 noch keine 100 %

Berlin. Noch am 16. Dezember vergangenen Jahres war sich die CDU/SPD-Koalition einig, 1993 die Angleichung der Einkommen im öffentlichen Dienst an das Westniveau durchzuführen. Nach Aussagen des Staatssekretärs der Innenverwaltung, Lancelotti, wird Berlin nicht ein weiteres Mal aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ausschließen, sonst laufe es Gefahr, ausgeschlossen zu werden. Ähnlich äußerten sich inzwischen auch der Finanzminister und der Innensenator. Seit Oktober 92 zahlt Berlin den Beschäftigten im Ostteil der Stadt 80 % des Westtarifs, während die ö. D.-Beschäftigten der anderen ostdeutschen Länder erst ab Juli d. J. 80 % erhalten. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Staffelt relativierte die 100 %-Zusage der Koalition auf einen „qualitativen Schritt nach vorn“. — (har)

Aufruf zur Demonstration am 30. Januar 1993

Berlin. „Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Damit begann eine zwölfjährige Terrorherrschaft. Die politische Opposition wurde ausgeschaltet, Andersdenkende wurden in Gefängnissen und Konzentrationslagern gequält, ins Exil getrieben und ermordet. Die Ideologie von der Ungleichheit der Menschen begründete den millionenfachen Mord an Menschen jüdischen Glaubens und Herkunft, schwulen und lesbischen Menschen, Sinti und Roma, Menschen anderer Hautfarbe, Behinderten und Kranken. Der mörderische Versuch, die „deutsche Nation“ über Europa herrschen zu lassen, führte in den 2. Weltkrieg, der mehr als 50 Mio. Menschenleben kostete.“

60 Jahre später kennzeichnen dieses Land wieder rassistische Gewalttaten.

Wir stehen auf für die Durchsetzung demokratischer Rechte für alle hier Lebenden — für Wahl-, Bleibe-, Arbeits- und Wohnrecht, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Religion und Herkunft. Gegen das Entsetzen und das Nachgeben setzen wir das Eintreten für ein gleichberechtigtes und menschenwürdiges Zusammenleben aller Menschen.

Wir widersetzen uns einer Tradition, die Frauen zu Gebärmärschindern degradiert und ihr Selbstbestimmungsrecht u. a. durch den § 218 unter Strafe stellt.

Wir widersetzen uns einem Staat ohne soziale Verantwortung, der die Interessen Weniger gegen die Rechte der Mehrheit nach innen und außen durchsetzt. ... Dem Rassismus nach innen folgte stets der Waffengang außerhalb der Grenzen. Keine Bundeswehreinsätze außerhalb der BRD, diese tragen Krieg und Verwüstung in andere Länder.

Wir widerstehen einer Politik, die die Forderungen der Faschisten erfüllt.

Wir widerstehen der propagandistischen Gleichsetzung von „links“ und „rechts“.

Dieser, aus Platzgründen gekürzte Aufruf wird von rund 40 Organisationen, Parteien und Verbänden unterstützt, darunter u. a. die Gewerkschaft HBV Berlin, Jungsozialisten, VVN/VdA, PDS, Freidenker Berlin-Brandenburg, Deutsche Friedensgesellschaft. Die Demonstration unter dem Motto „Aufstehen und Widerstehen“ beginnt um 15 Uhr am Gestapo-Gelände (Parkplatz Martin-Gropius-Bau).

Bundeswehr besteht auf Truppenübungsplatz

Wittstock. Am 14.1. entschied der Bundestag, trotz der massiven Proteste am Truppenübungsplatz Wittstock/Ruppiner Heide festzuhalten (siehe auch Politische Berichte Nr. 2/93). Insgesamt muß Brandenburg vier solcher Truppenübungsplätze ertragen. Neben dem genannten sind das Lieberose, Lehmin und Jüterbog oder Wünsdorf (je nachdem, wo der geplante Großflughafen gebaut werden wird). Trotz Verkleinerung des Übungsgeländes auf 13 000 Hektar gehört der Schießplatz in Wittstock zu den größten in Europa. — (har)

Für das Menschenrecht auf Wohnung — gegen Mietwucher

Immer mehr Menschen werden in einem der reichsten Länder der Welt mit der Obdachlosigkeit konfrontiert. Insgesamt fehlen in Deutschland ca. 2,5 bis 3 Millionen Wohnungen. Es zeigt sich, daß sowohl auf dem Gebiet der ehemaligen DDR als auch in den alten Bundesländern entscheidende Defizite bestehen. Obwohl in der ehemaligen DDR in den letzten 20 Jahren große Anstrengungen unternommen wurden, um das „Wohnungsproblem als soziales Problem zu lösen“, spitzt sich die Situation heute durch die übernommenen Altlasten aus der DDR und die unrealistische Politik der Bundesregierung weiter zu. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, der Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger und die zunehmende Verschuldung der Menschen in den neuen Bundesländern weisen auf die Notwendigkeit hin, vor allem den einkommensschwachen Schichten bezahlbaren Wohnraum zu bieten. Sowohl in den alten wie auch in den neuen Ländern wird es immer kostspieliger, das elementare Bedürfnis nach einer bezahlbaren Wohnung zu befriedigen. Weder 40 Jahre „soziale Marktwirtschaft“ noch 40 Jahre subventionierte Mieten haben es vermocht, dieses Bedürfnis zu sichern. Die alten Bundesländer waren mit einer Neubaurate von 3,3 Wohnungen je Einwohner im Jahre 1988 z. B. im EG-Bereich das Schlußlicht. In den neuen Ländern war vor allem in den historisch gewachsenen Bereichen der Städte ein zunehmender Verfall zu beobachten. In den neuen Ländern und Ostberlin gibt es 7 Millionen Wohnungen, davon sind 80 % mit Bad, Dusche und Innen-WC ausgestattet. Ungefähr eine Million Wohnungen befindet sich in sehr schlechtem Bauzustand. Die Behauptung, daß die gesamte Wohnsubstanz der ehemaligen DDR verrotten sei, ist jedoch falsch.

Das Recht auf Wohnen

Mit dem Beitritt der neuen Bundesländer zur BRD trat auch auf dem Gebiet des Wohnens und der Mietbeziehungen ein tiefer Bruch der gesamten tatsächlichen und rechtlichen Situation ein. Bis zu diesem Zeitpunkt war mit dem Artikel 37 der Verfassung der DDR das Recht auf Wohnen Verfassungsgrundsatz, und der Staat wurde dadurch verpflichtet, „dieses Recht durch die Förderung des Wohnungsbaus, die Werterhaltung des vorhandenen Wohnraumes und die öffentliche Kontrolle über die gerechte Verteilung des Wohnraumes zu verwirklichen“. Der Umsetzung des Verfassungsgrundsatzes diente der Bau von jährlich 100 000 bis 110 000 Wohnungen. Mangelhaft war, daß dem Neubau gegenüber der Erhaltung der Altbausubstanz lange Zeit Priorität eingeräumt, Abstriche bei der Qualität der Neubauten zugelassen und die Instandhaltung mit nur geringen Kapazitäten ausgestattet wurden. Die undifferenzierte Handhabung des Prinzips der niedrigen Mieten behinderte zusätzlich eine rationelle Nutzung des Wohnungsfonds. Dieses System mit allen seinen Mängeln sicherte aber in seiner Gesamtheit, daß ein normal arbeitender und lebender Bürger, der seine Mieterpflichten einhielt, nicht gegen seinen Willen die Wohnung verlieren konnte. Selbst im § 123 Abs. 3 des Zivilgesetzbuches der DDR war dieser Grundsatz geregelt: „Die Räumung einer Wohnung im Wege der Vollstreckung setzt die Zuweisung anderen Wohnraumes voraus.“ Mit der Vereinigung beider deutscher Staaten endete dieser Rechtsgrundsatz und führte auch in den neuen Ländern dazu, daß die Gesellschaft und der Staat weitgehend aus der Verantwortung für das Vorhandensein menschenwürdigen Wohnraumes für jeden Bürger und zur Verhinderung von Obdachlosigkeit entlassen wurden. Nach 1991 wurden bis zum heutigen Zeitpunkt in den neuen Ländern noch lediglich 25 000 Wohnungen fertiggestellt.

Die Altschuldenfrage

Im Einigungsvertrag wurden der vorhandene Wohnungsbestand und besonders die Neubauten nicht in die in den alten Bundesländern geltenden Regelungen zu Sozialwohnungen einbezogen. Im § 11 des Mieterhöhungsgesetzes in der Fassung des Einigungsvertrages wird hingegen festgelegt, daß der ge-

samte Mietenbestand nach einer Übergangszeit in die Mietregelungen des frei finanzierten Wohnungsbaus fällt. Während sich dieser Passus in der Politik der Bundesregierung wiederfindet, bleibt der § 11 Abs. 3 (Berücksichtigung der Einkommensentwicklung bei der Mieterhöhung) ohne praktische Bedeutung. Ohne die Einkommensentwicklung zur Grundlage zu nehmen, wurde der Bruttoquadratmeterpreis (Grundmiete, kalte und warme Betriebskosten) von einer Mark 1991 zum 1. Oktober 1992 auf 7,80 DM und ab 1. Januar 1993 auf 9,90 DM erhöht. Dabei läßt die Regelung der „freiwilligen“ Mieterhöhung nach Instandsetzung gar eine Erhöhung auf 11,37 DM pro Quadratmeter zu. Diese Mieterhöhung auf das Zehnfache entspricht in keiner Weise der Einkommensentwicklung. Selbst bei Arbeiten liegt bei wesentlich gleichen Kosten die durchschnittliche Einkommensentwicklung bei 50 bis 60 % im Vergleich zu den alten Bundesländern.

Die Situation wird noch durch die sogenannten Altschulden von ca. 50 Millionen DM der kommunalen Wohnungsbau- und Baugesellschaften gegenüber der Bundesregierung zugespitzt. Hier wurden Verbindlichkeiten der Gesellschaften gegenüber Baubetrieben der DDR aufgerechnet und sollen nun an die Bundesregierung fallen. Da sich die Finanzlage der Kommunen in den letzten Monaten drastisch verschlechtert hat und sie zunehmend zu Bittstellern beim Bund und bei den Ländern werden, wirkt sich das auch auf die kommunalen Wohnungsbau- und Baugesellschaften aus. Während die ostdeutschen Kommunen 1991 noch aus dem Fond Deutsche Einheit einen Überschuß von 1,5 Mrd. DM erzielten, rutschten sie bereits 1992 wegen sinkender Zuwendungen mit 4,3 Mrd. DM in die roten Zahlen. Diese Entwicklung führte dazu, daß zur Deckung der Altschulden überreichte Verkäufe von Grundstücken und Gebäuden stattfanden sowie überstürzt der Kauf von Eigentumswohnungen eingeführt wurde. Dazu kommen ungelöste Eigentumsfragen und Rückübertragungsansprüche aus den alten Bundesländern, die die Situation für die Mieter weiter verschärfen. Ende Juli

1992 lagen rund zwei Millionen unbearbeitete Rückübertragungsansprüche bei den ostdeutschen Vermögensämtern vor. Dazu kommen noch 500 000 Anträge von Kommunen zu ungeklärten Eigentumsfragen. Hier wird die Forderung gegenüber der Bundesregierung erhoben, sehr schnell den Entwurf eines Entschädigungsgesetzes vorzulegen und den Grundsatz „Entschädigung vor Rückgabe“ zu verwirklichen. Schon jetzt gibt es in den neuen Bundesländern ca. 30 000 Obdachlose, und 25 % der Obdachlosen in den alten Bundesländern kommen aus dem Osten.

Mietprobleme in Hellersdorf

Im Berliner Stadtbezirk Hellersdorf wohnen ca. 130 000 Menschen, davon 90 000 im Neubaugebiet, das in den Jahren zwischen 1974 und 1991 errichtet wurde. Bei einer realen Arbeitslosenrate von 11 % und der Tatsache, daß jede zweite Familie durch eine Form der Arbeitslosigkeit betroffen ist, wird das Mietproblem zum entscheidenden sozialen Problem.

Durch ein Bürgerbegehren wird versucht, entsprechend dem Berliner Bezirksverwaltungs-gesetz die Zuständigkeit des Landes Berlin für die Wohnungsbau- und Baugesellschaft nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung dem Stadtbezirk zu übertragen. Die Mieter haben ein Recht darauf, für ihre hohe Miete eine schrittweise Sanierung der Wohnungen und die Gestaltung des Umfeldes zu verlangen. Die Bezirksverordnetenversammlung muß Einfluß auf Grundsatzentscheidungen der Gesellschaft nehmen können. Bisher ist durch die Berliner Verwaltung eigenständiges kommunales Handeln kaum möglich. Für zu erwartende Obdachlose sind von der Wohnungsbau- und Baugesellschaft Leerstandwohnungen zur Verfügung zu stellen und Möglichkeiten für eine menschenwürdige Unterbringung zu schaffen. Die Zahlung von Wohngeld, kann die entstehenden sozialen Härten kaum abfangen. Trotz des Wohngeldes werden besonders Rentner, Alleinerziehende, Frauen, AusländerInnen, Arbeitslose und Menschen mit Behinderungen in eine Existenzkrise getrieben. — (KJD)

PRESSERKLÄRUNG

Bäbel Bohley und Reinhard Schult (NEUES FORUM),
Wolfgang Templin und Michael Wartenberg (BÜNDNIS 90) erklären:

KEINE SOLIDARITÄT MIT HEINRICH FINK IM HAUS DER DEMOKRATIE

Noch immer dient die traditionsreiche Humboldt-Universität als Kampfplatz für verbissene Attacken gegen die notwendige Erneuerung in der ostdeutschen Gesellschaft. Erneut wird zur Solidarität mit Heinrich Fink gerufen und die Plakate dazu, zieren das Haus der Demokratie.

Der ehemalige Rektor der Humboldt-Universität und langjährige CFK-Aktivist Heinrich Fink hat alle Möglichkeiten ausgenutzt um seine Entfernung vom theologischen Lehramt in Frage zu stellen. In einem ordentlichen Urteil des Landesarbeitsgerichts Berlin wurde die Abberufung Finks bestätigt. Wer auch immer gewillt ist, sich weiter mit ihm zu solidarisieren, soll dazu nicht das Haus der Bürgerbewegungen mißbrauchen.

Initiativen, Komitees und Gesellschaften, die sich plötzlich dem Kampf gegen Berufsverbote, dem Einsatz für Bürgerrechte und Menschenwürde verschreiben und am letzten Wochenende im Haus am Köllnischen Park zusammenkamen, sind mit mehr oder weniger prominenten DDR-Altlasten bestückt. Ihre Sprecher und Vertreter scheuen sich nicht lauthals neues Unrecht anzuprangern, nachdem sie mithalfen, daß die Menschenrechte in der DDR vierzig Jahre lang mit Füßen getreten wurden.

Es ist ein Hohn, die notwendige Entfernung belasteter Stasi-Mitarbeiter, Funktionäre und Intellektueller aus wichtigen Funktionen des öffentlichen Lebens als Siegerjustiz und Berufsverbotspraxis zu diskreditieren.

Wo es wirklich neues Unrecht gibt sollte man dagegen auftreten aber nicht im Schlepptau von Demagogen und Hundefängern.

Die Humboldt-Universität hat eine eigene jahrzehntelange Geschichte von Widerstand und Opposition aber auch von Anpassung und intellektueller Komplizenschaft mit dem System. Heinrich Fink steht nicht für den besten Teil dieser Geschichte.

Berlin, den 20. Januar 1993

Weitere Informationen bei Wolfgang Templin, Tel. 229 15 08

Am 20. Januar fand in der Humboldt-Universität in Berlin-Mitte eine Veranstaltung unter dem Titel „Solidarität mit Heinrich Fink“ statt. Die Veranstalter protestierten gegen die Verfolgung des ehemaligen Rektors der Humboldt-Universität im Gefolge der Stasi-Hatz. Gegen die Solidaritätsbewegung und deren Diskussion über Widerstand gegen staatliche Willkür und Verfolgung stellten sich die Unterzeichner der obenstehenden Presseerklärung. Wir veröffentlichen diese Erklärung ohne jeden weiteren Kommentar. — (brr)

Umsetzung des BVG-Urteils: Eigene Stadtwerke nun möglich

Ein wichtiges gemeinsames Ziel der Deutschen in Ost und West war nach den Ereignissen des Novembers 1989 die Wiederherstellung der traditionsreichen kommunalen Selbstverwaltung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Zu ihr muß grundsätzlich auch das Recht der Kommunen gehören, eigene Unternehmen für Wasser-, Strom-, Fernwärme-, Gasversorgung und öffentlichen Personennahverkehr zu haben.

Die Übertragung des aus der Natur der Sache heraus defizitären Personennahverkehrs in kommunale Verantwortung erfolgte ohne große Diskussion — wie auch die Übertragung der Wohnungsbestände auf die Kommunen, freilich zusammen mit den durch ein Machtwort der damaligen DDR-Regierung dem Wohnungsbau auferlegten Schulden.

Große Schwierigkeiten bereitete hingegen die Übertragung der örtlichen Versorgungsunternehmen auf die Kommunen in den östlichen Bundesländern, denn erstens galten die Einrichtungen mittelfristig als wirtschaftlich rentabel

und zweitens bestand die Befürchtung, eine Abspaltung örtlicher Betriebsteile aus den 15 Bezirkskombinaten könnte die kurzfristig nötig erscheinende ökonomische, ökologische und technische Sanierung der Energiewirtschaft, besonders der Stromwirtschaft, gefährden. Wieweit diese Befürchtung wirklich zutraf, bleibe zunächst einmal dahingestellt.

Der Versuch, die westdeutsche Energiewirtschaft für die Umrüstung und den Ausbau der ostdeutschen zu gewinnen, war meiner Ansicht nach richtig. Freilich wurden hierfür von den westdeutschen Verbundunternehmen zunächst Bedingungen gestellt, im Vergleich zu denen der Versailler Friedensvertrag von 1919 ein reines Geschenk war.

Inzwischen hat sich Entscheidendes zugunsten der Kommunen verändert. Vom Bundesverfassungsgericht kam am 27. Oktober 1992 der für die Gemeinden günstige Einigungsvorschlag, daß jene Kommunen, die nach § 5 Energiewirtschaftsgesetz eine Genehmigung zum Betrieb eines örtlichen Stromversorgungsunternehmens bekommen können,

das hierzu nötige örtliche Vermögen vom Regionalunternehmen erhalten gegen Verzicht auf Gesellschaftsrechte an diesen.

Daraufhin ging es um die Frage, ob sich die Bundesregierung, die Treuhandanstalt, die westdeutschen Verbundunternehmen und die Kommunen der neuen Bundesländer einigen können und ob dann die Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht zurückgenommen werden kann.

Eine Einigung lag im Interesse aller Beteiligten, und so kam es dann in der Nacht zum 22. Dezember 1992 dazu. Nach dieser Einigung können die ostdeutschen Städte, vorbehaltlich der Zustimmung aller Beteiligten, der aber offenbar nichts im Wege steht, schon in diesem Jahr mit dem Aufbau und Betrieb eigener kommunaler Stromversorgungsbetriebe beginnen. Der gefundene Kompromiß wird etwa 30 000 bis 35 000 Arbeitsplätze sichern und den Weg freimachen für jährliche Investitionen von schätzungsweise sechs Mrd. Mark.

Die Einigung sieht vor, daß Kommunen, die ihre Stromversorgung zum Teil

in eigene Hände nehmen möchten, — und das sind von den 164 klageführenden Kommunen etwa 120 bis 130 — die örtlichen Netze, Anlagen und Grundstücke im Wege der Einzelfallübertragung erhalten. Dafür verzichten sie im Gegenzug auf die ihnen nach dem Einigungs- und Stromvertrag von 1990 zustehenden bis zu 49 Prozent an den regionalen ostdeutschen Energieversorgern. Allerdings müssen die Kommunen auch die Altlasten übernehmen. Die Bundesregierung hat den Kommunen durch eine verbindliche Erklärung für die Altlasten eine Sonderregelung zugestanden. Demnach können die Kosten für die Sanierung gegen künftige Gewinne der Stadtwerke steuerlich geltend gemacht werden. Allein für die Stadt Leipzig bedeutet dies Ausfälle bei der Körperschaftsteuer von etwa 150 Millionen Mark. Die Städte müssen die Sanierung zunächst selbst finanzieren. Nach Äußerungen des Hauptgeschäftsführers des Verbandes kommunaler Unternehmen, Felix Zimmermann, haben vor allem die westdeutschen Stromkonzerne die Einigung möglich gemacht, indem sie auf einen Bewertungsausgleich bei der Eigentumsübertragung in Höhe von etwa zwei Milliarden Mark verzichteten.

Zur Sicherung der Braunkohle-Verstromung werden in dem Vergleich die Ost-Kommunen für 20 Jahre verpflichtet, nur 30 Prozent der Energie selbst zu erzeugen und die restlichen 70 Prozent

aus dem Veag-Verbund zu beziehen. Bei der eigenen Elektrizitätserzeugung müssen sie sich aber auf Kraft-Wärme-Kopplung (Fernwärme), erneuerbare Energien und Müllkraftwerke stützen, dürfen also beispielsweise keine großen Kohlekraftwerke errichten. Die Regionalversorger werden ihren Strom allein vom ostdeutschen Verbundunternehmen Vereinigte Energiewerke (Veag) beziehen, das noch der Treuhand gehört, nach Beilegung des Zwistes nun aber in die Hände des Trios RWE, Bayernwerk und Preußenelektra übergeht.

Die RWE Energie AG, Essen, hält noch ergänzende bilaterale Klärungen der EVU mit der Bundesregierung und der Treuhandanstalt für erforderlich. Als fairen Interessenausgleich hat die Gewerkschaft ÖTV die Einigung bezeichnet. Damit könne der Investitionsstau in der ostdeutschen Energiewirtschaft endlich beendet werden.

Bis 1996 wollen Stromversorger in Ost- und Westdeutschland ihre jährlichen Investitionen von derzeit 14,9 Milliarden auf 17,9 Milliarden Mark erhöhen. Dabei stehen steigende Ausgaben für neue Kraftwerke im Vordergrund, während die Ausgaben für den Erhalt und den Ausbau des Stromverteilungsnetzes weitgehend konstant bleiben.

Es müßte versucht werden, den nunmehr erzielten Kompromiß auch auf den kommunalen Gasbereich auszuweiten. — (Dr. sc. Otto Bittmann)

Was ist mit den Polikliniken in Ostberlin?

Nach Angaben des Jahresgesundheitsberichtes 1989 für das Gebiet der ehemaligen DDR vom 31. 12. 1989 gab es in Berlin 63 Polikliniken und 61 Ambulatorien. In diesen gesundheitlichen Einrichtungen waren ca. 12 000 Ärzte, Schwestern und Verwaltungsangestellte tätig.

Im Einigungsvertrag zwischen der BRD und der DDR war festgelegt worden, daß die Polikliniken Ende 1995 in ihrer Existenz erhalten werden. Sie sollten nicht mehr zur Sicherstellung der kassenärztlichen Versorgung vom Zulassungsausschuß der Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen eingesetzt werden, wenn durch sie eine ordnungsgemäße und wirtschaftliche ambulante Versorgung nicht mehr möglich ist. In der *Arzte-Zeitung* vom 22. 12. 1992 heißt es dazu lakonisch: „Bisher mußten schon zahlreiche Polikliniken aus wirtschaftlichen Gründen aufgegeben. Sie waren ganz einfach zu teuer.“ In Berlin sind es heute noch 13 mit ca. 300 staatlichen Angestellten und niedergelassenen Ärzten.

Das Gesundheitswesen in Ostdeutschland wurde entsprechend dem Muster

der Bundesrepublik „umgestaltet“. Aus dem staatlich gelenkten und finanzierten Gesundheitswesen wurde ein marktwirtschaftlich funktionierendes. Ein bewährtes und den Menschen bekanntes, Sicherheit vermittelndes Gesundheitssystem als ganzheitliche medizinische ambulante Betreuung in der Einheit von Prophylaxe, Therapie und Rehabilitation wurde demontiert. Dieses Vorgehen widerspricht nicht nur den Festlegungen im Einigungsvertrag, sondern auch in der Bundesrepublik und in anderen EG-Ländern vorhandenen Erfahrungen in der ambulanten ärztlichen Versorgung. In allen wichtigen EG-Staaten existieren Gesundheitseinrichtungen, die den Polikliniken der ehemaligen DDR ähneln.

Die Umstellung auf marktwirtschaftliche Prinzipien führte sowohl zum wirtschaftlichen Ruin aller bisher existierenden Polikliniken als auch zur Änderung ihres Charakters. Die einstigen Polikliniken sind heute nach marktwirtschaftlichen Prinzipien geleitete Unternehmen und stehen mit den niedergelassenen Ärzten in Konkurrenz. Das bringt eine weitere Kürzung des Personalbe-

standes zur Erhöhung ihrer wirtschaftlichen Effizienz — wie z. B. im Berliner Stadtbezirk Köpenick — mit sich. (Reduzierung von einst 1 500 Beschäftigten auf 117, Ende 1993 noch 46). Die in Berlin bestehenden 13 Polikliniken wurden in einer Trägergesellschaft als Senatsbetrieb „Gesundheitlich-soziale Zentren“ zusammengefaßt. Durch die Verschleppungspolitik des Senates, der betroffenen Ärzten und Angestellten Hoffnungen auf Erhalt ihrer Arbeitsplätze machte, wurde Verunsicherung geschaffen und massiver Druck ausgeübt. Die Mehrheit der in den Polikliniken beschäftigten Ärzte zog es vor, in eigene Niederlassung oder in den Altersübergang zu gehen. Von den ehemaligen Polikliniken bleibt schließlich nur noch die bauliche Hülle. Politische Interessen der Kassenärztlichen Vereinigungen, des Hartmannbundes, der Pharmaindustrie und der herrschenden Parteien spielten die ausschlaggebende Rolle bei der Transformation und schließlich Ausschaltung der poliklinischen Einrichtungen. Verwirklicht wurde das Hauptanliegen des Staates, sich der Fürsorgepflicht für die Gesundheit der Bürger



immer mehr zu entziehen und alles zu privatisieren. Den ostdeutschen Ärzten wurde keine Zeit gelassen: Sie wurden in die eigene Niederlassung gedrängt.

Eine Befragung der soziologisch-medizinischen Arbeitsgruppe (SOMED) im 1. Halbjahr 1992 im Stadtbezirk Lichtenberg unter niedergelassenen Ärzten ergab einen „Mehrheitsarzt“: er ist eine Frau, 46 Jahre alt, verheiratet, promoviert, Facharzt für Allgemeinmedizin, seit 21 Jahren im Beruf, rund 10 Jahre Berufspraxis in einer staatlichen Poliklinik, jetzt privatisiert und mit Schulden

bis zu 138 000 DM „ausgestattet“. Auch wenn im Seehoferschen Gesundheitsstrukturgesetz den Polikliniken erneut eine Chance eingeräumt werden soll, kommt eine solche Wendung sicher zu spät: Die Poliklinik mit ihren Vorzügen ist in Ostberlin nur noch ein Schatten ihrer selbst. Es erhebt sich allerdings die Frage, was geschieht, wenn im Rahmen der EG erneut das Modell Poliklinik zur Debatte gestellt wird.

Quellen: Jahresgesundheitsbericht 1989 „Das Gesundheitswesen“, *Arzte-Zeitung*, *Berliner Linke*, Jan. 1993 — (abe)

„Deutsche Freundeskreise“ zündeln mit faschistischer Hilfe

Polens Präsident Walesa sah sich Anfang Dezember genötigt, scharf „beunruhigende Aussagen und Aktionen“ der deutschen Minderheit anzugreifen. „Im Namen der neuen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland werden wir die unverantwortlichen Handlungen jener Kräfte, die diesen Prozeß stören, nicht erlauben... Die Grenzen wurden endgültig anerkannt, was die Führer der Bundesrepublik mehrfach bestätigt haben. Jene, die an ihnen rütteln wollen, werden am europäischen Frieden rütteln.“

Die Erklärung richtete sich an die deutschen Freundeskreise und indirekt auch an die BRD. Schließlich fördert sie diese finanziell und politisch. Ebenso den „Bund der Vertriebenen“, der die Freundeskreise wiederum „betreut“. Dieser versorgt u. a. auch die Büros der Freundeskreise mit Karten des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937.

In den „Freundeskreisen“ bilden sich Kräfte heraus, die systematisch die polnische Hoheit untergraben wollen. Dabei scheuen sie auch nicht faschistische Unterstützung aus Deutschland. Diese Kräfte fühlen sich bereits so stark, daß sie im polnischen Fernsehen offen über ihre Tätigkeit berichten. Bekannt wurde dadurch im November, daß in Dzierzkowice mehrere aus Baden-Württemberg

angereiste Kader der „Nationalen Offensive“ im „Freundeskreis“ und darüber hinaus sich betätigten. Von einer Organisationszentrale (einem Zehnzimmerhaus) aus plante der Landesbeauftragte Gunter Boschütz die Aktivitäten. Für den „Freundeskreis“ unterstützten sie das Ausfüllen der Anträge für einen deutschen Paß und gaben Deutschunterricht. Einer der Jungnazis aus Baden-Württemberg, Ralf-Peter Götz, wurde sogar zum Sekretär gewählt. Dem polnischen Fernsehen wie jedem, der es sich anhört, erklärten sie offen, daß sie in Polen für die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1914 arbeiten. Sie bekennen sich zur „Tradition des Nationalsozialismus“ und streben ein ausländerfreies (= polenfreies) Viertes Reich an. Auch der Fernsehauftritt hatte Kalkül: die polnischsprechenden jungen Menschen sollten angesprochen werden, um „Elemente, die brauchbar und rekrutierbar sind, aus der Masse der Schlesier“ herauszufiltern. Zur deutschen, faschistischen Umerziehung werden eigene Gruppen gebildet. An einem Sonderparteitag der „Nationalen Offensive“ sollen bereits 30 schlesische Anhänger teilgenommen haben. In Zabrze, das sie wieder „Hindenburg“ nennen, hat „Kontaktmann“ Herbert Raschka eine Jugendorganisation mit 36

Mitgliedern aufgebaut. Zur Umerziehung kam auch Ernst Zündel, der die Leugnung des millionenfachen Mordes an Juden bei einer Fahrt in ein Konzentrationslager erläuterte. An jedem Kiosk der Region Opole gibt es den *Schlesien Report*, bei dem der Konstanzer Faschist Thorsten Paproth mitarbeitet. In 2000'er Auflage schreibt das Blatt für die „Deutschen unter polnischer Verwaltung“ und fordert mit Zitaten von Clausewitz zum Handeln auf: Die Würde und Freiheit eines Volkes müsse mit dem letzten Blutstropfen verteidigt werden. In Dzierzkowice fanden die westdeutschen Faschisten optimale Bedingungen vor. 90 % der 1 200 Einwohner rechnen sich zur „deutschen Minderheit“. Der Bürgermeister unterstützte von Anfang an ihr Treiben. Er selbst kämpft darum, den Ort wieder in Frauenfeld umzubenennen, den Namen, den der Ort nur im Faschismus führte.

Auch die politischen Minderheitenvertreter in der Sejm (Abgeordnetenhaus) agieren immer offener gegen den polnischen Staat. So fordern sie die Aufnahme von Sonderrechten in die polnische Verfassung und Erleichterung des Grunderwerbs für aus Deutschland zurückwandernde Schlesier. Eine schleichende Verdrängung der polnischen Bevölkerung soll so eingeleitet werden.

Ausdrücklich unterstützen die Sejm-Vertreter auch örtliche Initiativen zur Errichtung von Soldatendenkmälern für die deutschen Gefallenen in den Weltkriegen und damit im Krieg gegen Polen.

Regionale Verwaltung und Staatsanwaltschaft waren bislang merklich zurückhaltend. Erst unter öffentlichem Druck versicherte der Bürgermeister von Dzierzkowice im Dezember, daß alle Mitglieder der Nationalen Offensive den Ort verlassen müßten. Eine Distanzierung von seiner monatelangen Zusammenarbeit ist nicht bekannt. Boschütz soll mittlerweile von der Bezirksverwaltung ausgewiesen worden sein. Bloß das deutschumelnde Netzwerk in den Freundeskreisen, mit faschistischen Zirkeln, Jugendgruppen und Zeitungen kann sich weiterentwickeln und wird aus der BRD weiter mit Material beliefert.

Auch die offiziellen Minderheitenvertreter forcieren die Auseinandersetzungen weiter. Der Vorsitzende der von Bonn finanzierten Sozialkulturellen Gesellschaften der deutschen Minderheit propagiert als nächstes Ziel die Autonomie für Schlesien. Leider scheinen auch Teile der politischen und wirtschaftlichen Führungsschicht auf Vorteile durch „Wiederbelebung“ deutschen Einflusses zu hoffen. Der Kattowitzer Woiwode (Bezirksverwalter) Czech richtet seine Politik gezielt darauf aus. Berechtigte Kritik am Zentralismus schiebt er vor, um die Wiedererrichtung Oberschlesiens in historischen Grenzen zu betreiben. Gebiete aus vier Woiwodschaften sollen dabei zusammengefaßt werden und größere Selbstständigkeit

gegenüber Warschau erhalten. Über den Oberschlesischen Verband (Związek Gornoslaski), den Czech mitgründete, soll er bereits einflußreiche Leute dafür gewonnen haben. Eine Oberschlesische Wirtschaftsbank und ein Oberschlesisches Verlagshaus wirken ebenfalls in die Richtung. Sechs Oppositionsabgeordnete der Sejm protestierten im letzten Jahr in einem Brief an die Ministerpräsidentin: „Wir fordern die Abrufung von Wojciech Czech, weil seine Tätigkeit eine Bedrohung für die politische und territoriale Integrität Polens darstellt und separatistische sowie prodeutsche Tendenzen unterstützt.“

Die schleichende Eroberung des polnischen Westens durch Wirtschaftsmacht und Volksgruppen-Aktivität und die Hilflosigkeit des polnischen Staates schürt nationalistischen Widerstand unter Polen. Eine „Polnische Nationalgemeinschaft“ bekommt unter polnischer Jugend Zulauf. In Krakau demonstrierten im November 150 Anhänger mit Sprechchören gegen die „Eindeutschung der polnischen West-Gebiete“ und verlangten, „Deutsche und Juden aus dem Land jagen“.

Die Bundesregierung weiß, daß ihre Politik zur Unterstützung der Vertriebenenverbände und deren Treiben in den „Freundeskreisen“ die Beziehungen zwischen Polen und deutscher Minderheit verderben wird. Sie rechnet mit Konfrontationen, mit denen sie sich immer umfassender als Schutzmacht in die inneren Verhältnisse Polens einmischen kann.

Mehrere Ausgaben von *Der Tagesspiegel* und *Berliner Zeitung* — (ard)

Am 16./17. Januar führte die DKP ihren 12. Parteitag durch. Themenschwerpunkt waren die Thesen zur programmatischen Erneuerung.

Die Eröffnung

205 Delegierten sind anwesend und Vertreter von ca. 20 internationalen Organisationen. Deutsche linker Organisationen sind nur vereinzelt vertreten. Sie nehmen wie andere Gäste ohne Rederecht an der Konferenz teil.

Rolf Priemer eröffnet den Parteitag, begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Dann spricht Peter Gingold, Antifaschistischer Widerstandskämpfer, der in Frankreich an Partisanenkämpfen teilgenommen hatte, ein Grußwort. Gingold fordert den Parteitag auf, die Tradition des antifaschistischen Kampfes der DKP zu bewahren und auszubauen.

Danach wird das Parteitagepräsidium gewählt, darunter zwei Sprecher der DKP, Heinz Stehr und Rolf Priemer. Dann wird die Tagesordnung aufgerufen: Helga Rosenberg, die auf dem letzten Parteitag zu einer der Sprecher/innen der DKP gewählt wurde und der vor einigen Monaten ihre Arbeitsbereich im Sekretariat vom Parteivorstand entzogen worden war, fordert das Recht, eine 20minütige Stellungnahme abzugeben. Der Antrag wird abgelehnt. Dann verlangt ein Delegierter, daß ein Mitglied, gegen das ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet ist und das nicht eingelassen wird, an der Konferenz teilnehmen kann. Abstimmung: Die Delegierten beschließen, daß das Mitglied teilnehmen darf.

Nach dem Beschluß über Tagesordnung und den üblichen Konferenzregelungen trägt Heinz Stehr für den Parteivorstand einen langen Beitrag vor. Dazu Auszüge, was die Zusammenarbeit unter den Linken und die Lage der DKP betrifft:

Das Einleitungsreferat

„In dieser politischen Situation in der BRD ist eine umfassende politische Zusammenarbeit nötig, gleichzeitig fördert sie den kritischen Dialog untereinander. Wir erneuern von diesem Parteitag unseren Vorschlag, regelmäßig mit der PDS, der KPD, anderen linken und kommunistischen Parteien und Organisationen den Dialog zu pflegen und die Aktions-einheit zu entwickeln.“

Die Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland jetzt erfordern das aktive Eingreifen einer linken Opposition. Sie erfordern eine stärkere DKP. Beides steht nicht gegeneinander, es ist

Eindrücke vom 12. Parteitag der DKP in Mannheim

ein dialektischer konstruktiver Zusammenhang.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden uns endgültig von der Vorstellung trennen müssen, daß vorwiegend unser subjektives Wollen ausschlaggebend ist für die Entwicklung unserer Partei und unseres Einflusses in der Gesellschaft. Unsere Möglichkeiten werden sich kurz- und mittelfristig nicht wesentlich anders darbieten, als sie jetzt sind. Es gibt weder Patentrezepte noch irgendeine andere strategische Linie, die erfolgreicher wäre, als die im Thesenentwurf vorgeschlagene ...

Liebe Genossinnen und Genossen, die DKP hat die tiefe Niederlage der revolutionären Bewegung längst nicht überwunden. 40 Jahre lang gab es die sozialistische DDR. Die Liquidierung des Staates und seiner Errungenschaften hat uns besonders getroffen. Mindestens seit 1989 kämpfen wir um die Existenz unserer revolutionären Partei in Deutschland. Im schriftlichen Tätigkeitsbericht hat der Parteivorstand die Entwicklung seit Mai 1991 ungeschminkt dargestellt. Wir haben bereits auf dem Bonner Parteitag festgestellt, daß wir die DKP trotz starker Mitgliederverluste und Auflösungen von Organisationsgliederungen bundesweit halten konnten. Die Mitgliederzahlen sanken aber weiter von 9700 im Jahre 1990 auf 7300 im Jahre 1991; die Abrechnungen aus dem Jahre 1992 zeigen, daß wir unter 7000 beitragspflichtige Mitglieder abgesunken sind ...

Die gegenwärtig erfolgende Ausgabe neuer Mitgliedsausweise ist eine Stunde der Wahrheit. Diese Aktion gilt es exakt zu analysieren, weil sie uns den realen Zustand unserer Organisation zeigt ...

Auswertungsergebnisse zeigen auch, daß der Anteil der Rentnerinnen und Rentner mit rund 38 Prozent zur größten sozialen Gruppe geworden ist ...

Der Einsatz vieler Mitglieder vor Ort ist bemerkenswert. Nehmen wir nur drei herausragende Beispiele aus den Spendenaktionen: Knapp 290000 DM wurden für Kuba gesammelt, für die UZ wurden 260000 DM gespendet, für den Parteitag über 100000 DM.“

Zu den nächsten Aufgaben erklärte Heinz Stehr unter anderem: „Der Höhepunkt aber wird der 25. Geburtstag der DKP sein, den wir mit einem UZ-Pressfest am 25. und 26. September in Bottrop feiern wollen.“

Diese Auszüge geben keinen Gesamteindruck der Rede wieder. Aber an der Zusammenstellung läßt sich erkennen, daß der Parteivorstand an der alten Vorstellung: die DKP ist die Partei — oder die „stärkste linke Kraft“ in den alten Bundesländern, wie es an einer anderen Stelle heißt — unbeirrt weiterhin festhält.

Die Aussprache

Nach dem Einleitungsbeitrag erfolgt die Aussprache. Die Delegierten drängen sich zu den zwei Saal-Mikrofonen. Die Reihenfolge wird notiert. Knapp 20 Delegierte können sprechen, noch einmal so viele haben sich gemeldet. So sind die Beiträge aus den Parteigliederungen, die am Anfang am schnellsten am Mikrofon waren, überrepräsentiert. Ein großer Teil der Rednerinnen und Redner kommt aus Nordbayern und kritisiert die Politik des Sprecherrates, sie unterstützen die Politik von Helga Rosenbaum. Der Einleitungsbeitrag des Parteivorstandes spielt eigentlich keine Rolle mehr. Anne Frohnweiler, eine der Sprecherinnen der DKP, erklärt, daß das Sprecher/innen-Modell (zwei Frauen, zwei Männer) gescheitert sei.

Einige Delegierte fordern, daß die „Thesen zur Programmatischen Erneuerung“ zurückgestellt und nicht von der Konferenz verabschiedet werden sollen. Die Thesen seien unvollständig.

Delegierte aus Nordbayern fordern dazu auf, wieder eine klassische Politik einer Kommunistischen Partei zu entwickeln. Eine solche Partei soll sich um die sozial ärmsten Schichten kümmern, die Arbeiterklasse soll im Mittelpunkt stehen. Die DKP würde sich viel zu stark für die Intelligenz interessieren. Ein Delegierter kritisiert die Politik der antimonopolistischen Demokratie. Ein Delegierter aus Fürth sagt: „Wir wollen eine andere kommunistische Partei.“

Aber auch andere Delegierte, die nicht der nordbayerischen Strömung angehören, haben Bedenken gegen die Thesen. Die Frage taucht auf, was sind eigentlich die Thesen? Ein neues Programm?

Heinz Stehr von der Konferenzleitung erklärt, daß dies schon immer so in der DKP gemacht wurde, daß Thesen beschlossen wurden, die dann zu einem späteren Zeitpunkt natürlich auch

Grundlage für ein neues Programm seien.

Thesen zur programmatischen Erneuerung der DKP

Nach der Aussprache wird dann der Thesenentwurf zur programmatischen Erklärung Abschnitt für Abschnitt befaßt. Die Kreisorganisationen der DKP haben zahlreiche Anträge gestellt, die zum Teil eingearbeitet wurden. Die Bemühung um programmatische Erneuerung ist offensichtlich, aber die Diskussion nur im Parteirahmen der DKP führt dazu, daß zwar einzelne Positionen überdacht werden, aber kaum Mut und Druck vorhanden ist, sich von falschen Positionen zu lösen. Teilweise polarisieren sich die Positionen, weil alte Differenzen, nur in der eigenen Organisation ausgetragen, offensichtlich oft nicht mehr gelöst, geschweige denn entschieden werden können.

Die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP hatte hier einen anderen Weg eingeschlagen. Sie hatte vor einigen Wochen mit verschiedenen Leuten, Historikern, heutigen und früheren DKP-Mitgliedern, Mitgliedern anderer Parteien wie der PDS eine Diskussion geführt. Daraus sind interessante Anträge an den Parteitag entstanden, die aber nur in wenigen Fällen aufgenommen wurden. Zum Beispiel stellte die Geschichtskommission den Antrag, daß Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft weiterentwickelt werden müssen. Dazu wurde genannt: die Trennung von Staat und Partei(en), das Mehrparteiensystem, die Gewaltenteilung, verbriefte Menschenrechte, Reisefreiheit und andere persönliche Rechte (Antrag V 4/2, siehe Dokumentation). Oder in Antrag V 14/2 wird darauf verwiesen, daß nach radikalen Kollektivierungen in der Landwirtschaft die Klassegegensätze nicht aufgehoben sind. Im Antrag III AL/1, den wir unten ebenfalls dokumentieren, wird der Parteianspruch der DKP kritisiert und der Verzicht auf den Avantgardeanspruch gefordert. Die Antragskommission beantragt: Erklärung der Anträge zu Arbeitsmaterialien zur weiteren Diskussion. Immerhin stimmen ca. 30 Prozent der Delegierten trotzdem für den untenstehenden Antrag III AL/1, nachdem ein älterer Delegier-

ter aus Lörrach eindringlich dazu aufgefordert hatte, daß Änderungen in der Politik dringend seien. Ein anderer Delegierter kritisiert, daß „Arbeitsmaterialien“ zu wenig seien. An dieser Stelle verschenkt der Parteitag eine Chance. Es wäre einfach gewesen, diesen Antrag z.B. an die Thesen als weiter zu untersuchende Gesichtspunkte anzuhängen. Diese wäre auch gleichzeitig ein Hinweis für andere, sich in die Programmdiskussion der DKP einzuschalten.

Die Thesen werden dann mit großer Mehrheit beschlossen.

Vorstandswahlen

Am Abend des ersten und am Morgen des zweiten Verhandlungstages finden die Vorstandswahlen in nichtöffentlicher Sitzung statt.

Der Parteitag hatte beschlossen, am Sprecher/innen-Modell festzuhalten (zwei Frauen, zwei Männer). Es kandidieren die zwei bisherigen Sprecher (Stehr, Priemer) und für die Sprecherinnen nur Helga Rosenberg. Weitere Kandidatinnen und Kandidaten werden nicht gefunden. Helga Rosenberg erhält nicht die notwendigen 50 % der Stimmen und ist somit nicht gewählt. Es gibt also nur zwei männliche Sprecher. Auf einem Parteitag im Herbst soll eventuell nachgewählt werden. Diese „Ausgrenzungspolitik“ wird fortgesetzt: Von der Strömung „Nordbayern-Rosenberg“ wird niemand in den Parteivorstand gewählt, obwohl sie ca. 20 Prozent der Delegierten stellt.

Die Doppelmitgliedschaft

Es wird ein Satzungsentwurf befaßt. Obwohl sich in der DKP seit Jahren Strömungen herausgebildet haben, ist man sich irgendwie einig, daß Fraktionen unerwünscht sind und der Partei schaden. Die einen meinen, das sei so, weil es so etwas bei einer Kommunistischen Partei nicht geben dürfe, die anderen wünschen dies, weil es so praktischer scheint. Zwar wird die Satzung jetzt dahingehend verändert, daß Mitglieder untereinander Verbindungen aufnehmen dürfen, um „politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln“, aber diese Satzungsbestimmung scheint weit hinter der realen Praxis der DKP zu liegen.

Der Parteitag beschließt, daß die Quotierung in Zukunft eine Kann-Bestimmung ist. Dieser Beschluß wird zwar mit großer Mehrheit gefaßt, die Verbitte- rung vieler, vor allem weiblicher Mitglieder, wird trotzdem groß sein.

Es gibt eine wichtige Kontroverse über die Frage der möglichen Doppelmitgliedschaft von DKP-Mitgliedern in anderen Parteien. Ein Delegierter aus

Dokumentiert: Anträge der Geschichtskommission

Antrag III AL/1

In den „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP“ wird im Abschnitt „Die DKP — Partei der Arbeiterklasse“ folgender Text aufgenommen:

„Die DKP steht in der Tradition der kommunistischen Weltbewegung, der Oktoberrevolution in Rußland und der Novemberrevolution in Deutschland, des opferreichen Kampfes der Kommunistinnen und Kommunisten gegen den Faschismus. Die DKP steht auch zum gescheiterten ersten Versuch, den Sozialismus in Europa aufzubauen, der von ihr unterstützt wurde.“

Uns ist schmerzhaft bewußt, daß das Scheitern des Sozialismus in Europa mitverursacht wurde durch den „Stalinismus“ und seine Nachwirkungen auf das Selbstverständnis der kommunistischen Parteien, auf ihre Parteikonzeption. Dazu gehören auch Verbrechen, die wir gelegentlich haben, mit denen wir uns ungenügend auseinandergesetzt und die unvereinbar mit kommunistischer Praxis und Weltanschauung sind.

Diese Entstellung kommunistischer Politik, Theorie, Organisation und Moral darf sich unter keinen Bedingungen wiederholen. Dafür sind in unserer Partei die Voraussetzungen zu schaffen. Hierzu gehören:

— Bruch mit einem Verständnis des demokratischen Zentralismus, in dem der Zentralismus überbetont

und die Demokratie vernachlässigt wurden. Das Element der Demokratie und damit auch der Parteibasis muß den notwendigen Platz erhalten;

— Beibehaltung der Position des Mannheimer Programms, daß unsere Partei keinen Führungsanspruch erhebt. Die Partei muß ihren Einfluß im Wettstreit um die besten politischen Ideen und Initiativen immer wieder neu eringen.

— Aufgabe des Glaubens eines großen Teils unserer Partei und ihrer Vorstände, das Wahrheitsmonopol gepachtet zu haben. Statt dessen ernsthaft darauf hören und sich damit auseinandersetzen, was andere demokratischen Kräfte an Gedanken und Initiativen einbringen;

— Abgehen von der Vorstellung, die einzige revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik zu sein. Revolutionäre Positionen bei anderen Organisationen und Bewegungen sollten anerkannt werden.

— Abgehen von einem teilweise dogmatischen Verständnis des Marxismus-Leninismus. Dieser muß wieder als eine schöpferische, sich in der verändernden Wirklichkeit entwickelnde Wissenschaft praktiziert werden.

— Verzicht auf eine Avantgardeanspruch in der Sinne, daß die Partei

vor der Arbeiterklasse vorangeht und ihr den Weg zeigt.

Wir wollen eine Partei sein, die mit und in der Arbeiterklasse kämpft, diskutiert, lernt und lehrt, die aus ihrer sozialistischen Vision und marxistischen Weltanschauung Kraft schöpft und weitergibt, ohne daraus Ansprüche anzumelden.“

Begründung:

In diesem Abschnitt zur Partei fehlt jeglicher Ansatz zur selbstkritischen Aufarbeitung unserer Geschichte und unseres Parteiverständnisses. Das muß beim Leser den Eindruck erwecken, wir hätten für unsere Partei aus der Vergangenheit keine Lehren zu ziehen. Nach Meinung der Geschichtskommission ist dieser Hinweis auch erforderlich aus Gründen unserer Selbstachtung und Klassenmoral.

Beschluß des Parteitages: Arbeitsmaterial zur weiteren Diskussion.

Antrag V 4/2

In den „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP“ wird im Abschnitt „Sozialismus“ im 4. Absatz nach dem 1. Satz folgender (teilweise im Januar-Entwurf enthaltene) Text eingefügt:

„Zu den in den bürgerlichen Revolutionen von den Volksmassen erkämpften Errungenschaften des Kapi-

talismus gegenüber dem Feudalismus und zu den von der Arbeiterbewegung innerhalb des Kapitalismus erkämpften demokratischen und sozialen Rechten gehören die positiven Seiten der bürgerlichen Demokratie, die bürgerlichen politischen Rechte und die Menschenrechte. Aus ihrer heutigen Verteidigung gegen die Politik der herrschenden Klasse ergeben sich Impulse für den Kampf um eine sozialistische Zukunft.“

Diese Errungenschaften müssen in einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft der Bundesrepublik verwirklicht und mit sozialistischen Inhalten weiterentwickelt werden. Dazu gehören: Kontrolle der politischen Machtorgane auf allen Ebenen, Selbstverwaltung, erweiterte Rechte der Gewerkschaften und der Belegschaften, Mehrparteiensystem, demokratische Wahlen einschließlich der Möglichkeit der Abwahl, Rechte für die Opposition auf Grundlage der Verfassung, wirksame Gewaltenteilung zwischen sozialistischen Institutionen, Möglichkeit der juristischen Klage gegen staatliche Entscheidungen, Trennung von Staat und Parteien und die im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte wie Versammlungsfreiheit, Reisefreiheit und andere.

So pervertiert und instrumentalisiert diese Rechte im Sinne der herrschenden Klasse auch heute in der Bundesrepublik sind, schon durch ihre teilweise Verwirklichung in hochentwickelten kapitalistischen Ländern haben viele Menschen in beiden Gesellschaftssystemen den Eindruck der Überlegenheit des Kapi-

talismus über den Sozialismus gewonnen. Und es entstand in der alten Bundesrepublik unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz ein Instrumentarium im Interesse der herrschenden Klasse, welches das kapitalistische System anpassungsfähig an neue Erfordernisse machte. Die Antwort auf den Klassencharakter und die Beschränktheit dieser Rechte im Kapitalismus, auf die Schwächen des erreichten Standes der bürgerlichen Demokratie kann nicht ihre Negierung im Sozialismus, sondern muß ihre Weiterentwicklung, ihre „Aufhebung“ im Hegelschen Sinne sein.“

Begründung:

Die Geschichtskommission hält diese Erkenntnis für eine wichtige Lehre aus der bisherigen Geschichte des Sozialismus. Vor allem beim Nachdenken darüber, wie Sozialismus in hochentwickelten Ländern aussehen könnte. Der Grundgedanke ist zwar in allgemeiner Form auch im neuen Entwurf enthalten, aber eben so allgemein, daß man sich darunter fast alles oder fast nichts vorstellen kann. Angesichts der zentralen Rolle, die die Demokratiefrage für jeden künftigen Sozialismusversuch bei uns haben wird — und, neben den ökonomischen Fragen, beim Untergang des Frühsozialismus spielte —, muß sie auch unmißdeutbar angesprochen werden. Wir beziehen uns dabei auf den Artikel von Willi Gerns zur Zukunft des Sozialismus in den Marxistischen Blättern Nr. 5/92.

Beschluß des Parteitages: Arbeitsmaterial zur weiteren Diskussion.

Niedersachsen tritt für eine solche ein, mit dem Hinweis, daß sich in Niedersachsen ein Wahlbündnis bildet, das sich natürlich dann als Partei konstituieren müsse. Ihm würde aber die vorliegende Fassung mit den vorgenommenen Streichungen ausreichen. Dort heißt es jetzt:

„Mitglieder der DKP können nicht zugleich Parteien, Vereinen, Organisationen und Einrichtungen angehören, deren Ziele gegen die Partei gerichtet sind.“

Hans-Peter Brenner vom Parteivorstand tritt gegen eine generelle Doppelmitgliedschaft auf.

Auf einer Pressekonferenz in der Mittagspause wird gefragt, was wäre, wenn ein DKP-Mitglied bei den Bundestagswahlen auf einer Offenen Liste der PDS kandidieren würde, wenn auch die DKP antritt. Wäre nicht dann die PDS eine „gegnerische Organisation“? Rolf Priemer meint, daß einige Kräfte dann sicher Ausschlussanträge stellen würde, er meine aber, daß man tolerant sein müsse.

Parlamentswahlen

Eindrücke zum Thema Parlamentswahlen kann man auch im Foyer des Rosengarten sammeln, wo u.a. ein großes Angebot an Büchertischen aufgebaut ist. Hier sind auch die Grußadressen von aus- und inländischen Parteien ausgehängt. Für die PDS hatte Gysi der DKP einen nichtssagenden Brief geschickt. Der Arbeiterbund hatte geschrieben, die KPD u.a. Der BWK schrieb in einem Grußwort zu den bevorstehenden Parlamentswahlen:

„Mit Taktieren, wie es der Antrag Eures Parteivorstand zu den Wahlen macht (wir sprechen mit allen, bereiten aber vorsichtshalber eine Eigenkandidatur vor), kommt man hier nicht weiter, sondern nur mit einer klaren Aussage und einer klaren Politik: Wir machen unsere eigenständige Politik, wollen und müssen aber ein Wahlbündnis mit allen sozialistischen Kräften eingehen, sonst ist ein erfolgreicher Kampf gegen eine Faschisierung der BRD nicht möglich.“

Zu befürchten ist, daß der PDS-Parteivorstand aus den Wahlen 1990 nichts gelernt hat und wieder seine Ausgrenzungspolitik betreibt. Einer solchen sektiererischen Politik kann man aber nur

dann erfolgreich begegnen, wenn man die Bündnispolitik von unten entwickelt. Daran müssen sich viele beteiligen, Organisationen, Landesverbände und Mitglieder aller sozialistischen Organisationen.“

Der Antrag des DKP-Parteivorstandes zu den Bundestagswahlen wurde stark zusammengestrichen. Die langen Ausführungen über Eigenkandidatur werden auf einen Satz gekürzt. Zahlreiche Delegierte, insbesondere aus Niedersachsen und Baden-Württemberg haben kritisiert, daß die Eigenkandidatur zu stark im Mittelpunkt stehe. Der Beschluß lautet jetzt:

„Die DKP nimmt an den Wahlen zum Europäischen Parlament und zum Deutschen Bundestag teil. Die DKP setzt Sondierungsgespräche und Kontakte mit anderen linken Kräften fort, um ein gleichberechtigtes Wahlbündnis zu erreichen. Über diese Bemühungen ist fortlaufend die Partei zu informieren. Im Herbst 1993 findet ein dritter Tag des 12. Parteitages statt, auf dem die Entscheidung über die Kandidaturform getroffen wird.“

Dessen ungeachtet müssen parallel Schritte zur Vorbereitung der Eigenkandidatur unternommen werden.“

Offene, kaum thematisierte Fragen

Nordbayern, man würde sich zu sehr der Intelligenz zuwenden.

— Der Verhältnis zur PDS. Der Ostaufbau der DKP ist gescheitert. Der Sprecher hat nicht den Mut, das zuzugeben und den Aufbau einzustellen. Das würde das Verhältnis zur PDS entspannen. Dann könnte man vielleicht auch sachlich die Frage klären, ob die DKP „PDS-kompatibel“ werden soll — was immer auch dieser EDV-Begriff in den Parteitagsunterlagen ausdrücken soll — und wenn nicht, wie Formen der Zusammenarbeit gegen den gemeinsamen Feind aussehen könnten.

— Die Geschichte der DKP („Avantgarde-Partei der Arbeiterklasse“, Demokratischer Zentralismus u.ä.) ist erst

schwach aufgearbeitet. Die Gefahr ist groß, daß viele Mitglieder nach dem Parteitag die Nase voll haben von programmatischen Diskussionen.

— Parteitagsbeschlüsse und örtliche Arbeit: an vielen Orten ist die sachliche und programmatische Diskussion und Zusammenarbeit zwischen DKP-Mitgliedern und anderen Organisationen und Richtungen weiter entwickelt, als sich dies in den Beschlüssen des Parteitages niederschlägt. Mit den Ausarbeitungen der Geschichtskommission sind aber programmatische Ansätze für die Diskussion vorhanden, die sicherlich nicht nur in Kreisen des BWK auf Interesse stoßen werden, sondern auch bei anderen linken Organisationen. — (jöd, chc)

Vor dem 3. Parteitag der PDS

Vom 29. bis 31. Januar findet der 3. Parteitag der PDS statt, wie immer in Berlin. Der Parteitag wird Presse haben. Es ist deswegen legitim, auf Schwerpunkte hinzuweisen, die sich aus unserer Sicht ergeben.

Der Parteitag stellt Weichen für die weitere Entwicklung der PDS. Auf der einen Seite gibt es starke Anzeichen, daß sich die Landesverbände der PDS im Osten stabilisiert haben; darauf lassen sowohl Umfrageergebnisse schließen wie auch die Festigung der Landtagsfraktionen, soweit dies von hier aus zu beurteilen ist.

Auch aus der Arbeit der Bundestagsgruppe, die mit schwierigen Bedingungen konfrontiert ist, lassen sich gar nicht so wenig Anhaltspunkte für den Widerstand gewinnen. Ihre Tätigkeit in Sachen Kritik der militärischen Expansionsabsichten oder der Rolle der BRD bei der Unterdrückung des kurdischen Befreiungskampfes ist nützlich. —

Auf der anderen Seite ist die PDS immer noch sehr stark mit sich selbst beschäftigt. Der Parteitag wird mit einer Reihe von Problemen konfrontiert sein, die so manches Mitglied fast schon in eine Katastrophenstimmung versetzen. Die Gefahr, daß ein schlecht vorbereiteter, chaotisch verlaufender Parteitag zu Rückfällen führt, ist nicht gering.

Bei dem Programm, das dem Parteitag zur Beratung und Abstimmung vorliegt (Entwurf der Grundsatzkommission vom 20. 12., abgedruckt im *Neuen Deutschland* vom 28. 12. 92), ist nicht klar, welchen Geltungsanspruch es haben soll.

Da die Satzung dahingehend interpretiert wird, daß zwei Drittel der gewählten Delegierten (also nicht der anwesenden) zustimmen müssen, ist es denkbar, daß eine Verabschiedung verhindert wird.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der sozialistischen Bewegung wird mit dem Stichwort „MfS-Beschluß“ verknüpft und damit eingeeignet und erschwert.

Die Politik zu den anstehenden Wahlen — im Jahr 1994 finden die Wahlen zum Bundestag, zum Europaparlament und zu sechs Landtagen statt — wird vom Parteivorstand trüb undurchsichtig mit organisatorischen Aspekten (Ost-Partei, Regionalverband West u.a.m.) verknüpft.

Das Programm (Entwurf) stellt die Beziehungen der Partei zur Gesellschaft dar. Der Fortschritt dieses Programms läßt sich aus unserer Sicht mit einem

Satz so zusammenfassen: Die PDS will nicht herrschen. Ein zentraler Begriff des Entwurfs ist der Widerstand. „Wir wollen im Widerstand gegen sozialen und politischen Rückschritt das Bestehende verändern und zugleich Wege in eine von Ausbeutung, Unterdrückung und Naturzerstörung befreite Weltgesellschaft finden.“

In dem Programm wird nicht versucht, die Legitimation zum Handeln aus der Festigkeit der eigenen Überzeugungen und aus der Ausstrahlung einer Zukunftsprojektion zu ziehen. Wegen dieses Grundgedankens, der im übrigen die Fortsetzung der programmatischen Diskussion fördert, wäre es außerordentlich schade, wenn eine positive Stellungnahme des Parteitags zum Programm ausbliebe.

Bei der entsprechenden Auslegung des Statuts reicht wahrscheinlich schon eine kleine Anzahl von Delegierten, um das Programm (Entwurf) als „abgelehnt“ ad acta zu legen.

Hier besteht die Gefahr einer unglücklichen Allianz. Wer weiß, wie ein Programm zum Zuchtmittel gegen „Abweichler“ mißbraucht werden kann, kann durchaus damit liebäugeln, nichts zu verabschieden. Er kann sich mit Kräften in einer Reihe wiederfinden, die zu den Widerstandsbewegungen ein instrumentelles Verhältnis haben und denen deshalb an einer Nicht-Verabschiedung gelegen sein kann.

Sollte die Verabschiedung des Programms an der Auslegung der Satzung scheitern, dann würde die Verabschiedung des Textes als einfache Parteitagsklärung genügen, ein Dokument zu schaffen, das einer breit angelegten Strategiediskussion als Anhaltspunkt dienen kann.

Eine verantwortliche Stellungnahme zu den strategischen Fragen, die die Linke in der ganzen BRD zum Gespräch einlädt und die erkennbar nicht darauf abzielt, auszugrenzen, Abweichler auszumachen und rauszumachen, das ist eine Chance, die der Parteitag hat.

Die „MfS-Diskussion“, die wahrscheinlich zu einem der Schwerpunkte des Parteitags werden wird, leidet seit je unter der irrigen Vorstellung, man könne sich des Problems entledigen, indem man den Versuch unternimmt, „Gute“ und „Böse“ irgendwie zu trennen, etwa in dem Sinne, daß Honecker ausgeschlossen und Gysi Vorsitzender wurde.

Dem bisher gültigen „MfS-Beschluß“ der PDS, der Mitglieder in Wahlfunktionen verpflichtet, MfS-Tätigkeiten offenzulegen, liegt letztlich eine solche Trennung von Mitgliedern in

„Gute“ und „Böse“, „Unbelastete“ und „Belastete“ zugrunde.

Die vom PDS-Vorstand jetzt vorgeschlagene Übergangsregelung, die zur Offenlegung nicht nur von MfS-Tätigkeiten, sondern der ganzen Biographie verpflichten soll, rückt davon nicht ab. Die so geführte Diskussion klärt eben nicht auf, daß das Problem, daß Sozialisten ihr Handeln aus ihren politischen Zielvorstellungen legitimieren und aus ihrer Weltanschauung einen Herrschaftsanspruch totalitär ableiten, unzählige Abstufungen und Facetten hat.

Eine solche Diskussion muß Verbitterung in der Partei hervorrufen, und vor allem leistet sie Selbstherrlichkeit und der Fortsetzung schwerwiegender Fehler Vorschub.

Das Verfahren der Trennung in „gut“ und „böse“, „schwarz“ und „weiß“ treibt in der Tat groteske Blüten bei den „Guten“ vom Bundesvorstand. Dieser hat mehrheitlich laut Pressedienst der PDS vom 4. 12. 92 Sahara Wagenknecht ihrer Funktion der Verantwortlichen für die Organisation und Auswertung der Programmdiskussion in der PDS verbunden, und zwar, weil er gesehen haben will, daß sie sich in einem Aufsatz in den linkschristlichen *Weißenseer Blättern* einer „positiven Haltung zum Stalinismusmodell“ schuldig gemacht habe. Der Bundesvorstand setzte gleichzeitig mit dem Beschluß über die Maßregelung eine Gruppe ein, die unter Leitung eines Professors die Sache nachweisen, d.h. die Maßregelung im Nachhinein begründen soll.

Hier handelt es sich um nichts anderes als die Fortsetzung dessen, was als „Stalinismus“ gebrandmarkt wird, wenngleich mit den vergleichsweise bescheidenen Mitteln der PDS-Vorstandsmehrheit und ihres Braintrusts.

Der zurücktretende Vorsitzende der PDS, Gregor Gysi, will sich in Zukunft u.a. mit der Repräsentation der PDS im Westen befassen, und zwar vor allem in Hinblick auf das Wahljahr 1994.

Zu diesem Ziel hat er nicht etwa seine inhaltlichen Vorstellungen zur Diskussion gestellt, damit sich die künftig von ihm in besonderer Weise repräsentierten PDS-Mitglieder im Westen dazu äußern können. Es liegen nicht einmal andeutungsweise Gesichtspunkte für die besonderen Probleme und Aufgaben der PDS in den alten Bundesländern vor.

Stattdessen hat Gysi zusammen mit dem Bundesgeschäftsführer Gehrcke einen Antrag zur Organisationsstruktur vorgelegt. Die neue Organisationsstruktur soll ermöglichen, die im Vergleich

zu den östlichen Landesverbänden der PDS kleinen Westlandesverbände einem von Bonn aus zu leitenden Regionalverband West unterzuordnen.

Was würde die Unterordnung der Landesverbände West unter einen Regionalverband West bewirken? Die Mitwirkung am politischen Leben der Partei würde eingeschränkt, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß in der Leitung des Regionalverbandes, die von der Arbeit der Mitglieder weit entfernt ist, die Politik gemacht und bestimmt wird. Die Landesverbände würden ausgetrocknet.

Die Probleme, die natürlich damit verbunden sind, daß die PDS im Osten groß und im Westen klein ist, und auch damit, daß die PDS in großem Umfang die Interessen einer vom Westen angeschlossenen Gesellschaft repräsentiert, mit den arbeitenden Klassen und oppositionellen Bewegung im Westen dagegen bisher kaum verbunden ist, werden dadurch nicht gelöst.

Im Gegenteil wird eine Ost-West-Spaltung innerhalb der PDS eher betrieben, denn es müßten satzungsmäßig Ost- von Westmitgliedern unterschieden werden. Daß die Schwächung der Mitgliederrechte im Westen die Verbindung der PDS mit den oppositionellen Bewegungen und sozialistischen und anderen fortschrittlichen Kräften fördert, ist auch unvorstellbar.

Der Parteitag steht in dieser Frage schon vor einer Bewährungsprobe: Wird die Parteitagsmehrheit sich leiten lassen vom Respekt vor der selbstgegebenen Satzung, oder wird man statuarisch geschützte Rechte von Mitgliedern dem zurücktretenden Vorsitzenden nachschmeißen?

Daß die PDS im Westen — und wie sie die gesamte sozialistische Linke —, gerade auch im Hinblick auf das Wahljahr Fortschritte machen muß, daß sie ihre Positionen in wichtigen auf uns zukommenden Auseinandersetzungen klären muß, bestreitet wohl niemand.

Angesichts dessen verwundert doch sehr, daß der PDS-Bundesvorstand die im Osten wie Westen vorhandene Gesprächsbereitschaft nicht öffentlich und breit aufgreift, daß er die vorhandenen Ansätze im Gegenteil ignoriert, ja behindert.

Der auf die Entfaltung einer breiten Wahldiskussion zielende Antrag des Landesparteitags der PDS in Thüringen, der PDS-Bundesvorstand möge sich mit einer Einladung zu einem Reader „Unsere Vorstellungen für eine Charta „Leben in Europa“ an linke Gruppierungen, Gewerkschaften, gesellschaftliche Organisationen und Vereinigungen wenden, weist in eine Richtung, in der die PDS, schlägt sie sie ein, einiges an Unterstützung gewinnen könnte. — (maf, scc)

Termine

29./31. 1. 93. 3. Parteitag der PDS in Berlin.

30. 1. Demonstration zum Jahrestag der Machtübergabe an die NSDAP vor dem Düsseldorfer Industrieclub, wo sich 1932 Vertreter von Industrie und Banken mit Hitler trafen. 11 Uhr ab Thyssen-Haus (Gustav-Gründgens-Platz)

13. 2. 93 Gemeinsame programmatische Diskussion zu vorliegenden Entwürfen von DKP, PDS, Kommunistische Plattform in der PDS und KPD. Mit einleitenden Diskussionsbeiträgen von DKP, PDS, Kommunistische Plattform und KPD. Samstag, 11 Uhr, Volgersweg 6, Hannover.

20. 2. 93. Erste landesweite Konferenz zur Bildung einer Linken Liste Niedersachsen. Als TO ist vorgeschlagen:

1. Beratung und Verabschiedung eines „Aufruf zur Bildung einer Linken Liste Niedersachsen“.
 2. Beratung über und Bildung von offenen Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von programmatischen Positionen.
 3. Zeitplanung für die weitere Arbeit zur Bildung einer Linken Liste Nds.
 4. Wahl/Benennung eines Koordinationskreises zur Durchführung der nächsten Konferenz.
- Ort: Hannover; Freizeitheim Linden; Windheimstr. 3, 10 bis 18 Uhr.

21. 2. 93. Erstes Herausgebertreffen der *Antifaschistischen Nachrichten*, von 9 bis 16 Uhr, im Karl-Liebknecht-Haus, Leverkusen. Einladet ist ein Kreis von Personen aus verschiedenen Organisationen, die im antifaschistischen Kampf tätig sind. Sie schreiben: „Wir sind an einer Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte interessiert. Die Antifaschistischen Nachrichten sind ein Mittel, den Dialog zwischen uns zu fördern.“ Beratern werden sollen u.a. Redaktionsgrundsätze, ein Vorschlag für die Organisationsform, inhaltliche Verbesserungen des Heftes. Nähere Informationen bei: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Tel. 0221/245643.

21./22. 2. 93. Treffen der Kurdistan-Solidaritätsgruppen in Frankfurt, 3. Welt-Haus, Westerbachstr. 40, Übernachtung: Haus der Jugend, Deutschherrnrufer 12. Anmeldung bis 12. 2. bei: Kurdistan-Komitee Karlsruhe, c/o GNN-Verlag, Postfach 2748, 7500 Karlsruhe.

27./28. 2. 93 Konferenz für eine „Internationale Kampagne zur Verteidigung des Lebens von Abimael Guzman“ (verhafteter Vorsitzender der peruanischen Organisation „Leuchtender Pfad“ in Duisburg. Nähere Informationen über: I.E.C. Unterstützer in Deutschland, Tel. 030/6 127491, Fax 003/6 11 5021.

März Voraussichtlich 2. und 3. Lesung des neuen Asylrechtsartikels 16a im Grundgesetz im Bundestag. Geplant ist von verschiedenen Trägerkreisen u.a. eine Demonstration in der Bannmeile vor dem Bundestag. Außerdem soll ein öffentliches Hearing stattfinden. An vielen Orten bereiten lokale Bündnisse die Aktionen vor.

13./14. 3. 93 13. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln.

20./21. 3. 93 Treffen der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen bei Stuttgart. Themen u.a.: Statistische Unterlagen zu den Ursachen der „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen. Anmeldung: GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz

20./21. 3. 93. Außerordentliche zentrale Delegiertenkonferenz der VSP zur Klärung des Verhältnisses von VSP und IV. Internationale. Beginn 12 Uhr, in Duisburg.

29. 7. bis 4. 8. „Linke Sommerschule“ 1993: 30. Juli (Anreise 29. 7.) bis 3. August (Abreise 4. August); Kinderbetreuung wird diesmal angestrebt. — Die Themen der Kurse stehen noch nicht fest; die Beteiligung weiterer linker Kräfte ist erwünscht.

16./17. 10. 93 Herbstkonferenz der 13. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln.

„es wäre ein gutes Stück für die deutschen, in dem man zeigen könnte, wie einer an ihrem knechtsinn untergeht, d.h. ihn als führer zunächst willig akzeptiert, worauf er später an ihrer unselbstständigkeit mit ihnen zugrunde geht. bauernkrieg.“ (Brecht, Kalifornien 1943)

100 Jahre ist es her, daß der gerade erst 30jährige Gerhart Hauptmann (15. 11. 1862 — 6. 6. 1946) an seinem Bühnenstück „Die Weber“ arbeitete. 100 Jahre Geschichte lasten auf diesem Schauspiel, das sich selbst Geschichte zum Anlaß nahm: den schlesischen Webaufstand von 1844; schließlich waren es die Bauernkriege, die Hauptmann die Idee für sein Stück gaben. „Die Weber“ nimmt sein Thema aus einer Zeit, wo Deutschland erst im Vormärz war, noch zergliedert in 32 Fürstentümer, und wird dann 1892 in einer Zeit geschrieben, in der das Wort von der „deutschen Nation“ längst nicht mehr die Losung bürgerlicher Revolutionäre war, sondern schon das Siegel für eine aufsteigende, aggressive Imperialmacht. 100 Jahre später sind es zwar nicht 32 Teile, aus denen ein Staat geschustert wird, sondern zwei, doch auch heute ist dieses politische Flickwerk eines von anderen Interessen als denen der Humanität. Wenn hier auf „Die Weber“ zurückgeblendet wird, dann nicht — wie gerne bei solchen Geburtstagen —, um zu feiern und um sich das Bild des literarischen Helden zurechtzuschneiden. Im Gegenteil soll mit prüfendem Blick auf „Die Weber“ Hauptmann von seinem Sockel gerissen werden: er, der der letzte Klassiker gewesen sein soll, war es, der nach einem Empfang bei Mussolini 1929 in sein Tagebuch schrieb: „Ich würde seine Methode modifiziert auf Deutschland anwenden.“ (215) Vier Jahre später wurde aus „Zustimmung, wenn auch nur bedingte“ (215) Realität. Hauptmann wurde der Ja-Sager, der so geschickt Ja sagte, daß noch heute Hauptmann gerne als der sozial engagierte Schriftsteller gesehen wird, der er eigentlich nie war.

Über den ehemaligen Freund Alfred Kerr, einen Literaturkritiker, soll er gesagt haben: „Lohnt es sich, wegen Politik sich in die Ecke zu stellen und zu schmollen? Du lieber Gott — da hätte ich ja mein ganzes Leben lang in der Ecke stehen müssen!“ (249) Doch Hauptmann stand nie in der Ecke. Er stand er da, wo der politische Wind ihn gerade hintrieb. Er sah sich selbst gerne als unpolitischen Menschen — wie er übrigens auch von seinen Literaturkollegen wie Jean Améry gesehen wird. Als „Die Weber“ auf deutschen Bühnen aus ordnungspolitischen Gründen verboten wurden, weil man ein Machwerk sozialdemokratischer Agitation vermutete, war es der Autor selbst, der schnell beteuerte, kein Sozialdemokrat zu sein. Améry: „Sein Auftrag ist kein politischer, sondern ein ganz und gar dichterischer.“ (Améry, Gerhart Hauptmann, Stuttgart 1963, S. 29)

Das Ende eines deutschen Trauerspiels. Gerhart Hauptmanns Stück „Die Weber“ 100 Jahre nach Erscheinen erneut gelesen

Ganz und gar dichterisch ist es denn wohl auch zu verstehen, wenn Hauptmann, um das Stück auf die Bühne zu bringen, behauptet, seine Sympathien stünden auf der Seite des frommen Hilse. „Laß mich zufriede“, brummt der alte Hilse, als die Weberkollegen ihn zum Mitkommen überreden wollen. Ganz und gar dichterisch sind wohl auch Hauptmanns Kriegsgedichte aus dem ersten Weltkrieg. Ist es denn nicht auch schief, wenn der Literaturkritiker Rolf Rohmer, der das Nachwort für die Dramenausgabe im Aufbau-Verlag besorgte, schreibt: „Der Dichter haßte das volks- und menschenfeindliche Regime und gab ihm keine geschichtliche Chance.“ (in: Hauptmann, Dramen, Berlin und Weimar 1976, S. 515) Die verhaltene Position zu allen politischen Systemen, die Hauptmann miterlebt hat, erklärt Rohmer aus „bis zur tragischen Konsequenz gesteigerten gesellschaftlichen Mißverständnissen“. (ebd., S. 515) „Mutig bekannte sich Hauptmann zur Zeit der faschistischen Kulturbarbarei zu den sozialistischen Anfängen seiner schriftstellerischen Entwicklung und zur Volksverbundenheit der Kunst ...“ (ebd., S. 516) „Haß“, „Mut“, gepaart mit Mißverständnissen? Man stelle sich vor, daß Tausende von Intellektuellen aus politischen Gründen Deutschland nach 1933 verlassen haben und nur einer bleibt: der „Hindenburg der Literatur“, wie ihn Klaus Mann nannte. Ist das nun Mißverständnis, Haß oder Mut? Am 19. Februar 1933 notiert Hauptmann in sein Tagebuch: „Eine Eremitage für stille Arbeit ist mein einziges Ziel.“ (234) 1938 heißt es: „Weshalb ich Deutschland nicht verlasse? ... Weil ich feige bin!“ (267)

Alfred Kerr, der 1931 forderte, alle Theater zu schließen, um sich auf den antifaschistischen Kampf konzentrieren zu können, schreibt 1934 aus dem Exil über den ehemaligen Freund: „Hauptmann schmeichelt dem Raubgesindel ... Er will seine Wirtschaftsexistenz nicht aufs Spiel setzen. Doch er duckt nicht nur, er wedelt.“ (248) Hauptmann war so wenig unpolitisch, wie er gleichzeitig völkisch war, kriegsverherrlichend und mitteilend mit Deutschland und sich selbst. Und selbst wenn man es ihm abnehmen würde, so viel gedichtet zu haben, daß er nicht mehr politisch urteilsfähig war, so stellt sich doch die Frage an die Literatur, ja an die Kunst insgesamt, ob Kultur damit noch rechtmäßig ihren gesellschaftlichen Stellenwert bezieht. Theater zu schließen, um sich dem antifaschistischen Kampf zu widmen, ist eine Forderung, die heute

te Aktualität gewinnt; nicht allein wegen der neofaschistischen Gewalt, die heute offen zutage tritt, sondern aufgrund der sich kaum verhaltenden Kunst. Die Frage jedoch, ob ein Werk politisch ist, klärt sich nicht so sehr an seinem Inhalt, als vielmehr auch an der Form; klärt sich also daran, inwieweit gesellschaftliche Vermittlung des künstlerischen Inhalts gelingt.

Es stellt sich 100 Jahre nach Hauptmanns „Die Weber“ damit ernsthaft die Frage, ob Theater noch der fortschrittlichen Kunst gerecht wird.

Die bürgerliche Dramenkunst ist von einer bemerkenswerten Eigenart geprägt: der Text war nicht immer schon für die Bühne gedacht; viele Theaterstücke, vor allem aus dem Barock, waren eng an die Schrift und deren allegorischen Sinn gebunden, der kaum auf die Bühne als Sprechtext zu bringen war. Die Emanzipation von der Schrift zieht sich geschichtlich bis zum epischen Theater Brechts, in dem das Schauspiel, das Gesticke, das Hör- und Sichtbare so weit dem Publikum entgegenkommt, daß die ganze Bühne als offener Raum freigelegt wird — keine Verhüllung eines pseudo-realen Bühnenbildes mehr.

Dazwischen wären „Die Weber“ anzusiedeln. Dem Drama ist zudem zu eigen, daß es künstlerisch den Naturalismus auf die Bühne bringt. Es geht um subjektiven Ausdruck des Lebens. Unter dem Vorzeichen des Naturalismus, ebenso wie Impressionismus, wird im letzten Jahrhundert das Bild des Künstlers als Bohemien geprägt, das den Dichter und Denker ablöst, um schließlich in diesem Jahrhundert den Künstler als Intellektuellen zu manifestieren.

Hauptmann ist davon noch unberührt. Während die gesamte Kunst der letzten 150 Jahre ihren Ausgang von den neuen gesellschaftlichen Zentren, den Städten wie Paris, Wien, Berlin oder München nimmt, widmet sich Hauptmann Schlesien. Ungeachtet des sozialen Materials, das er verarbeitet, ist sein Naturalismus noch so eng der Natur verbunden, daß seine Schilderungen das neue Industrieproletariat der Städte kaum berühren. Hauptmann dramatisiert Geschichte. Nicht wie in der Klassik, wo die Herrschenden und Helden die Bühne bestimmen, sondern Hauptmann läßt die Unterdrückten sprechen, zudem in ihrer Sprache, im Dialekt. Doch Theater ist Theater, und Geschichte ist Geschichte. Es stellt sich die Frage, ob Geschichte, zumal dort, wo Menschen sie für Augenblicke selbst in die Hand genommen haben, derart dramatisiert werden kann. Schreibt Hauptmann „Die Weber“ zwar

über Unterdrückung, so schreibt er letztlich doch nicht für Unterdrückte. Heinrich Mann spottet über das Premierenpublikum: „Hier und da tönte ein schrilles, gläsernes Auflachen mit dem Klirren der Brillanten zusammen.“ (75) Schließlich würde im „Deutschen Theater“ die Aufführung erlaubt, weil „die Plätze ... überwiegend so teuer (sind), daß das Theater vorwiegend von Mitgliedern derjenigen Gesellschaftskreise besucht wird, die nicht zu Gewalttätigkeiten geneigt sind.“ (77) Der bürgerlichen Klasse wird ihre eigene Geschichte vorgehalten, vom

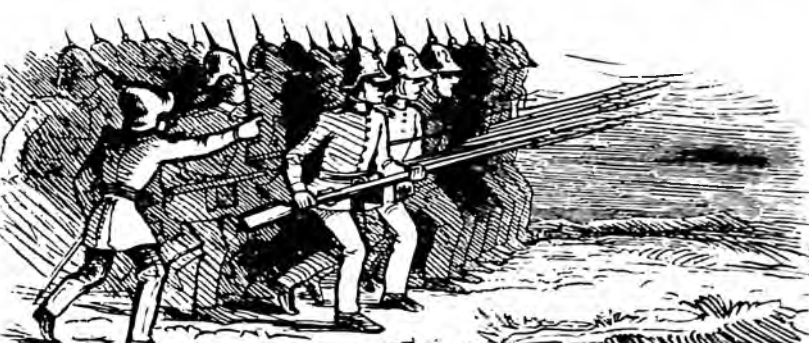
festen von 1844 die Situation des Industrieproletariats von 1892 reflektiert. Statt dessen schimmert durch das Drama eine Maschinenstürmerei, die sich gegen „Fabriken“ und „mechanische Webstühle“ richtet. Daß der britischen Textilindustrie die Schuld in die Schuhe zu schieben ist, hinterläßt bei dem Stück nach 100 Jahren immer noch den Beigeschmack eines völkischen Nationalismus. Die Momente der spontanen, unorganisierten Erhebung der Weber und vor allem ihre Niederlage führt Hauptmann nicht mit der geschichtlichen Konsequenz zuende. Sein

Alkohol dazu dienen soll, auf die elendige Lage der Weber hinzuweisen, oder ob selbst die Lage nur Beiwerk ist wie der Alkohol, um das bündige Bild des mitleiderregenden Webers vorzuführen. Volker Braun bringt es in seinem Stück „Schmitt“ auf die Formel: „Der Realismus, das ist nämlich Kunst, da liegt der Haken. Erst muß es Film sein, dann wird es Leben ... Erst das Beispiel, dann der Mensch, das ist die Folge.“ (Braun, Stücke, Frankfurt am Main 1981, S. 13) Erst das Theater, dann die Geschichte? Nichts in der Geschichte wiederholt

Das Elend in Schlesien.



Hunger und Verzweiflung.



Städtische Abkühlung

Dreck gereinigt, indem der Pöbel auf der Bühne steht, geordnet dem Ablauf der dramatischen Handlung folgend. Die Intention des Stückes ist Mitleid, von daher in der Tat unpolitisch. Es zielt nicht auf Solidarität mit jenen, die auch 1892 noch im selben Elend lebten, wie es auf der Bühne vorgeführt wurde.

Als Naturalist war Hauptmann vor Ort; dennoch bezieht das Werk seinen sozialen Gehalt weitgehendst aus einem Beitrag Wilhelm Wolffs im „Deutschen Bürgerbuch von 1845“. Bis in die Namen gehen hier die Übereinstimmungen. Wolff, der „Vorkämpfer des Proletariats“ (Marx) berichtet etwa über den Fabrikanten Zwanziger, der in „Die Weber“ zum Dreißiger wird.

Solidarität hätte auch geheißen, daß das Stück trotz des Stof-

stück ist dem Bild der Weber als entwurzelte Handwerker verhaftet, die „beschnitten, bestaubt, mit von Schnaps und Anstrengung geröteten Gesichtern, wüst, übermächtig, abgerissen“ den Aufstand proben. Revolutionär im literarischen Sinne war das Stück genau eine Premiere lang. Nach 100 Jahren gehört es schon längst zum guten Geschmack, jene Menschen auf der Bühne sprechen zu lassen, die sonst an den gesellschaftlichen Rand des Schweigens gedrängt sind.

Der Stolz und die Zivilcourage der Weber aus dem ersten Akt, die sich dem Fabrikanten und seinem Expedienten entgegenstellen, wird im Verlauf des Stückes nicht wieder aufgenommen. Es nimmt seinen Lauf durch die Gasthäuser, und man weiß nicht so recht, ob nun der

sich, nach dem Marxschen Satz, zweimal. Wenn doch, dann das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce. Die mißlungenen Revolutionen Deutschlands sind schon Tragödie genug; ihre dramatische Fassung läßt sie zur Farce werden. „Gelt, das ist amal aso a Theater? So was sieht man nicht alle Tage.“ Und das ist das Problem der „Weber“: das Drama wendet sich noch dem gesellschaftlichen Ausnahmefall zu, der mindestens seit 100 Jahren davon legt die Geschichte Zeugnis ab, Regel hätte sein müssen, alle Tage. Die Revolution fand aber nicht statt: sie wurde jünger von jenen weganeckt, die wohl auch schon nur zu oft im Theater saßen und die Revolution von der Bühne klatschten.

Alle Seitenzahlen ohne Angaben: Hans Daiber, Gerhart Hauptmann; Wies. München, Zürich 1971 — (rob)

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

o 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

o Im Halbjahres-/ Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)

o Im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).

o Halb-/ Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

o Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

.....

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zölper Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

3/93

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Deljan (über: GNN, Postfach 260 226, Zölper Str. 7, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikstr. 5, W-1000 Berlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,-

DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichte: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Deljan; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGM, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vorzulegen: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Postfach 260 226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westfalen, Czernikstr. 5, 1000 Westfalen 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zölper Str. 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2

für Bezieher aus Ostdeutschland

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz